Historische Tatsachen Nr. 97

DIPL. POL. UDO WALENDY

Ein Volk, ein Reich



Anschluß-Kundgebung des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler auf dem Wiener Heldenplatz am 15. März 1938.
Die Gestapo konnte hier noch nicht im Einsatz gewesen sein.

DIPL. POL. UDO WALENDY

Ein Volk, ein Reich

The First Amendment
(Die erste Verbesserung, Ergänzung)
zur Verfassung der USA

"Der Kongreß darf kein Gesetz erlassen, welches eine (Staats-) Religion einführt, oder die Ausübung irgendeiner Religion behindert. Ebenfalls darf kein Gesetz erlassen werden, welches die Redefreiheit und die Freiheit der Presse verbietet, oder das Recht des Volkes beschränkt, sich friedlich zu versammeln und sich zur Behebung von Mißständen an die Regierung zu wenden."

Wenn auch BRD-Grundgesetz Art. 19, Abs. 2 verfügt:

"In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden",

so lautet doch Art. 5 GG, Abs. 2:

"Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. ..."

Hiermit ist ein Freibrief für Willkür erstellt worden, der erlaubt und dazu geführt hat, Wesentliches wieder aufzuheben.

Als US-Publizisten sind wir durch unser First Amendment vor solchen Tricks rechtlich abgesichert und sehen uns auch gemäß unserem Verständnis von der "freien Welt" verpflichtet, andere Völker unter das gleiche Recht zu stellen.

Selbst die Vaterländische Front sah sich zu überdeutlicher Propaganda für das "deutsche Erbe Österreichs" genötigt. An dem Widerspruch, gleichzeitig deutsche Gesinnung zu bekämpfen, ging sie zugrunde.

In einem ihrer Aufrufe hieß es:

"Österreich ist das letzte Bollwerk des deutschen Geistes! Österreich war ein großes deutsches Land, als die Preußen noch kein Wort deutsch sprachen und Pferdeblut den Heidengöttern opferten! Als in Wien Walther von der Vogelweide sang, war Potsdam ein kleiner slawischer Weiler!" [5) S. 15]

Bundeskanzler Dr. Alfons Gorbach (ÖVP)

"Wir sprechen in diesem Lande deutsch, wie ***Goethe*** *und* ***Grillparzer, Schiller*** *und* ***Peter Rosegger*** *und gehören keinem nebulosen slawistischen Kulturkreis an. Die Österreicher haben für den völkischen Separatismus nichts übrig. Wortbildungen wie Nationalbank .... sind kein Beweis für die Existenz einer österreichischen Nation! Man müßte sonst auch von einer bayerischen Nation sprechen, denn in München gibt es ein bayerisches Nationalmuseum."* ***Wiener Montag***, 3. April 1967, Nr. 14, S. 21.

Bundeskanzler Ignaz Seipel im Juni 1926 in der Pariser Sorbonne

"Es gibt keine 'österreichische Nation'"

"Man wirft uns vor, daß wir kein eigenes Nationalgefühl hätten, sondern uns immer als Deutsche bekennen. Gewiß, es ist so, und zwar ist dies nicht nur die Redensart der Großdeutschen, sondern es gibt keinen Österreicher, der anders spricht."

Victor Reimann, " Zu groß für Österreich -- Seipel und Bauer im Kampf um die Erste Republik", Wien 1968, S. 181

Bundeskanzler Dr. Leopold Figl (ÖVP)

"Was den Reiseverkehr von Deutschland aus betrifft, so vertrat der Bundeskanzler die sicher berechtigte Ansicht, daß die Deutschen in Zukunft erst einmal arbeiten und ihre Bewährungsfrist abzahlen müssen, bevor Österreich und jedes andere Land daran denken wird, sich mit Besuchern zu befassen. Arbeit und Buße sind für die Deutschen im Augenblick die einzige Medizin und nicht Erholung in Österreich und anderen fremden Ländern."

Wiener Courier, 14. Januar 1946 + ***Süddeutsche Zeitung***, 5. Februar 1946

THE BARNES REVIEW (TBR Co)
645 Pennsylvania Ave. S.E.
Washington D.C. 20003 -- USA

Halten Sie Kontakt mit unseren Büros in Europa:

The Barnes Review
P.O. Box 243
Uckfield
East Sussex TN 22 9AW
Great Britain

Siegfried Verbeke
Postbus 46
B 2600 Berchem 1

ISSN 0176 - 4144

INHALT

VERLAG FÜR VOLKSTUM UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG
POSTFACH 1643 D 32590 VLOTHO/ WESER

liefert weiterhin alle in der Bundesrepublik lieferbaren Schriften aus

Tel: 05733/2157; Fax: 05733/4419

Wissenschaftliche Schriftenreihe

von Dipl. Pol. Udo Walendy

Historische Tatsachen, je 40 Seiten, ill. = 5,-- €

Nr. 1 Kriegs-, Verbrechens- oder Propagandaopfer? (in der BRD vernichtet)
Nr. 2 Die Methoden der Umerziehung
Nr. 3 Der Nürnberger Prozeß (in der BRD vernichtet)
Nr. 4 Verrat an Osteuropa
Nr. 5 NS-Bewältigung
Nr. 6 Realitäten im Dritten Reich
Nr. 7 Der moderne Index
Nr. 8 Zum Untergang des Dritten Reiches
Nr. 9 Holocaust nun unterirdisch?
Nr. 10 Deutsch-israelische Fakten
Nr- 11 Deutsches Schicksal Westpreußen
Nr. 12 Das Recht, in dem wir leben
Nr. 13 Behörden contra Historiker
Nr. 14 Moskau 1940 kriegsentschlossen
Nr. 15 Kenntnismängel der Alliierten (in der BRD vernichtet)
Nr. 16 Einsatzgruppen im Verbande d. Heeres, I. Teil
Nr. 17 " " " " " , II. Teil
Nr. 18 A. Eichmann + die "Skelettsammlung"
Nr. 19 Die Einheit Deutschlands
Nr. 20 Die Schuldfrage des 1. Weltkrieges
Nr. 21 Strafsache wissenschaftliche Forschung
Nr. 22 Die alliierte Kriegspropaganda 1914 - 1918
Nr. 23 Zigeuner bewältigen ½ Million (in der BRD indiziert)
Nr. 24 Massentötungen oder Desinformation? (in der BRD indiziert)
Nr. 25 Macht + Prozesse = Wahrheit?
Nr. 25 a = Registerheft für die Nr. 1 - 25

Nr. 26 Transferabkommen im Boykottfieber 1933
Nr. 27 Empfohlene Vorbilder
Nr. 28 Polens imperialistischer Volkstumskampf 1919 - 1939
Nr. 29 Amtliche Lügen straffrei -- Bürgerzweifel kriminell
Nr. 30 Professorin geworden
Nr. 31 Die Befreiung von Auschwitz 1945
Nr. 32 Die Organisation Todt
Nr. 33 Der sowjetische Kommissionsbericht v. 7.5.1945
Nr. 34 Beschämende Sprüche -- Praxis der anderen
Nr. 35 Die Wannsee-Konferenz v. 20.1.1942
Nr. 36 Ein Prozeß, der Geschichte macht (in der BRD vernichtet)
Nr. 37 Siebzig Jahre Versailles
Nr. 38 Endlösung für Deutsche (in der BRD vernichtet)
Nr. 39 Zur Schuld am 2. Weltkrieg
Nr. 40 = 14 Tage zuvorgekommen
Nr. 41 US-amerikanische Konzentrationslager
Nr. 42 "*Andere beleidigt*" stimmt nicht
Nr. 43 Politkriminologie
Nr. 44 Der Fall Treblinka (in der BRD vernichtet)
Nr. 45 Lügen um Himmler -- I. Teil
Nr. 46 Korrespondenzschwindel im Ärzteprozeß 1945/1946
Nr. 47 Lügen um Himmler -- II. Teil
Nr. 48 Das verbrecherische System
Nr. 49 Dokumente, die manchen das Staunen lehren
Nr. 50 Wirbel um den Leuchter Bericht
Nr. 50 a Registerheft für die Nr. 26 - 50

Nr. 51 Babi Jar -- Die Schlucht mit 31.711 ermordeten Juden?
Nr. 52 Weitergehende Forschung } (in der BRD vernichtet)
Nr. 53 Entstellte Geschichte }
Nr. 54 Verteidigung oder internationale Aggression?
Nr. 55 Diffamierte Medizin im Dritten Reich
Nr. 56 Herrschaft im Namen des Volkes?
Nr. 57 F.D. Roosevelts Schritte in den 2. Weltkrieg I. Teil
Nr. 58 F.D. Roosevelts Schritte in den 2. Weltkrieg II. Teil
Nr. 59 Polens Umgang mit der historischen Wahrheit } (in der BRD vernichtet)
Nr. 60 Naturwissenschaft ergänzt Geschichtsforschung }
Nr. 61 Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich I. Teil
Nr. 62 Aspekte jüdischen Lebens im Dritten Reich II. Teil
Nr. 63 Immer neue Bildfälschungen I. Teil
Nr. 64 Immer neue Bildfälschungen II. Teil (in der BRD vernichtet)
Nr. 65 Aspekte jüdischen Lebens im 3. Reich III. Teil
Nr. 66 Notwendige Forschungsanliegen } (in der BRD vernichtet)
Nr. 67 Kriminalisierte Geschichtsforschung }
Nr. 68 US-Amerikanische Kriegsverbrechen }
Nr. 69 Ausgehebelte Grundrechte
Nr. 70 Israel = Vorkämpfer für die Zivilisation?
Nr. 71 Fakten zum Kriegsausbruch 1939
Nr. 72 Vorgeschriebene Einheitsmeinung I. Teil
Nr. 73 Vorgeschriebene Einheitsmeinung II. Teil
Nr. 74 Nicht zur Entscheidung angenommen
Nr. 75 Bemerkenswertes
Nr. 75 a Registerheft für die Nr. 51 - 75

Nr. 76 Viktor Brack in der "Kanzlei des Führers"
Nr. 77 "Vv"-Sträfling Walendy
Nr. 78 Vom US-Geheimdienst übernommen
Nr. 79 Präsident Woodrow Wilson
Nr. 80 Rechtsstaatliche und friedliebende USA?
Nr. 81 Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland?
Nr. 82 Prozeß 1924 -- Dokumentenfälschung 1945
Nr. 83 Ausländer im Dritten Reich
Nr. 84 Streiflichter zum Kriegsgeschehen 1939 - 1945
Nr. 85 Sudetendeutsche Passion
Nr. 86 Souveränität der uneingeschränkten Solidarität
Nr. 87 "Erkenntnisse" von Albert Speer
Nr. 88 Die Weimarer Republik im Visier der Globalisten
Nr. 89 Der vermutete "Röhm-Putsch"
Nr. 89 a Registerheft für die Nr. 76 - 89

Nr. 90 Neue Offenkundigkeiten
Nr. 91 Mauthausen-Klärung
Nr. 92 Geschehen zum Kriegsende
Nr. 93 Vaterlandslos
Nr. 94 Tätervolk?
Nr. 95 Sowjetisch-jüdische Tätergemeinschaft?
Nr. 96 Geheimnisse um Heinrich Himmler
Nr. 97 Ein Volk, ein Reich

Spezialeinbände

für Nr. 1 - 25 a; -- Nr. 26 - 50 a; -- Nr. 51 - 75 a; -- Nr. 76 - 100 = je 11,50 €. Aus postalischen Gründen muß mindestens 1 *HT*-Heft beiliegen, daher bei Einzelbestellung = 16,50 €.

Udo Walendy, **Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges** -- 495 S. Dok., hist. Karten, Lit-Verz., Register, Ln. 25,-- Euro Taschenbuch = 8,-- Euro. **(z.Zt. ausverkauft)**

Verbesserte und erweiterte Neuauflage der 1965-Ausgabe, die nach 15jähriger Forschungsarbeit unter Verwertung aller zugänglichen in- und ausländischen Quellen veröffentlicht worden war. Sie ist bis heute kaum ergänzungsbedürftig. 1979 wurde dieses Buch auf den Index für jugendgefährdende Schriften gesetzt, nach 15jährigem Prozeß vom Bundesverfassungsgericht wieder freigegeben, anschließend erneut auf den Index gesetzt, durch Gerichtsurteil vom 1.10.1996 vom Index wiederum freigesetzt. Bestes Urteil seitens der Behörden: es gibt kein Buch, das mit so vielen Details zusammengesetzt ist, die "weitgehend alle" richtig sind. Daß sie alle richtig sind, wagte man nicht zu schreiben.

Udo Walendy **Truth for Germany -- The Guilt Question of the Second World War** (englische Fassung) soft cover 16,50 EUR, hard cover = 24,-- Euro

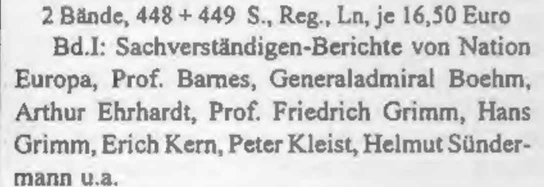
Vérité pour l'Allemagne (französische Ausgabe), 2002, neu, 526 S., Ln. 24,-- Euro



Udo Walendy



Europa in Flammen 1939 - 1945



2 Bände, 448 + 449 S., Reg., Ln, je 16,50 Euro

Bd.I: Sachverständigen-Berichte von Nation Europa, Prof. Barnes, Generaladmiral Boehm, Arthur Ehrhardt, Prof. Friedrich Grimm, Hans Grimm, Erich Kern, Peter Kleist, Helmut Sündermann u.a.

Bd.II: Kurzgefaßte Analysen der wesentlichen historischen Zusammenhänge des Zweiten Weltkrieges.

Demjenigen, der mit sauberer Geschichtsforschung Kontakt gehalten hat, wird ein Nachschlagewerk geboten, das in prägnanter Übersicht die wesentlichen politischen Entwicklungen des Zweiten Weltkrieges sowie die späteren Methoden der verlogenen Umerziehung mit Sach- und Personenregister für jede Diskussion beweiskräftig vorlegt.

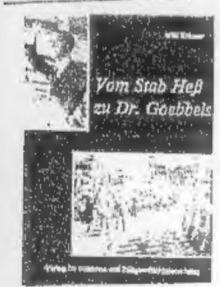


Reinhard Pozorny

Wir suchten die Freiheit

404 S., ill., Reg. Ln., 16,50 EUR; Cov. 13,50 Euro

Dieses Buch ist ein Generalangriff gegen Lüge, Entstellung und Totschweigen, das nicht nur die Sudetendeutschen allein, sondern uns Deutsche, uns Europäer angeht. In seiner spannungsgeladenen Schreibweise zählt es zu den aktuellsten Werken eines Augenzeugen, das über den Schicksalsweg der sudetendeutschen Volksgruppe geschrieben worden ist. Es umfaßt den Zeitraum von 1918 bis in unsere Gegenwart mit einer Fülle vielfach vergessener Tatsachen.



Willi Krämer

Vom Stab Heß zu Dr. Goebbels

400 Seiten, ill. Reg., Ln. 16,50 Euro

Es gab im deutschen Herrschaftsbereich niemanden wie in England z.B. Sefton Delmer oder -- wie in der UdSSR -- zur Lüge verpflichtete Propagandisten, die im staatlichen Auftrag "von morgens bis abends Lügen über den Gegner zu fabrizieren" hatten. Es gab auch nicht einen jener Publizistik-Gewaltigen, die zwar nicht offiziell staatlich, aber dennoch mächtig genug waren, um auf Öffentlichkeit und Politik ihres Staates ständig in diesem Sinne Einfluß zu nehmen, wie u.a. in den USA. -- Rudolf Heß und Dr. Goebbels hatten ganz andere Sorgen!



Udo Walendy (Hrsg.)

Auschwitz im IG-Farben Prozeß

412 S. ill., Dok., Reg., US-Air-Force Fotos, Ln. 20,-- Euro; Cov. = 16,50 Euro

Als einer der großen Wirtschaftsprozesse, die die US-Besatzungsmacht nach 1945 gegen Deutschland führte, ist der IG-Farben Prozeß 1947/48 von besonderer historischer Bedeutung: Zum einen deswegen, weil die Anklage gegen dieses größte deutsche "Wirtschaftsimperium" restlos zusammengefallen ist, Rüstungsschrittmacher und Mitverschwörer für Aggression und Völkerversklavung gewesen zu sein. Zum anderen auf Grund der Tatsache, daß IG-Farben mitten im Krieg aus eigener Kraft in Auschwitz ein Großwerk mit über 30.000 Beschäftigten aus dem Boden gestampft hatte, -- ausgerechnet dort.

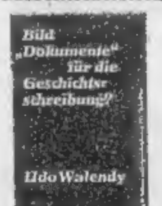
Erstmals in einem dieser großen Prozesse wird der Öffentlichkeit auch der Verteidigungsvortrag belegt.



Udo Walendy **Die Weltanschauung des Wissens** **5 Bände**; Bd. 1= 286 S., Bd. 2 = 240 S., Bd.3 = 232 S, Bd. 4 = 240 S., Bd. 5 = 272 Seiten. -- illl., Ln, je 20,-- Euro, insg. = 80,-- Euro

Zwei Weltkriege, verwildertes Völkerrecht, unrealistische Ideologien, offene Fragen in Grundsatzbereichen der Naturwissenschaft kennzeichnen den "Intelligenzgrad" des "homo sapiens".

Die vorliegende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den herrschenden Weltanschauungen führt in neue Erkenntnisbereiche der Naturwissenschaft. Der Mensch ist im Rahmen der Natur ein Energiepotential, das auf Richtungsveränderungen strahlender Körper im All, vornehmlich der Planeten, reagiert. Präzise Forschungsanalysen von über 40.000 aktenkundlichen Schicksalsdaten zeigen den Weg auf zur Entdeckung bisher unbekannter Planeten. Die Biologie rückt immer stärker in den Bereich mikrophysikalischer Forschung: Von Anlage, Wille, Schicksal, Schlaf, geheimnisvoller Elektrizität im menschlichen Organismus, Gehirn und Nervensystem bis hin zur kosmischen Konstellationsvererbung wird ein Untersuchungsfeld erschlossen, das völlig neue Dimensionen eröffnet. Bd. IV befaßt sich ausschließlich mit den Schicksalssternen Adolf Hitlers.



Udo Walendy **Bild'dokumente' für die Geschichtsschreibung?** **80 S., 8,-- Euro**

52 Bild"dokumente" angeblicher deutscher Greueltaten werden mit unwiderlegbarer Beweisführung als Fälschungen entlarvt. - **Auch in englischer und französischer Sprache lieferbar: Forged War Crimes malign the German Nation + Des documents photographiques historiques.**



Louis FitzGibbon

Das Grauen von Katyn -- Verbrechen ohne Beispiel

350 Seiten , Dok., Reg., Ln. 16,50 Euro; kart. 13,50 Euro

Dieses Buch ist dem Andenken an 14.500 polnische Offiziere gewidmet und dokumentiert, wie diese Offiziere nach Auflösung der sowjetischen Gefangenenlager Kosielsk, Starobielsk + Ostashkow im März - Mai 1940 spurlos verschwunden sind und eine internationale Großfahndung auslösten. 4.253 Leichen des Lagers Kosielsk wurden im Frühjahr 1943 im Wald von Katyn durch deutsche Truppen entdeckt und exhumiert.




Hans-Georg Kemnitzer **Nitschewo -- Über Dornen Sibiriens zur Freiheit**

310 Seiten, Ln. = 10,- Euro

Dieser überaus packend und gekonnt geschriebene Bericht eines deutschen Kriegsgefangenen in Sibirien vermittelt lebendige Zeitgeschichte, die jeden angeht. Ein Deutscher bäumt sich in der erzwungenen Abgestumpftheit gegenüber Zeit, Raum und Macht im riesigen sowjetrussischen Reich auf, im Nitschewo unterzugehen. Hans-Georg Kemnitzer ist es gegeben, dem deutschen Kriegsgefangenen in Rußland ein literarisches Denkmal zu setzen.

Anschlußwille von Anfang an

Am 21. Oktober 1918 konstituierten die deutschsprachigen Mitglieder des im Jahre 1911 gewählten österreichischen Abgeordnetenhauses -- 102 Deutschnationale, 72 Christlich-soziale und 42 Sozialdemokraten -- die "Provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Österreich" und proklamierte den "deutsch-österreichischen Staat". Neuwahlen sollten über die Zusammensetzung der eigentlichen Nationalversammlung entscheiden. Die durch die Zerschlagung der Österreich-Ungarischen Monarchie zersplitterten Völkerschaften waren eingeladen, sich zu beteiligen. Für den Fall ihres Selbständigkeitsstrebens -- der eintrat --, bekundeten die Abgeordneten ihren Willen, sich dem Deutschen Reich einzugliedern. Nur 2 Splittergruppen, so die sudetendeutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei, forderten den sofortigen Anschluß an Deutschland.

Derweil wirkten andere Ereignisse als Folgewirkungen des zu Ende gegangenen Ersten Weltkrieges auf den Entscheidungsprozeß ein:

Am 28. Oktober rief **Thomas Masaryk** in Prag "mit dem Segen" der US-Regierung **Woodrow Wilsons** die Tschechoslowakische Republik aus.

Auch der 29. Oktober 1918 blieb denkwürdig:

(a) In Agram erklärte ein kroatischer Landtag die südslawischen Gebiete Österreich-Ungarns zu serbischem Territorium

(b) der Nationalrat in Budapest beschloß die Unabhängigkeit Ungarns

(c) die deutsch-böhmische Landesversammlung erklärte ihre Heimatgebiete zu einer eigenberechtigten Provinz des Staates Deutsch-Österreich und richtete an die deutschböhmische Bevölkerung folgenden Aufruf:

> "Durch seine frei gewählten Vertreter hat Deutsch-Böhmen über sein staatliches Schicksal entschieden.
>
> Am 29. Oktober 1918 sind die in den deutschen Wahlbezirken Böhmens gewählten Abgeordneten zu einer provisorischen Landesversammlung zusammengetreten und haben im Namen des von ihnen vertretenen Gebietes Deutsch-Böhmen als eigenberechtigte Provinz des Staates Deutsch-Österreich erklärt.
>
> Der Rechtstitel, auf dem die Begründung beruht, ist der Wille des Volkes, und kein höheres Recht kann ihn streitig machen.
>
> Gegen dieses Recht stellt die tschechische Nation die Gewalt. Sie hat das Land mit Krieg überzogen, unsere Heimaterde wider unseren Willen mit tschechischen Truppen besetzt, das Land, das wir beackert, die Städte, die wir erbaut haben, schmachten unter fremder Herrschaft. Schwer erarbeitetes Gut, auf das wir ein heiliges Recht haben, ist uns entrissen. Wo die deutsche Sprache klingt, die deutsche Sitte gilt, schaltet der Feind, sich auf Siege berufend, die er nie errungen hat. Was Lockungen und Drohungen nicht vermöchten, -- die Einfügung in den tschechoslowakischen Staat --, das soll die Gewalt erzwingen. So hoffen die tschechischen Machthaber die Friedenskonferenz vor eine vollendete Tatsache zu stellen und das Schicksal Deutsch-Böhmens zu besiegeln." *)

Am 30. Oktober 1918 richtete die erste deutsch-österreichische Nationalversammlung mit Zustimmung der von **Dr. Karl Renner** (SPÖ) geführten Koalitionsregierung ein dringendes Ersuchen an die Reichsregierung unter der Kanzlerschaft des Prinzen **Max von Baden** zum Schutz des deutsch-österreichischen Staatsgebietes.[7) S. 52]

Dr. Karl Renner (SPÖ), der auch die nachfolgenden Koalitionsregierungen anführte, war schon vor dem Zusammenbruch Österreichs ein Befürworter des Anschlusses an Deutschland. Doch nicht nur er.

Am 3. November 1918 wurde in der Villa Giusti bei Padua der Waffenstillstandsvertrag mit den Alliierten unterzeichnet.

Am 12. November beschloß die Provisorische Nationalversammlung einstimmig das Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutsch-Österreichs.

> *"Artikel 1: Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.*
>
> *Artikel 2: Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der Deutschen Republik sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches von Gesetzen und Einrichtungen."* [7) S. 55]

Dr. Karl Renner führte hierzu in seiner Regierungserklärung aus:

> "Notwendig aber ist dieser Beschluß besonders in seinem Artikel 2, welcher sagt, daß die Deutschösterreichische Republik ein Bestandteil der Deutschen Republik ist, notwendig ist er im Verhältnis zu unserem Stammvolke. (Protokoll: 'Sehr richtig!')
>
> Unser großes Volk ist in Not und in Unglück. Das Volk, dessen Stolz es immer war, das Volk der Dichter und Denker zu heißen, unser deutsches Volk des Humanismus, unser deutsches Volk der Völkerliebe, unser deutsches Volk ist im Augenblicke tief gebeugt. Aber gerade in dieser Stunde, wo es so leicht und so bequem und vielleicht auch so verführerisch wäre, seine Rechnung abgesondert zu stellen und vielleicht auch von der List der Feinde Vorteile zu erhaschen, in dieser Stunde soll unser deutsches Volk in allen Gauen wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft.
>
> (Protokoll: 'Die Versammlung erhebt sich. Stürmischer, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen im Saale und auf den Galerien')." [1) S. 45 - 46]

Am 4. Februar 1919 erklärte der Präsident der Provisorischen Nationalversammlung, **Dr. Franz Dinghofer,**

*) *Frankfurter Zeitung*, 1.1.1919.

laut Sitzungsprotokoll:

"Hohe Nationalversammlung!

Übermorgen, am 6. Februar, tritt zum erstenmal die neugewählte verfassunggebende Nationalversammlung der Deutschen Republik in Weimar zusammen. (Lebhafte Heilrufe.)

Die Voraussetzungen sind noch nicht so weit gediehen und noch nicht geschaffen, daß wir als vollberechtigte Mitglieder an derselben teilnehmen können. Trotzdem dürfen wir an diesem großen, bedeutungsvollen Ereignis nicht achtlos vorübergehen. Der großdeutsche Gedanke ist bei uns Deutschen hier in diesen Landen nicht erstorben und war niemals, niemals verstorben. (Zustimmung.)

Wie ein leuchtender Stern aus dunklem Nebel winkt uns die frohe Hoffnung der Verwirklichung unseres Sehnsuchtstraumes entgegen, in all dem Kummer und in all der Sorge, die uns jetzt umgibt, die Hoffnung auf dauernde Wiedervereinigung mit unserem alten Mutterlande. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Mit wogender Begeisterung begrüßen wir daher die deutschen Brüder draußen im Reiche. Wir jubeln ihnen zu. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, untrennbar vereint, nicht mehr geschieden durch die Grenzpfähle, nicht mehr geschieden durch die Eifersucht der Herrschenden (Stürmischer Beifall und Händeklatschen), soll und muß auch für uns wieder zur Heimat werden. (Beifall.)

Aus dieser Erwägung heraus haben die Bevollmächtigten der Parteien dem Hohen Hause folgenden Antrag unterbreitet:

Die deutschösterreichische Provisorische Nationalversammlung entbietet der verfassunggebenden Nationalversammlung der Deutschen Republik bei ihrem Zusammentreten in Weimar, dieser jedem Deutschen teuren Stätte, ihren Gruß und spricht die Hoffnung und Überzeugung aus, daß es der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung im Verein mit der deutschösterreichischen Volksvertretung gelingen wird, das Band, das die Gewalt im Jahre 1866 zerrissen hat, wieder zu knüpfen, die Einheit und Freiheit des deutschen Volkes zu verwirklichen und Deutschösterreich mit dem deutschen Mutterlande für alle Zeiten zu vereinigen.

(Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen. Die Versammlung erhebt sich.)." [1) S. 46]

Zwei Tage später, am 6. Februar 1919, wurde dem Hohen Hause folgende Botschaft des Senats der Universität Wien verlesen:

"Der akademische Senat spricht sich einstimmig für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland aus. (Heilrufe.) Im Augenblicke, in dem sich das Selbstbestimmungsrecht der Völker überall siegreich durchsetzt und zur Neukonstituierung Europas auf rein nationaler Grundlage führt, können auch die Deutschösterreicher nicht länger von der Gesamtheit des deutschen Volkes getrennt bleiben. Die Vereinigung wird nicht nur das durch die politische Entwicklung der letzten zwei Menschenalter gerissene Band zwischen dem deutschen Volke in Österreich und dem Deutschen Reich wieder knüpfen, sie wird auch gleichermaßen durch allgemein politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen unabweislich gefordert.

Ich beehre mich hiervon mit dem Ersuchen Mitteilung zu machen, diese Kundgebung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich zur Kenntnis zu bringen.

Der Rektor der Universität Wien:
E. Becke." [1) S. 47]

Am selben Tag gab der neu gewählte Reichskanzler **Philipp Scheidemann** (SPD) in seiner Regierungserklärung vor der Nationalversammlung in Weimar der Hoffnung Ausdruck:

"Möge die Zeit nahe sein, da unsere österreichischen Brüder ihren Platz in der großen deutschen Volksgemeinschaft wieder einnehmen können."

Der für die Außenpolitik zuständige Staatssekretär **Dr. Otto Bauer** bemühte sich mit dem deutschen Außenminister **Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau** (beide übrigens jüdischer Abstammung, was in diesem Fall nicht unwichtig ist!) um einen diesbezüglichen Staatsvertrag mit der Reichsregierung, der Österreich als Teilstaat in das Reich eingliedert. Gemeinsame Kommissionen sollten in Berlin, Wien, München und Leipzig, Fragen der Währungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Personalpolitik und Rechtsangleichung regeln.

Über die Absprachen fertigten beide am 2. März 1919 ein geheimes Protokoll. **Dr. Otto Bauer** unterrichtete anschließend die neugewählte Konstituierende Nationalversammlung in Wien:

"Die Vereinigung Deutschösterreichs mit der großen Deutschen Republik bekräftigen wir heute wieder als unser Programm. Aber über die Phase bloß programmatischer Erklärungen sind wir heute zum Glück schon hinaus. Es gilt jetzt, die ganze konkrete und praktische Arbeit zu leisten, die erforderlich ist, damit der staatsrechtliche und wirtschaftliche Zusammenschluß Deutschösterreichs mit dem übrigen Deutschland wirklich vollzogen werden könne.

Diese Arbeit hat bereits begonnen. Sie ist eingeleitet worden durch Verhandlungen, die ich im Namen und im Auftrag der deutschösterreichischen Regierung in Weimar und Berlin zu führen die Ehre hatte.

Man vermeidet im Deutschen Reiche aus guten Gründen alles, was den falschen Anschein erwecken könnte, als würden wir unsere Beschlüsse, unseren Beschluß für den Anschluß zumal, unter irgendwelchem Einfluß vom Reiche aus fassen. Wir können und sollen zum Reiche nicht anders kommen als durch unseren eigenen, durch unseren freien, durch unseren auch vom Reiche aus völlig unbeeinflußten Beschluß. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber wenn wir diesen Beschluß fassen, sind wir der vollen Überzeugung – und das ist das wichtigste und das sicherste Ergebnis der Besprechungen, die wir geführt haben –, daß wir in Deutschland aufgenommen werden mit offenen Händen, willkommen geheißen mit brüderlicher

1) Kurt Schuschnigg, "Im Kampf gegen Hitler – Die Überwindung der Anschlußidee", Wien - München 1988 (Neuauflage).

Gesinnung, daß wir im Reiche volles Verständnis finden für die geschichtlich gewordene Eigenart Deutschösterreichs, volles Verständnis dafür, daß wir unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse innerhalb des Reiches voll befriedigen können, daß wir vor allem dort finden werden die herzlichste Bereitwilligkeit zu brüderlicher Hilfe.
(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)." 1) S. 45 - 47 - 48

Der steirische christlichsoziale Abgeordnete **Dr. Gimpi** führte hierzu am 12.3.1919 vor der Nationalversammlung aus:

"Es ist von einigen Rednern hier der Anschein erweckt worden, als ob die christlichsoziale Partei als solche gegen den Anschluß an Deutschland wäre. Wir haben schon während der Wahlbewegung immer offen erklärt, daß wir unbedingt für den Anschluß an das Deutsche Reich sind...
Ich habe jetzt weiter kein Wort mehr zu verlieren. Es oblag mir nur die Aufgabe, hier zu erklären, daß wir Christlichsoziale unbedingt für den Anschluß an das Deutsche Reich sind. Ferner, daß wir unbedingt dafür sind, daß jenem unterdrückten Teil des deutschen Volkes in den besetzten Gebieten sein Recht, die Freiheit und Selbstbestimmung gewährt werden." 1) S. 48

Am 12. März 1919 bestätigte die Konstituierende Nationalversammlung (mit wenigen Gegenstimmen), die Zugehörigkeit Deutsch-Österreichs zur Deutschen Republik.

Anläßlich der Abreise nach Paris zu den "Friedensverhandlungen" erklärte Staatskanzler **Dr. Karl Renner** am 14. Mai 1919 noch auf dem Wiener Westbahnhof:

"Der Anschluß ist ein ewiges Recht, das wir uns holen werden, und sei es von den Sternen." 2) S. S. 81

Nach Ankunft in St. Germain stand er den Entente-Mächten sowie Vertretern Polens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens als "Verhandlungspartner" gegenüber, die jedoch nur schriftliche Stellungnahmen zu ihrem über 300 Seiten umfassenden "Vertragsentwurf" zuließen und diese anschließend fast ausschließlich ablehnten.

Die am 11.8.1919 von der deutschen Nationalversammlung beschlossene und am 14.8.1919 in Kraft getretene Weimarer Verfassung sah in ihrem Artikel 61 den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich vor:

"Deutsch-Österreich erhält nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmzahl. Bis dahin haben die Vertreter Deutsch-Österreichs beratende Stimme."

Der beabsichtigte Staatsvertrag wurde indessen von den Versailler Siegermächten vereitelt, die im Artikel 80 ihres "Friedensvertrages" Deutschland gezwungen haben, die Unabhängigkeit Österreichs zu respektieren und in ihrem Artikel 88 des Österreich gesondert auferlegten "Vertrages" von Saint Germain die Unabhängigkeit Österreichs für "unabänderlich" verfügten.

Nachdem am 6. September 1919 die Nationalversammlung das Ultimatum der Entente-Mächte mit angedrohter militärischer Intervention zur Kenntnis genommen und feierlichen Protest gegen die Vergewaltigung des nationalen Selbstbestimmungsrechts eingelegt hatte, setzte der österreichische Staatskanzler **Dr. Karl Renner** (SPÖ) seine Unterschrift unter den von den Siegermächten für Österreich präsentierten "Friedensvertrag" von St. Germain (Vorort von Paris). Die Wiener Nationalversammlung annulierte in Ausführung dieses "Vertrages" mit seinen 381 Artikeln am 21. Oktober 1919 das Grundgesetz vom 12. März über die Vereinigung mit dem Deutschen Reich. Seitdem gab es nunmehr die "Republik Österreich".

Laut Artikel 88 des am 30. Juni 1920 in Kraft getretenen "Vertrages" durfte allenfalls der Völkerbundsrat eine Neuregelung der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs genehmigen. Doch dieser war als Wachkommando für die "Einhaltung der neuen Völkerrechtsbestimmungen" von Versailles und St. Germain geschaffen worden, um die Interessen der alliierten Sieger dauerhaft abzusichern und somit keine Änderungen zuzulassen.

Nicht nur, daß sie einfach diktierten und Deutschland wie Österreich unter Druck wirtschaftlicher Erpressung setzten, sondern sie schraubten auch durch ihre Bündnispolitik der sogenannten "Kleinen Entente" (Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen) den Einkesselungsring von Osten her fest, so daß für Österreich wie für Deutschland vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" so gut wie nichts mehr übrig blieb.

Diplomatisch hieß dies schon 1919 so:

"Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtigen, auf den Anschluß an das Deutsche Reich hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Österreich einstellen, und die Reparationskommission würde in ihren Befugnissen vollständig wiederhergestellt werden."

Der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Friedensvertrag verpflichtete Deutschland im Artikel 80, die Unabhängigkeit Österreichs anzuerkennen, *"sofern nicht der Rat des Völkerbundes einer Abänderung zustimme"*. Da dieser sich jedoch aus der Kriegskoalition der Siegermächte zusammensetzte und satzungsgemäß in solchen Fragen einstimmig zu entscheiden hatte, war eine solche Floskel eher als Hohn denn als reale Chance aufzufassen.

Anfänglich war in den österreichischen Friedensvertragsbedingungen von St. Germain vom Juni (erster Teil) und Juli 1919 (zweiter Teil) ein Anschlußverbot an Deutschland nicht vermerkt. Die französische und britische Regierung jedoch bestanden im Verlauf "ihrer Verhandlungen" auf Einfügung des Artikel 88 in die Schlußfassung. Österreich hatte sich zu verpflichten,

"sich außer mit Zustimmung des Rates, jeder Handlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgendwelchem Wege ... seine Unabhängigkeit gefährden könnte".

Aus den Verfassungen Österreichs und Deutschlands mußten die Artikel getilgt werden, welche die Vereinigung vorgesehen hatten.

Im Dezember 1919 fühlte sich der Oberste Rat der Alliierten und Assoziierten Mächte bemüßigt, in einer amtlichen Verlautbarung auch noch die Verpflichtung zur *"wirtschaftlichen Unabhängigkeit"* Österreichs als Konsequenz der Friedensverträge besonders hervorzuheben bzw. nachzureichen. 1931 sollte unter Hinweis auf diesen "Nachschlag" die deutsch-österreichische Zollunion wieder rückgängig gemacht werden. Der "Krieg mit anderen Mitteln" war selbst

2) Helmut Andics, "Der Staat, den keiner wollte", Wien 1962.

1933 noch nicht zu Ende!

Obgleich das Verbot der Alliierten und Assoziierten Mächte schon vor Bekanntwerden ihrer unter sich allein geführten "Friedens-Vertragsverhandlungen" bekanntgeworden war, hat dies sowohl in Deutschland wie in Österreich die Anschlußpropaganda in der Presse wie in Versammlungen und Parlamenten, aber auch die internen Absprachen der Vertreter beider Regierungen nicht zu beeinträchtigen vermocht. Landtage setzten Anschlußkommissionen ein. In Österreich bereiteten sie sogar Volksabstimmungen vor. Der Volkswille sollte der Welt demonstriert und das Selbstbestimmungsrecht auf diese Weise erzwungen werden.



Kanzler Engelbert Dollfuß (li.), Kurt Schuschnigg und Joseph Reither bei einer Kundgebung der Vaterländischen Front 1933.

Am 18. Januar 1921 übermittelte der Nationalrat Reichspräsident **Friedrich Ebert** zum 50. Jahrestag der Reichsgründung herzliche Glückwünsche mit dem ausklingenden Wunsch, *"daß die Zukunft des Deutschen Reiches und der Republik Österreich die Erfüllung unserer Herzenswünsche bringen möge"*.

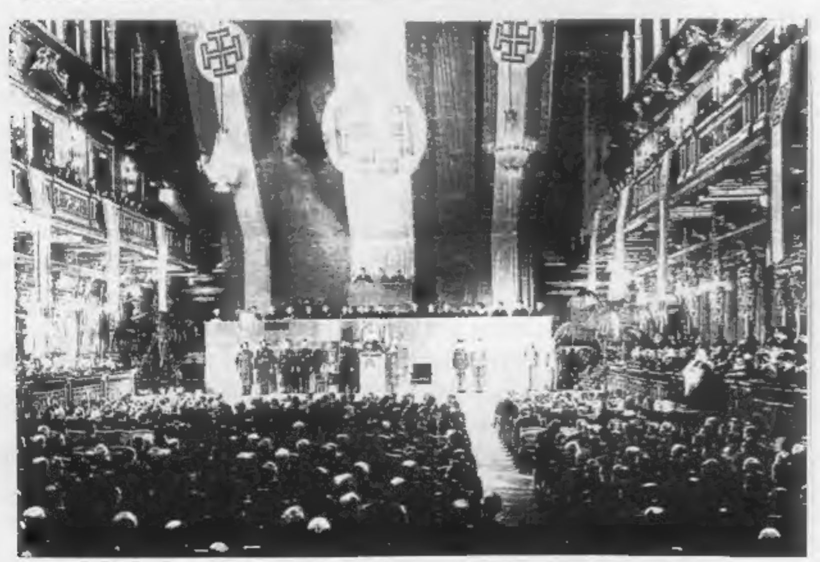
Die von der verfassunggebenden Nationalversammlung am 1. Oktober 1920 einstimmig beantragte Abstimmung über den Anschlußwillen im gesamten Bundesgebiet wurde auf Grund angedrohter wirtschaftlicher Konsequenzen und sogar militärischer Schritte seitens der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens storniert, ebenso die geplanten diesbezüglichen Volksabstimmungen in der Steiermark. Trotz Verbot der Bundesregierung fanden jedoch am 24. April und 29. Mai 1921 Volksabstimmungen in Tirol (nicht im an Italien abgetrennten Südtirol) und Salzburg statt. Mit 98,8% und 99% Ja stimmte deren Bevölkerung für den Anschluß an Deutschland! Der nach diesen Wahlergebnissen im steirischen Landtag am 31. Mai 1921 erneut gefaßte Beschluß, auch in der Steiermark eine solche Abstimmung durchzuführen, führte zum Rücktritt der Bundesregierung in Wien. Doch der Völkerbund, auf den man gehofft hatte, blieb vom österreichischen Volkswillen "unbeeindruckt", dafür aufgeschreckt. Sogleich bildete er ein Kontrollkomitee und entsandte einen Generalkommissar nach Wien.

"Dieser nimmt dort seinen dauernden Aufenthalt und übt die Finanzkontrolle aus. Ihm ist die Bundesregierung ... in allen Fragen, die die Verwendung der Anleihe betreffen, Rechenschaft schuldig.

Auf Verlangen des Kommissars müssen Zölle, Tabakmonopol und andere Staatseinnahmen verpfändet werden. Die Regierung verpflichtet sich, kein Papiergeld mehr zu drucken und bei Aufnahmen neuer Anleihen die Genehmigung des Kommissars nachzusuchen. Die Regierung muß der von ihr gegründeten Notenbank volle Autonomie geben; sie muß sich weiter verpflichten, die Eisenbahn-, Post-, Telegraphentarife und die Monopolpreise zu erhöhen.

Hier findet der 4-jährige Kampf der beiden Prinzipien: Anschluß oder Völkerbund vorläufig sein Ende.

*Für 2 Jahrzehnte ist das Land unter Fremdherrschaft gekommen, eine Kolonie des Völkerbundes, ein Spielball seiner Mächte geworden. Und der, der das bewirkt hat, ist der Führer der Christlich-Sozialen, der Bundeskanzler (Prälat **Ignaz) Seipel**"* [3) S. 91]



Großkundgebung der Vaterländischen Front im Musikvereinssaal, Wien. Am Rednerpult Justiz- und Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg.

Jedwede unabhängige nationale Regung in Österreich wie in Deutschland blieb für die Versailler Siegermächte, die sich im Völkerbund ein "internationales Sicherungsorgan" für ihre "Vertragsbestimmungen" geschaffen haben, verdammenswürdig und wurde von ihnen mit allen Mitteln wirtschaftlicher Erpressung, politisch-militärischer Einkreisung niedergekämpft! Auch für die nachfolgenden Bundeskanzler blieben diese Machtkomponenten bindend.

Die österreichische Bevölkerung jedenfalls hat ihren Willen zum Anschluß an Deutschland trotz der Verfügungen aus Paris und London und ihrer Entente-Begehrlichen nie aufgegeben. Dies bestätigte selbst **Kurt Schuschnigg** nach dem Zweiten Weltkrieges.[1) S. 50]

3) Baron von Galéra, "Österreichs Rückkehr ins Deutsche Reich -- Von Kaiser Karl zu Adolf Hitler", Leipzig 1938.

Diktatur, Verfassungsbruch, Einparteienherrschaft das neue und bleibende Rezept

Die Auswirkungen der "Friedensmacher" in Paris führten in ganz Europa zu chaotischen Bürgerkriegsverhältnissen, Volkstumskämpfen und permanentem Wirtschaftselend, speziell in Österreich zur Diktatur, Einparteienherrschaft, Notverordnungen mit der Folge unentwegter Unterdrückungsmaßnahmen, erschreckender und anhaltender Arbeitslosigkeit. Der Völkerbund sicherte diese Rahmenbedingungen hierfür ab.

Kurzgefaßte Stationen:

Bundeskanzler Ignaz Seipel (31.5.1922 - Nov. 1924 + 20. Okt. 1926 - 3.4.1929)

Der Theologieprofessor aus Salzburg und damals 46-jährige Prälat und Führer der Christlich-Sozialen Partei versuchte den Föderalismus seines Landes in die Einheit der katholischen Kirche einzubinden und international an das christliche Gewissen der Völker zu appellieren, um die Notstände Österreichs zu überwinden. Die Abwehr des Marxismus und die Ablehnung eines Anschlusses an Deutschland waren für ihn zwar dominierende Maxime seines politischen Handelns, was jedoch nicht bedeutete, sein Deutschtum zu verleugnen. Dennoch konnte er die von ihm übernommenen 790 Milliarden Kronen Staatsschulden nicht abtragen. Seine Sparmaßnahmen (u.a. Entlassung von 100.000 Staatsangestellten bis Ende 1922) und "Kreditoperationen" mit der Notenpresse stellten ihn im Gegenteil vor unlösbare Aufgaben.

"Rosig sieht es in Österreich nicht aus. Der Staatshaushalt für 1923 schließt mit einem Fehlbetrag von 10 Billionen (= über 700 Millionen Goldkronen) ab, die Staatsschulden sind von Ende 1921 bis Ende 1922 auf 13 Billionen (= rund 1 Milliarde Goldkronen) angewachsen.

*Immerhin kann **Seipel** Ende Dezember 1922 verkünden, daß auf die Anleihe 200 Milliarden (= 14 Goldmillionen) gezeichnet seien, die Notenpresse ist stillgelegt, der Notenumlauf beträgt 3 Billionen (= 200 Goldmillionen). 14.400 Papierkronen von Ende Dezember 1922 sind soviel wert wie 1 Krone im Juli 1914."* [3) S. 89]

Als Folge des verlorenen Ersten Weltkrieges haben die USA, Frankreich, England und Italien, sogar die Tschechoslowakei Österreich noch eine Schuldensumme von 1 Milliarde Goldkronen auferlegt, die dieses kleine Land ähnlich wie das größere Deutschland gar nicht bezahlen konnte.

In den Genfer Protokollen zur Anleihegewährung von 650 Millionen Goldkronen (etwa 10 Billionen Papierkronen) vom 4.10.1923 mußte sich die österreichische Regierung neuerlich auf ihre Unabhängigkeit bzw. auf ein Anschlußverbot an Deutschland festlegen und einem Kontrollkomitee des Völkerbundes zustimmen.

Am 1.6.1924 wurde **Seipel** von einem marxistischen Attentäter schwer verwundet, Anfang November gelang es den Marxisten, ihn gänzlich zu stürzen. Ein Streik der Bundeseisenbahner, der um 180 Milliarden Mehrausgaben geführt wurde, veranlaßte **Seipel** zum Rücktritt.

Erst sein Nachfolger **Rudolf Ramek** erreichte am 2.3.1925 die Einführung der Schilling-Währung und Ende Juni 1926 die Abreise des Völkerbundkommissars. Dennoch wird auch er gestürzt -- wegen geforderter Gehaltserhöhungen der Bundesangestellten in Höhe von 25%. Im Oktober 1926 trat auch **Ramek** zurück.

Seipel übernahm am 20. Oktober 1926 den Posten des Bundeskanzlers erneut.

Beachtlich bleiben die Ausführungen in seiner Regierungserklärung vom 19. Mai 1927:

"Ganz besonders liegt uns die Ausgestaltung der Beziehungen zu unseren Brüdern im Deutschen Reich am Herzen. In geistiger Beziehung kann natürlich das Verhältnis der Beziehungen nicht mehr enger werden. Wir sind ja mit allen durch die gleiche Abstammung, gleiche Kulturentwicklung, gleiche Geschichte verbunden, aber wir wünschen darüber hinaus, alles zu fördern, was auf wirtschaftlichem und anderen Gebieten die Annäherung der beiden Staaten zu einer engeren machen kann. Wir werden streben, auf diesem Wege in dem Maße Fortschritte zu machen, als es je nach der Zeitlage möglich und zulässig ist." [4)]

Als er am 3.4.1929 wiederum zurücktrat, hatte er die Grundübel seines Staates nicht beseitigt: die strenge Konfessionsbindung, die Gegensätze zu den Marxisten und Großdeutschen, die Arbeitslosigkeit, die Fixierung auf den Völkerbund.

*"Nach dem Weggang **Seipels** verschafft sich die liberalere Richtung der Christlich-Sozialen den Einfluß in der Staatsführung. Männer wie **Ernst v. Streeruwitz, Johannes Schober, Dr. Otto Ender, Karl Buresch** werden Bundeskanzler, die in der Zollunion Österreichs mit dem Reiche eine Art des Anschlusses sehen, die nicht nur für Österreich, sondern auch für Europa tragbar ist."* [3) S. 112]

Wie grotesk inzwischen diese Problematik um die Zollunion geworden ist, zeigt sich daran, daß sich die Völkerbund-Mächte 1931 in Konferenzen um einen "paneuropäischen" wirtschaftlichen Zusammenschluß bemühten, sie aber gleichzeitig in aller Schärfe Deutschland und Österreich eine Zollunion verwehrten und dafür sogar ihren Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag einspannten, der mit 8:7 Stimmen die geplante Zollunion verbot. Allein schon die Parole Bundeskanzler **Schobers**: ***"Zwei Staaten -- ein Volk"*** war zu viel für sie.

4) H. v. Paller, "Der großdeutsche Gedanke", Leipzig 1928, (Unveränderter Nachdruck, Faksimile Verlag, Bremen), S. 156.

Die Regierung **Buresch** trat schließlich am 6. Mai 1932 zurück, -- unter Hinweis auf hohe Stimmenzahl für die NSDAP-Österreich bei den Wahlen Ende April 1932. In der marxistischen Hochburg Wien hatte sie im Vergleich zu 1930 ihren Stimmenanteil um das Siebenfache (von 27.000 auf 201.000 Stimmen), in Voralberg das Neunfache im Vergleich zum November 1930[1) S. 122] erhöhen können, in Kärnten, Niederösterreich, Steiermark und Salzburg erzielte sie 20% der Stimmen. In Innsbruck rückte sie sogar zur stärksten Fraktion auf.

Bundeskanzler Dollfuß (20. Mai 1932 - 25. Juli 1934):

Engelbert Dollfuß, vormals Bundesbahnpräsident, übernahm am 20. Mai 1932 die Regierung Österreichs. Er behielt nicht nur den vorgegebenen Kurs bei, sondern bekräftigte ihn noch durch Ausnahmegesetze und Zentralisierung seiner Herrschaft.

Eine seiner ersten wichtigen außenpolitischen Amtshandlungen war die Unterzeichnung des sogenannten Lausanner Protokolls vom 15.7.1932, in dem sich Österreich zugunsten neuerlicher Auslandsanleihen von 60 Millionen Schilling nebst Auslandskontrolle verpflichtete, für weitere 20 Jahre jedwedem wirtschaftlichen und politischen Gemeinschaftsgedanken mit Deutschland abzuschwören. Dies freilich geschah in einer Entwicklungsphase Österreichs, als unter Einwirkung großer Wahlerfolge der Nationalsozialisten in Deutschland auch der außergewöhnliche Zuwachs der ns-Wählerstimmen bei den Landtagswahlen in Österreich im April 1932 einen Umbruch des gesamten Systems ähnlich wie im Reich erkennbar machte.

Innenpolitisch hieß sein "Heilmittel" Diktatur, Unterdrückung jeglicher unerwünschter Meinungen und Organisationen, ganz gleich, in welcher Stärke sie sich in Österreich Geltung machen sollten.

Am 10. Mai 1933 verbot **Dollfuß** weitere Landtags- und Gemeindewahlen, danach schaffte er alle Parteien ab zugunsten seiner per Gesetz am 1. Mai 1934 gegründeten **"Vaterländischen Front"**.

Sein Justiz- und Unterrichtsminister, der 34-jährige **Kurt Schuschnigg,** gab sämtlichen rechtswidrigen Entscheidungen von **Dollfuß** seine Zustimmung, wußte auch sogleich "die Schuldigen" für diese diktatorischen Unterdrückungsmaßnahmen zu benennen: die Nationalsozialisten Österreichs.

Für die Zeit vor dem 4. März 1933 führt **Kurt Schuschnigg** an: Da *"zog jemand seit Sommer 1931 von Wien aus seine Fäden"*, -- der vom Reich ernannte NSDAP-Inspekteur **Theo Habicht**. Ob nachfolgendes mit ihm zu tun hat, wird zwar nicht behauptet, doch als Eindruck suggeriert. **Habicht** war schon vor Beginn des Jahres 1934 aus Österreich ausgewiesen worden! [1) S. 146]

Da soll es im Oktober 1932 gewalttätige Überfälle an der Wiener Universität *"im Zeichen des Hakenkreuzes"* gegeben haben, so daß die Alma mater gesperrt werden mußte. Tränengasanschläge gegen jüdische Großkaufhäuser seien *"in der Weihnachtszeit 1932 anbefohlen"* worden. Von wem blieb ungenannt.

Das war's dann schon bis zum 4. März 1933, was Kurt Schuschnigg vorzubringen wußte!

Weder sind uns Hintergründe dieser Vorfälle bekannt, noch vermittelt sie **Schuschnigg**.

Auch später ist nie eine zentrale Lenkung dieser Ereignisse seitens irgendeiner Parteistelle aus dem Reich nachgewiesen worden!

Dollfuß hatte sich zu seinen diktatorischen Allüren und zum grundsätzlichen Verfassungsbruch am 4. März 1933 entschlossen, um dem Auftrieb der ns-Wählerschaft ein Ende zu machen. Nicht Gewaltakte aus dieser "Szene" waren für seine Entscheidungen bestimmend! Er hatte auch keine derartigen Begründungen angeführt. Den Rücktritt des Parlamentspräsidiums, einen an sich belanglosen Geschäftsordnungsvorgang, nahm er zum Anlaß, in einem frech verfügten Überrumpelungsakt fortan Parlament und Freiheitsrechte grundsätzlich auszuschalten, obgleich einer der 3 zurückgetretenen Nationalratspräsidenten die unterbrochene Sitzung wieder einberufen hatte.

Zur allgemeinen Überraschung zog er aus dem vorgenannten Anlaß am 4. März 1933 das **"Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917"** aus den verstaubten Akten hervor, festigte und zentralisierte mit diesem Kriegsrecht seine Macht. Verfassung und Parlament waren damit ausgeschaltet, das Volk sowieso durch Wahlverweigerung, Pressezensur, Verbot von öffentlichen Versammlungen und Aufmärschen (BGBl 41/1933).

"In der Praxis waren allerdings die Christlichsozialen und die Heimwehren davon aausgenommen." [4a) S. 105]

Die innenpolitischen Gegensätze waren damit jedoch



Für das System überraschend: Wahlsieg der NSDAP-Österreich mit Einzug einer 15 Mann starken ns-Fraktion in den Wiener Gemeinderat. Dies veränderte in Verbindung mit ähnlichen Ergebnissen bei den Landtagswahlen in Salzburg und Niederösterreich auch die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat. [22) S. 180] **Hier: Friedliche ns-Kundgebung in Wien 1932.**[2) S. 431] **Reaktion des Systems: Verbote und Unterdrückung.**

4a) Bruce F. Pauley, "Der Weg in den Nationalsozialismus – Ursprünge und Entwicklung in Österreich", Wien 1988, Bundesverlag.

nicht ausgeschaltet, im Gegenteil: sie eskalierten. Der eigentliche Kampf begann jetzt erst.

Kurt Schuschnigg gab nach Kriegsende zu:

"Die Anwendung des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917 bis Ende April 1934 und die Promulgierung (Bekanntgabe, -- d. Verf.) *der neuen Verfassung vom 1. Mai 1934 lassen sich mit juristischen Argumenten allein nicht vertreten."* [1) S. 141]

Nach dem Verbot aller Parteien außer der von **Dollfuß** gegründeten Vaterländischen Front war der Nationalrat überhaupt nicht mehr beschlußfähig. Die neue Verfassung verfügt u.a.: Der Bundespräsident ist von den Bürgermeistern zu wählen, die Angehörigen der gesetzgebenden Körperschaften werden aus Mitgliedern der Berufsstände ernannt. Das Volk blieb total ausgeschaltet.

Kurt Schuschnigg beteiligte sich als Justiz- und Unterrichtsminister an diesem Unterdrückungskurs insbesondere gegenüber der "Großdeutschen Front" und sanktionierte die Verhaftung von Tausenden ihrer Gesinnung wegen. **Schuschnigg** hatte keinen Grund, sich über **Hitlers** Herrschaftsmethoden zu beschweren und seinen "Kampf gegen **Hitler**" deshalb aufzunehmen, denn der Führer regierte **mit** den Wählerstimmen seines Volkes, **mit** Zustimmung des Parlamentes und des Reichspräsidenten bis zu dessen Ableben im Oktober 1934, und danach in seiner vereinten Funktion als Führer und Reichskanzler **mit** überwältigender Zustimmung durch eine Volksabstimmung! **Dollfuß** und **Schuschnigg** regierten als Usurpatoren gegen Volk und Parlament, verweigerten Volksabstimmungen und zwangen ihre Staatsbeamten, einen Eid auf das so begründete Regierungssystem zu leisten (Bundesgesetzblatt 173/1933)! Sie waren sogar Schrittmacher im Verbieten von Parteien. Schon im März 1933 hatten sie die Zensur eingeführt und den Republikanischen Schutzbund, die marxistische Wehrorganisation, aufgelöst (BGBl 97/1933). Am 31. März 1933 verfiel der Republikanische Schutzbund -- die marxistische Wehrorganisation -- der Auflösung.

Mittels einer Verordnung vom 25.3.1933 wurden die Geschworenengerichte in Schwurgerichte umgewandelt. Stimmen aus der Bevölkerung sollten bei Gerichtsentscheidungen ausgeschaltet werden.

Am 5. Mai 1933 verfügte **Dollfuß** das Uniform- (Braunhemd-)verbot -- *"auch diesmal wieder waren regierungsfreundliche Gruppen von dieser Regelung ausgenommen"* [4a) S. 105] --, am 6. Mai ließ er den ***Völkischen Beobachter*** beschlagnahmen, am 7. Mai erklärte er auf dem Christlich-Sozialen Parteitag in Salzburg, daß *"mit Rücksichtnahme auf den Fremdenverkehr"* für die nächsten 6 Monate keine Gemeindewahlen mehr stattfinden sollen. 4 Tage später verschob er auch die Landtagswahlen.

"Die Nationalsozialisten Wiens antworten mit gewaltigen Umzügen. Die Männer marschieren in schwarzen Hosen, weißen Hemden und schwarzen Binden. Die Polizei wird von einem Stadtteil in den anderen gehetzt, um die Menschenansammlungen zu zerstreuen." [3) S. 161]

Die Verordnung vom 10. Mai 1933 (BGBl 172/1933) verbot die Ausschreibung weiterer Wahlen in Landtagen und Ortsgemeinden. **Schuschnigg** bestätigte nach dem Krieg, daß dieser Beschluß seinerzeit unter dem Eindruck des Wahlergebnisses von Innsbruck vom 23. April 1933 gefaßt worden war,

"als die NSDAP erstmals zur stärksten Partei in der Gemeindestube einer Landeshauptstadt geworden war". [1) S. 141]

Demokraten, den Volkswillen respektierende Politiker waren sie nie gewesen, die Herren **Engelbert Dollfuß** und **Kurt Schuschnigg**!

Am 19. Mai 1933 erhielt der Gauleiter von Wien, **Alfred E. Frauenfeld**, Redeverbot.

Am 25. Mai 1933 schalteten sie das Bundesverfassungsgericht aus, einen Tag später die kommunistische Partei (KPÖ) (BGBl 200/1933).

Zur Absicherung ihrer Macht übertrumpften sie **Hitler** gar in einer Gangart, die beim Führer völlig unbekannt war: sie baten wiederholt Italien und die Völkerbundsmächte um Hilfe. Sogar eine militärische Intervention italienischer Truppen auf österreichischem Boden *"für den Fall von Aufständen zur Entlastung der österreichischen Truppen"* war Gesprächswunsch auf den Reisen nach Rom im Jahre 1933. Auf die militärischen Interventionen der anderen Mächte hoffte **Schuschnigg** noch im März 1938.

Zeitlich einzuordnen ist die am 29. Mai 1933 von **Hitler** verfügte Tausend-Reichsmark-Steuer für Reisen nach Österreich. Mit dieser Maßnahme sollte auf die Regierung in Wien, die ihre ns-Gesinnungsbekämpfung auch auf einreisende deutsche Touristen ausgedehnt hatte, Druck ausgeübt werden, Reichsbürger gleichermaßen wie andere Ausländer zu behandeln, ihnen also ihre Meinungsfreiheit zuzugestehen.

Allein im Juni 1933 befanden sich 3.000 Nationalsozialisten in österreichischen Gefängnissen.

Am 19.6.1933 wurden NSDAP, SA und SS verboten (BGBl 240/1933), was das Tragen von ns-Emblemen und jede Betätigung in ihrem Sinne einschloß.[5) S. 169] Damit war jedoch der Wille großer Bevölkerungskreise nicht aus der Welt geschafft. Der Kampf verlagerte sich in die Illegalität.

"Weder die Androhung der Todesstrafe, noch die Einsetzung von Schnellrichtern, noch die Einrichtung von Konzentrationslagern, noch die Abwürgung der nationalen Presse Ende Juli, weder schlagartig einsetzende Massenverhaftungen, noch Ausweisungen vermögen das Zerschneiden der Kabel und Telegraphenleitungen, die Sprengstoffanschläge auf Straßen, Bahnen und Gebäude, die jetzt ihren Anfang nehmen, zu verhindern." [3) S. 171]

Mitte August 1933 verkündete **Dollfuß,** daß für österreich-feindliche Umtriebe im Ausland über die Ausweisung hinaus auf Verlust der Staatsbürgerschaft erkannt werden kann.

"Gauleiter ***Alfred Proksch*** *steht als erster auf der Liste der Ausgebürgerten, ihm folgen Männer aus allen Schichten und Kreisen des Volkes. Studenten und Hochschulprofessoren, die sich gegen das verfassungswidrige Terrorregime wenden, werden gemaßregelt. Bis Ende August wird die Zahl der nationalsozialistischen Opfer des* ***Dollfuß****systems auf 7.000 geschätzt."* [3) S. 179]

Am 23.9.1933 rief Bundeskanzler **Dollfuß** per Verord-

---

5) Erwin A. Schmidl, "März 38 -- Der deutsche Einmarsch in Österreich", Wien 1988.

nung die Errichtung eines "Anhaltelagers" Wöllersdorf ins Leben (BGBl 431/1933). Den Ausdruck "Konzentrationslager" hat er vermieden, obgleich genau dies gemeint war. Nur "Politische" sollten hier einsitzen, im Gegensatz zu jenen KL im Reich, in die auch Kriminelle eingewiesen wurden. Für aufmüpfige Wissenschaftler hatte man inzwischen die Dienstentlassung vorgesehen (BGBl 445/1933), für politisierende Studenten die Extmatrikulation (BGBl 474/1933).

Eingefügt sei: **Dr. Bruno Kreisky**, Österreichs Bundeskanzler von 1970 - 1983 war wegen verbotener Tätigkeit im Sinne der Sozialdemokratie -- Hochverrat -- von 1935 - 1937 (22 Monate) inhaftiert und vom Studium in ganz Österreich für immer ausgeschlossen worden. Nach dem Anschluß an Deutschland im März 1938 durfte auch er wieder, trotz seiner jüdischen Abstammung, sein Studium an der Wiener Universität fortsetzen und legte -- "unter dem Zeichen des Hakenkreuzes" -- dort seine letzte rechtswissenschaftliche Prüfung ab. Anschließend emigrierte er freiwillig nach Schweden.

Am 3. Oktober 1933 wurde **Dollfuß** von einem marxistischen Attentäter der Heimwehr leicht verletzt. Nicht nur die Nationalsozialisten hatte er sich zum Feind gemacht.

Eine weitere Verordnung führte am 10.11.1933 erneut die Todesstrafe im standgerichtlichen Verfahren für Verbrechen des Mordes, der Brandlegung und der boshaften Sachbeschädigung fremden Eigentums ein (BGBl 505/1933).



Großkundgebung der Nationalsozialisten in der Halle des Nordwestbahnhofes Wien anläßlich des Wahlsieges in Deutschland. vom 5. März 1933.

Kurt Schuschnigg sah indessen auch im Rückblick der Nachkriegsjahre nicht etwa die Schuld für das Eskalieren der Zustände im Alpenland bei **Dollfuß** und sich. Nein:

"1934 war ein Jahr, in welchem in vielen Ländern, besonders aber in Österreich Gewalt und Umsturz, Faustrecht und Repressalien in der Luft lagen. Die Heimwehren riefen nach dem Staatsstreich." [1) S. 166]

Die parteiunabhängigen Heimwehren indessen hatten nichts mit der NSDAP-Österreich zu tun.

"***Emil Fey****, der am 11. Januar 1934 Diktator der Sicherheit und der gesamten Exekutive geworden ist, läßt jetzt auch die Richter, die nicht streng genug gegen die Nationalsozialisten vorgehen, Offiziere und Professoren, ja sogar hohe Beamte der Ministerien wegen nationalsozialistischer Betätigung nach Wöllersdorf schicken.*" [3) S. 181]

Schuschnigg ist immer noch Justiz- und Unterrichtsminister!

Die von der Wiener Regierung am 12. Februar 1934 verfügte Waffensuche nahm der sozialdemokratische Parteivorstand zum Anlaß, den Generalstreik auszurufen. Zwar wurde der Aufruf nicht befolgt, doch die in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften organisierten Marxisten nutzten die Lage für einen bewaffneten Aufstand. Dieser wurde mit Artillerieeinsatz niedergeschlagen. Bilanz: 1.500 Tote, davon allein in Wien 1.000, und Tausende Verwundete. Das Standrecht blieb bis zum 21.2.1934 in Geltung.[1) S. 152] Die Sozialdemokratische Partei, anschließend auch die Christlich-Soziale Partei, wurden verboten. Neun Schutzbundführer wurden nachträglich hingerichtet, Tausende ihrer Anhänger verhaftet und in die Emigration getrieben.

Mit der NSDAP-Österreich hatte dies nichts zu tun.

"*Die Handhabe zu dem von* ***Benito Mussolini*** *dringend geforderten Ausschalten der sozialdemokratischen Machtposition durch Auflösung der Partei nach dem 12. Februar 1934 war dadurch gegeben, daß der Republikanische Schutzbund nach außen hin als Bestandteil der Sozialdemokratischen Partei galt und zweifellos als solcher aufgefaßt wurde. Er hat, wie es sich schließlich bestätigte, seine Befehle vom Parteivorstand erhalten.*" [1) S. 153]

"Am 30. April 1934 ruft Dollfuß den Nationalrat, das nur noch aus 74 Christlich-sozialen, einem Großdeutschen und einem Landbündler bestehende Rumpfparlament, zusammen. Es stimmt den 47 seit März 1933 erlassenen Notverordnungen zu, ohne ihren Wortlaut zu kennen, ebenso der Ratifizierung des Konkordats sowie der Annahme der ihm gänzlich unbekannten Verfassung und überträgt durch Ermächtigungsgesetz alle seine Rechte auf die Regierung. Damit ist die Existenz des Nationalrats nach einem 15-jährigen Bestehen abgeschlossen. Am nächsten Tage verkündet Dollfuß seine neue Verfassung, die die totale Entrechtung eines 7-Millionenvolkes enthält." (BGBl 1238/1934) [3) S. 200]

Kurt Schuschnigg hat als Justiz- und Unterrichtsminister diese "*totale Entrechtung eines 7 Millionen-Volkes*" voll abgestützt und nachfolgend als Bundeskanzler diese Politik in eigener Verantwortung fortgesetzt! Das sollte nicht vergessen werden.

Am 24.5.1934 ließ Bundeskanzler **Engelbert Dollfuß** nach Rücktritt einiger Verfassungsrichter den Verfassungsgerichtshof "*stillegen*".

Am 19. Juni 1934 folgte das Gesetz über die Einführung der Todesstrafe "im ordentlichen Verfahren", am 12. Juli 1934 auch für Sprengstoffbesitz.

Kein Wunder, daß diese "totale Entrechtung eines 7 Millionen-Volkes" auch die NSDAP-Österreich nicht unberührt ließ und bis zum Putsch gegen dieses System empörte, zumal die wirtschaftliche Not der Massen auch mit diesen drakonischen Maßnahmen nicht zu bessern war. So entschlossen sich einige waghalsige Aktivisten aus ihren Reihen zu dem zweifelhaften Putsch am 25. Juni 1934 mit Besetzung der Regierungsresidenz in Wien in Uniformen des Bundesheeres. Versehentlich abgefeuerte -- nicht befohlene -- Schüsse auf Bundeskanzler **Dollfuß** trafen ihn tödlich. Zwei verurteilte mutmaßliche Täter büßten diese Tat durch Hinrichtung, die Mittäter durch Kerkerhaft. Den gewählten ns-Vertretern in den Landtagen und Gemeinden entzog man ihre Mandate,[1) S. 141] obgleich damals zeitig aufgeklärt werden konnte, daß weder dieser Putsch noch dieser Mord auf Anweisung oder mit Kenntnis der Parteileitung erfolgt waren.

Adolf Hitler hatte auf die Ermordung von Bundeskanzler **Dollfuß** hin unverzüglich eine intensive Untersuchung veranlaßt, die ergab, daß keine einzige reichsdeutsche Instanz in irgendeinem Zusammenhang mit den Ereignissen in Wien stand. Landesinspekteur **Habicht** wurde sogleich seines Postens enthoben, weil er Rundfunkmeldungen der Aufständischen vom Münchener Sender weiterverbreitet hatte. Gleichzeitig ließ **Hitler** in einem Kommuniqué seinen Befehl verkünden, die Aufständischen im Falle einer Überschreitung der deutschen Grenze sofort zu verhaften.[1) S. 164]

Schuschnigg selbst nennt einen einzigen "*Hauptverantwortlichen für den Juliputsch*" -- wenngleich es mehrere gegeben haben soll -- den späteren Staatskommissar **Dr. Otto Gustav Wächter**[1) S. 166] (führender Kopf der illegalen SS in Wien) -- mit der Begründung, es habe

"schriftliche Instruktionen aus Deutschland zur Organisierung des nationalsozialistischen Aufstands im Lande am 25. Juli" [1) S. 169]

gegeben, -- ohne allerdings auch nur mit einem Wort auf diese einzugehen. Was also waren das für "*Instruktionen aus Deutschland*"? Wer hat sie erteilt? Ein emigrierter **Dr. Wächter**? Hier wäre doch **Schuschnigg** aufgefordert gewesen, Konkretes auf den Tisch zu legen, habe er sie doch seinen Worten zufolge angeblich gekannt! Bislang hat sie indessen kein Historiker aufgegriffen. Im Gegenteil liest man in anti-ns-Untersuchungen ohne Nachweise, daß zwar **Hitler** "in solche Pläne eingeweiht gewesen und sie gebilligt habe", sich aber gehütet habe, solche Ansichten schriftlich von sich zu geben.[198) S. 456 - 457]

Möglicherweise wurde hier auf eine Ausführung von **Hermann Göring** vor dem Alliierten Militärtribunal in Nürnberg vom 14. März 1946 Bezug genommen. **Göring** schilderte dort im Kreuzverhör, daß Landesleiter **Habicht** vor jenem Putsch mit **Hitler** die Frage erörtert habe, wie sich die Partei verhalten solle, falls das österreichische Bundesheer, wofür es Anzeichen gäbe, die Regierung in Wien stürzen sollte. **Hitler** vertrat dabei den Standpunkt, daß in einem solchen Falle die NSDAP-Österreich diese Vorgänge unterstützen solle. In Wirklichkeit bestanden jedoch solche Pläne im österreichischen Bundesheer nicht, sondern nur in einer Standarte ausgeschiedener, also ehemaliger Angehöriger des Bundesheeres. So war der Reichskanzler grundsätzlich falsch informiert und in Einzelheiten überhaupt nicht eingeweiht gewesen.[6)]

Dann habe ein "**Weydenhammer**-Bericht" **Hitler** vorgelegen,

"der trotz mancher interessanter Details mit Vorsicht aufgenommen werden muß, da er offensichtlich stark der Selbstverteidigung diente." [1) S. 169]

Schuschnigg stufte **Weydenhammer** "*zu den unmittelbaren Regisseuren des Putsches*" ein, die nach Scheitern "*mit **Hitlers** Ungnade zu rechnen hatten*". Auch von diesem Bericht erfährt man bei **Kurt Schuschnigg** kein einziges Wort über den Inhalt, obgleich er zugibt, ihn zu kennen.

Gleichermaßen bedeckt verhält sich **Schuschnigg** gegenüber einem offiziell in Wien herausgegebenen "österreichischen Braunbuch" über den Juliputsch, -- mit Ausnahme eines Hinweises darauf, daß der Text zugunsten von Parteifreunden manipuliert worden war.[1) S. 169]

Der Gauleiter der NSDAP Hauptmann **Leopold** hat in einem Memorandum "Zur inneren Befriedung Österreichs" vom 11. Juli 1936 die Ursache für die Ereignisse im Juli 1934 auf die Vereitelung jedweder legalen Betätigung zurückgeführt, wodurch die NSDAP mit verfassungswidrigen Maßnahmen in die Illegalität getrieben worden sei.[1) S. 140] **Schuschnigg** schreibt hierzu selbst:

"Von solchen, (also 'verfassungswidrigen Maßnahmen') könnte jedenfalls erst nach dem 4. März 1933 die Rede sein." [1) S. 140]

Also stimmten die Ausführungen **Leopolds**! Und Justizminister **Schuschnigg** wußte um die Verfassungswidrigkeit dieser Maßnahmen!

Man hat somit die Zeiten davor und danach zu unterscheiden. Vom 4. März 1933 bis zum 25. Juli 1934 haben die Gralshüter in Wien Außerordentliches veranlaßt, was die Bevölkerung zur Unruhe, ja Verzweiflung trieb!

Helmut Sündermann, der als Adjutant des Reichspressechefs **Dr. Dietrich** vielfach die Ereignisse als Erlebniszeuge auf höchster Ebene mit internem Einblick in die Führungsverhältnisse verfolgen konnte, beurteilte den Juli-Putsch 1934 in Wien gewiß richtig, wenn er schrieb:

*"In Wirklichkeit bedeutete dieser Putsch für **Hitler** eine politische Katastrophe. Auch wenn das verwirrt durchgeführte Unternehmen, bei dem **Dollfuß** (wie **Schuschnigg** ebenfalls genau weiß) nicht mit Absicht getötet wurde, örtliche Erfolge erzielt hätte, wäre angesichts der italienischen Einmarschbereitschaft, der tschechischen und anderer Bedrohungen eine internationale Krise entstanden, wie das in seiner militärischen Stärke noch kaum über 100.000 Mann hinausgewachsene deutsche Heer -- unmittelbar nach der Röhm-Krise! -- gewiß nicht hätte meistern können.*

***Hitlers** Empörung war ebenso echt, wie seine Überraschung, ...*

*Obwohl es infolge des raschen Zusammenbruches des Putsches nur zu einer italienischen Teilmobilmachung, nicht zu dem vorbereiteten Einmarsch in Österreich kam, war es für **Hitler** klar, daß er durch die Österreich-Frage an den Rand des Abgrundes geraten war."* [7) S. 96]

6) IMT Bd. IX --- 14.3.46

7) Helmut Sündermann, "Wie deutsch bleibt Österreich? -- Antwort an Schuschnigg", , Preising 1970 (Druffel Verlag).

Bundeskanzler Kurt Schuschnigg

Kurt Schuschnigg trat den Posten als Bundeskanzler unmittelbar nach Ermordung von **Engelbert Dollfuß** am 25. Juli 1934 an und setzte dessen Kurs, gestützt auf die **Dollfuß**-Verfassung sowie die von seinem Vorgänger geschaffene Einheitsorganisation der "Vaterländischen Front", bis zu seinem Rücktritt am11. März 1938 fort.

Zwar dämpfte er die Stimmen aus seinen Reihen, die der Reichsführung die Schuld an der Ermordung von **Engelbert Dollfuß** gaben, weil auch die von ihm veranlaßten Untersuchungen zu demselben Ergebnis gekommen waren wie jene der Reichsführung, schickte auch seinen Gesandten **Tauschitz** wieder nach Berlin und akzeptierte die Bestallung **Franz v. Papens** als deutschen Gesandten in Wien, doch blieb er in der innenpolitischen Auseinandersetzung mit den Großdeutschen weitgehend unversöhnlich.

Im September 1934 war er auf der Völkerbundstagung freudig begrüßt worden, gleichermaßen wie die Vertreter der Sowjetunion, die als neues Mitglied in diesen Überwachungsverein der alliierten Sieger trotz ihrer Weltrevolutionszielsetzung aufgenommen wurde.

Bundeskanzler Kurt v. Schuschnigg regierte vom 26.7.1934 als Bundeskanzler, gestützt auf die "Vaterländische Front", weiter ohne parlamentarisches Mandat, ohne Wahlen bis zu seinem selbst verschuldeten Sturz am 11. März 1938.

Auf den im Oktober 1935 ausgebrochenen italienisch-abessinischen Krieg reagierte Großbritannien mit einer Boykottresolution des Völkerbundes gegenüber Italien. Damit wurde Mitsieger Italien aus der Riege der "Versailler Schutzmächte für Österreichs Unabhängigkeit" ausgegrenzt. Deutschlands Wirtschaftshilfe für Italien bewirkte einen dauerhaften Freundschaftskurs **Mussolinis** zur nationalsozialistischen Reichsführung. **Schuschnigg**, der sich angesichts dieser außenpolitisch veränderten Lage in seiner Stellung geschwächt sah, folgte der Anregung **Mussolinis** und suchte auch aus Gründen seiner wirtschaftlichen Notlage, seine Beziehungen zu Deutschland aufzubessern, was im -- hier gesondert zu behandelnden -- Abkommen vom 11. Juli 1936 seinen Ausdruck fand.

Am 1. April 1936 führte **Schuschnigg** die allgemeine Wehrplicht ein, setzte sich damit ebenso wie **Hitler** angesichts permanent verweigerter Gleichberechtigung in den internationalen Rüstungsmargen über die von den Siegern des Ersten Weltkrieges verfügten Entwaffnungsbestimmungen hinweg und löste die noch bestehenden Heimatschutzwehren auf.

Im Juli 1936 befanden sich cirka 10.000 nationaldeutsche Österreicher -- vielfach unter außerordentlich unwürdigen Bedingungen -- in Haft.[3) S. 222]

Ein zeitgenössischer Situationsbericht über die innenpolitische Lage Österreichs sei eingefügt:

"Am Weihnachtsfeste (1935) begehen 49 Einwohner Wiens Selbstmord aus wirtschaftlicher Not. 61% der 77.000 Steuerpflichtigen in Linz (109.000 Einwohner) haben monatlich weniger als 150 Schilling (100 RM) Einkommen und 1% mehr als 800 Schilling (500 RM). -- In Vorarlberg, Tirol und Salzburg ist der Fremdenverkehr auf ein Viertel bis ein Fünftel zurückgegangen. 8 Millionen Schilling hat die Regierung zur Verfügung stellen wollen, sie hat aber nur die Hälfte zusammengebracht, worein sich 1.800 Betriebe teilen müssen. -- Die Bauern stehen vor dem Ruin. -- Die Hälfte aller schulentlassenen Jugendlichen unter 21 Jahren ist arbeitslos. -- Dazu kommt der grausame Volkstod. Unter den 1.875.000 Einwohnern Wiens sind nur 130.000 Schulkinder. Die jährlichen 40.000 Geburten (1914) sind auf ein Viertel zurückgegangen. In den Ländern gibt es Orte, wo ein ganzes Jahr lang kein Kind geboren wird, oder wo die Schulen geschlossen werden, weil keine Kinder mehr da sind! -- In Wien sind über 1.000 deutsche Familien mit 8 - 10 Kindern obdachlos. Tausende von Kindern müssen mit anderen Menschen ihr Bett teilen oder in Wäschekörben oder auf zusammengerückten Stühlen schlafen." [3) S. 240]

Einem anderen Bericht entnehmen wir: Sowohl **Dollfuß** als auch **Schuschnigg** haben die wirtschaftliche Not der Menschen in Österreich nicht behoben. Die Zahl der Arbeitslosen verblieb über 400.000, jene der "Ausgesteuerten", die keinerlei öffentliche Unterstützung mehr erhielten, stieg indessen auf über 200.000 an. Ihre Familienangehörigen waren hinzuzuzählen. Hungernd und bettelnd zogen sie durch das Land. Da auch die Unterstützung der

registrierten Arbeitslosen außerordentlich gering war, kennzeichnete -- ganz abgesehen vom politischen Terror -- Massenverelendung den jahrelang anhaltenden innenpolitischen Zustand des Systems. Kirchliche Orden versorgten täglich Zehntausende mit einer kostenlosen "Klostersuppe". Eine amtliche Werbeschrift empfahl den Arbeitslosen gar, sich als Söldner für den italienischen Kolonialkrieg in Abessinien zu verdingen.

Die Endbilanz des von **Schuschnigg** vertretenen Systems verzeichnet allein an österreichischen Nationalsozialisten 400 Ermordete, 2.500 Erschossene und 40.000 Flüchtlinge bis März 1938.[3) S. 220] Die westliche Welt hat darüber freilich ebenso wie über sein diktatorisches Herrschaftssystem geschwiegen. Diese Handhabe "der öffentlichen Meinung" in der westlichen Welt zeigte deutliche Parallelen zur Schönfärberei der Sowjetherrschaft, die bis über das Ende des Bolschewismus fortdauert.

Kurt Schuschnigg bekundete offenherzig: die österreichische Verfassung habe keine Parteien geduldet. Nicht er sei also schuldig oder mitschuldig, sondern "die Verfassung"! Doch was soll dieses nachträgliche Geschwätz zumal zu einer Zeit, da es für Abhilfe viel zu spät war? Er hatte doch mit **Dollfuß** zusammen in seiner Eigenschaft als Justizminister diese Verfassung selbst ins Leben gerufen und "abgesegnet"!

Mit Hilfe dieser Verfassung wurden jedoch nicht nur Parteien verboten, sondern auch Kirchenaustritte mit Geldbußen und Gefängnis bestraft, nicht nur terroristische Tätigkeiten bestraft, sondern seit 1933 auch Propaganda für die **Hitler**bewegung – was immer das auch sei -- und damit

"Demonstrationen für den Anschluß, die sich klar gegen den Bestand des Staates richteten." [1) S. 260]

Da die Auslegungsmöglichkeiten für eine Staatsmacht außerordentlich vielfältig sind, darüber zu befinden, was im Sinne des Gesetzes "Propaganda" oder "Demonstration" ist, läßt sich das Ausmaß der Willkür und Knebelung des Volkes in einer gegen den Willen "des Souveräns" regierenden Einparteiendiktatur ermessen, die Wahlen oder Volksbefragungen mit dem Argument verhinderte, unerwünschte Parteien könnten zu stark werden.

Schuschnigg gestand – allerdings auch viel zu spät, als es keinen Sinn mehr hatte –, daß

"es geboten gewesen wäre, die neue Verfassung einer Volksabstimmung zu unterziehen." [1) S. 176]

Er begründete die Vereitelung dieser Volksabstimmung mit den *"sich stets steigernden nationalsozialistischen Terroraktionen"*, im Klartext: mit dem zu erwartenden Stimmenzuwachs für die NSDAP-Österreich. **Denn der "Terror" war, wie er selbst an anderer Stelle zugegeben hat, erst eine Folge der Unterdrückungsmaßnahmen seines Vorgängers Dollfuß ab dem 4. März 1933 mit Einführung des Kriegsrechts in Friedenszeiten sowie des Verfassungsputsches durch Außerkraftsetzung der alten und Einführung einer Autoritär-Verfassung mit rechtswidrigen Mitteln!** Auch die verbotenen Wahlen und die verweigerte Volksbefragung waren unter Mitwirkung von **Schuschnigg** als Justizminister zur Unterdrückung des Volkes gedacht gewesen und beschlossen worden!

Die Vereinbarung mit Deutschland vom 11. Juli 1936

1935 hatte sich die europäische Lage erheblich verändert, wovon hauptsächlich Deutschland in seiner Mittellage betroffen war. Initiatoren dieser Entwicklung waren in erster Linie die nach wie vor zur Weltherrschaft drängende Sowjetunion sowie Frankreich. Abgesehen von ihren Aufrüstungsmaßnahmen bei gleichzeitig verweigerter Gleichberechtigung Deutschlands nahmen die Paktsysteme dieser Mächte bedrohlichen Charakter an:

Am 4. März 1935 veröffentlichte die britische Regierung ein Weißbuch zur beabsichtigten weiteren Aufrüstung ihrer Streitkräfte. Einen Tag später, am 6. März 1935 führte Frankreich erneut die zweijährige Militärdienstpflicht ein. -- Daraufhin sagte sich Deutschland am 16. März von den Rüstungsbeschränkungen der Versailler Bedingungen los und führte die allgemeine Wehrpflicht ein. -- Am 2. Mai folgte der französisch-sowjetische Beistandspakt. – Am 16.5.1935 schloß die Kremlführung mit der Tschechoslowakei ein Militärbündnis, das ihr bereits im Frieden gestattete, gewisse Truppeneinheiten in Böhmen und Mähren zu stationieren. -- Friedlichen Zwecken konnte das nicht dienen! Deutschland wollte und konnte weder den einen noch den anderen angreifen. – Die Friedensrede **Adolf Hitlers** am 21. Mai 1935 mit 13 Programmvorschlägen war mit Ausnahme einer Reaktion der britischen Regierung, die sich am 18. Juni 1935 zu einem Flottenabkommen mit Deutschland und damit zur offiziellen Aufhebung der Versailler Abrüstungsbestimmungen für das Reich bereitgefunden hat, ergebnislos geblieben.

"1935 hatte sich in Wien unter der Leitung eines später nach Paris emigrierten Rechtsanwalts eine sowjetische Nachrichtenzentrale etabliert, deren Tätigkeit irgendwie der deutschen Gesandtschaft zur Kenntnis kam. So war Botschafter ***von Papen*** *in der Lage, vertrauliche Weisungen, die das Politbüro Moskau ausgab, an das Berliner Außenamt weiterzuleiten."* [1) S. 364]

Aus den zahlreichen Weisungen, die Schuschnigg im Originaltext vorlegte,[1) S. 364 ff] **geht unmißverständlich hervor, daß die sowjetische Politik konsequent die Vernichtung des nationalsozialistischen Deutschland anstrebte *"als eine der wichtigsten Bedingungen für die Entfachung der proletarischen Revolution in Zentraleuropa"*.**

Jeder neue Krieg solle für die Eroberung der Macht und zum Sturz des Kapitalismus ausgenützt und in die Weltrevolution umgewandelt werden.

Notwendig sei, daß die UdSSR im Lager Englands, der USA, Frankreichs und der 'Kleinen Entente' verbleibe und dafür sorge, daß diese Länder den gleichen Weg einschla-

gen.[1) S. 364 - 369]

Schuschnigg verwies zwar darauf, daß Botschafter **v. Papen** bereits 1935 solche Unterlagen in die Hand gespielt bekommen und Berlin sogleich davon unterrichtet hatte, doch schwieg er sich darüber aus, wann er selbst davon Kenntnis erhalten und welche Konsequenzen er daraus gezogen hat. An sich dürfte es nahegelegen haben, daß Botschafter **v. Papen** auch ihn davon unterrichtet haben dürfte. Wie dem aber auch sei, Zielsetzung und Praktiken des Bolschewismus mußten auch **Schuschnigg** durch vielfältige andere Fakten bekannt gewesen sein, so daß er die Bedrohung ganz Europas durch diese Macht schlüssig hätte ermessen können.

Immerhin ist möglich, daß auch diese Zusammenhänge ihn bewogen haben, sich mit dem nationalsozialistischen Deutschland in etwa zu arrangieren. Die wirtschaftliche Notlage Österreichs sowie das machtpolitisch veränderte Umfeld erforderten das schon längst.

Im deutsch-österreichischen Abkommen vom 11. Juli 1936, das die Beziehungen beider Länder verbessern und den Handelsaustausch erweitern sollte, hatten sich beide Regierungen verpflichtet, Gegensätze abzubauen, sich jedoch nicht in die inneren Angelegenheiten des Partnerlandes einzumischen. **Schuschnigg** versprach eine "weitreichende Amnestie", den Zugang nationaler Kräfte zu den Organen der politischen Willensbildung, und seine Politik grundsätzlich auf der Linie zu halten, die dem deutschen Charakter Österreichs gerecht werde.[5) S. 20] Die erste Kundmachung der Wiener Regierung danach stellte heraus, daß

"die Stellung der Vaterländischen Front als einzigem Organ der politischen Willensbildung in Österreich nicht berührt ist"., [1) S. 188]

"illegale Propaganda, offen und verdeckt, wird nach wie vor nach den gleichen Grundsätzen verfolgt und bestraft."

Bereits hiermit wurde deutlich, daß Bundeskanzler **Schuschnigg** seinen Kurs der Unversöhnlichkeit mit der "Großdeutschen Front" trotz gewisser Zugeständnisse beibehielt. Gleichermaßen stellte er stets den Kernsatz des Abkommens heraus, von dem alles andere abzuleiten sei, daß

"die Unabhängigkeit Österreichs zu erhalten ist und es daher keine Anschlußpropaganda geben darf."

Wie sich diese harte Gangart -- *"Das NS-Parteiprogramm durfte weder direkt noch indirekt eingeschleust werden."* [1) S. 231] -- mit der vertraglichen Zusage vereinbaren lasse, *"allmählich die Import-Verbote für Presseerzeugnisse abzubauen"* und nach Entfallen der Tausend-Mark-Sperre die aus Deutschland begeistert hereinströmenden Touristen offenherzig zu empfangen, blieb das Geheimnis der Wiener Oberen.

In Österreich vor dem Anschluß an das Deutsche Reich gab es permanent ca. 400.000 Arbeitslose und 200.000 Ausgesteuerte ohne jegliches Einkommen bei 6 ½ Millionen Einwohnern. Ihre Familienunterkünfte sahen gewiß nicht alle so aus wie diese, doch auch sie gehörten dazu.

Immerhin wurde der betonte Gegner des Nationalsozialismus, Vizekanzler und Heimwehrführer **Fürst Ernst R. Starhemberg** durch den nationalgesinnten **Dr. Edmund Glaise-Horstenau** zunächst als Minister ohne Geschäftsbereich, ab 3. November 1936 als Innenminister ersetzt --, doch behielt sich der Bundeskanzler Personalentscheidungen selbst vor. Permanente Gegensätze entzündeten sich auch an dieser seiner Egozentrik.

Die im Abkommen zugesagte Amnestie hatte zur Folge, daß bereits 12 Tage später der deutsche Botschafter **v. Papen** nach Berlin die Entlassung von 17.045 Personen melden konnte. Dennoch waren damit noch nicht alle politischen ns-Gefangenen entlassen worden.

"Darunter waren 12.518 eingestellte Verfahren gegen Minderbeteiligte. Von insgesamt 46 zu lebenslangem Kerker Verurteilten wurden zunächst 13 amnestiert; nicht begnadigt wurden vorläufig 213 Fälle mit Aussicht auf baldige Straferleichterung." [1) S. 191]

Warum hatten sie eigentlich eingesperrt werden müssen, wenn Österreich durch ihre Freilassung keinerlei Schaden genommen hat? Probleme ergaben sich indessen dadurch, daß zahlreiche Entlassene nachträglich als sogenannte "Polizeihäftlinge" erneut verhaftet wurden -- im Januar 1937 sollen es 5.200 gewesen sein[8) S. 253] --, während es offiziell hieß, es seien lediglich nur noch 725 gerichtlich verurteilte ns-Häftlingen in Haft.

In einer Rede am 10. September 1936 in Innsbruck verfügte **Schuschnigg**:

"Wer bis zum 1. November 1936 nicht Mitglied der Vaterländischen Front geworden ist, scheidet für immer aus dem politischen Leben Österreichs aus." [3) S. 264]

Dem Geist der Versöhnung widersprach es, als Bundeskanzler **Schuschnigg** am 26.11.1936 in Klagenfurt *"3 Gegner der vaterländischen Bewegung"* anprangerte:

"1. der Kommunismus, der jedoch keine akute Gefahr darstellt;

2. die Nationalsozialisten in Österreich, und nur um diese handelt es sich, stehen uns als Feinde gegenüber;

3. der Defaitismus in den eigenen Reihen." [1) S. 201]

Deutschland mischte sich nicht ein. Am 27.1.1937 beschloß seine Regierung mit Österreich, aufbauend auf dem Juli-Abkommen von 1936, erweiterte Wirtschaftsvereinbarungen, die am 22. - 24. Februar zum ersten Empfang eines deutschen Ministers in Wien seit 1931 führten. Seinerzeit war **Dr. Curtius** der Zollunion wegen angereist, nunmehr Reichsaußenminister **v. Neurath.** Im November 1936 war bereits der österreichische Staatssekretär **Guido**

Schmidt in Berlin empfangen worden. Was diese Besuche jedoch unterschied, war der unvergleichlich begeisterte Empfang **v. Neurath**s durch die Wiener Bevölkerung.

"Nur mühsam und in langsamer Fahrt konnte sich die Kolonne der Wagen, die Hakenkreuzstandarten führten, den Weg durch die riesige Menge der Menschen bahnen, die sich von der Polizei nicht zurückdrängen ließen, sich dicht an die Wagen herandrängten und in stürmische Heil-Hitler- und Sieg-Heil-Rufe ausbrachen." [3) S. 247]

Vom 25.2. - 3.3.1937 tagte in Wien ein deutsch-österreichischer Kulturausschuß, um die kulturellen Beziehungen für Presse, Rundfunk, Theater, Film, Wissenschaft, Literatur, Kunst und Angleichung des höheren Schulwesens miteinander abzustimmen. -- Zahllose antideutsche Kräfte des Landes griffen diese Zusammenarbeit auf, um ihre Opposition gegen **Schuschnigg** mit Demonstrationen und Pressehetze zu intensivieren. In seltsamer Mentalität findet sich der Bundeskanzler zumeist auf deren Seite. Warf er dem deutschen Rundfunk vor, er mische sich vertragswidrig in die österreichischen Angelegenheiten ein, so schuf er selbst dafür den Anlaß, indem er am Grabe der Eltern **Adolf Hitler**s Polizeiposten aufstellen und Menschen mit Pensionsentzug bestrafen ließ, die dort einen Kranz niederlegen, dazu Zeitungen beschlagnahmte, die über solche Fälle berichteten. Am 20. April 1937 ließ er 200 Personen verhaften, die Hakenkreuzfahnen geschwenkt oder ein "Gesinnungsdelikt" dieser Art begangen haben.[3) S. 257]

Erst nach langem Zögern nahm **Schuschnigg** am 17. Juni 1937 den ns Rechtsanwalt **Dr. Artur Seyß-Inquart** sowie den Großdeutschen **Dr. Pembaur** als "Befriedungskommissare" in den Staatsrat auf. Sie sollten *"die abseits stehenden nationalen Kreise"* als Mitglieder für die Vaterländische Front werben. Freilich lief dieser Auftrag auf eine Spaltung dieser Kräfte hinaus, da nicht jeder "für geeignet befunden" wurde und der Befürwortete sich sogleich erst einmal an den Führungskurs anzupassen und die Bekämpfung der anderen mitzumachen hatte.

Mit seinem "Ordnungsschutzgesetz" vom 20. August 1937, das in 32 Paragraphen zahlreiche Ausnahmeverordnungen "vereinheitlichte", bewies **Kurt Schuschnigg**, der vielfach über die Köpfe seiner Minister hinweg entschied, in welchem Maße er die innenpolitischen Verpflichtungen des Juli-Abkommens von 1936 mit Deutschland in Wirklichkeit ablehnte bzw. zu brechen gewillt war.

§ 12 dieses "Ordnungsschutzgesetzes" bestätigte das Verbot der NSDAP, SPÖ und KPÖ sowie *"jede Werbung und Förderung der Bestrebungen einer dieser Parteien"*. Das betraf auch Abzeichen, Fahnen, Uniformen, Propaganda und Demonstrationen, Filme, Lichtbilder, Schallplatten, Rundfunksendungen, Druckschriften. Die Sicherheitsbehörden konnten das Post- und Fernmeldegeheimnis durchbrechen und Verdächtige ohne Gerichtsverfahren für längstens 3 Monate in "Anhaltelager" verweisen.

In einem Interview mit dem ***Daily Telegraph*** Anfang Januar 1938 sprach **Schuschnigg** gar vom *"Abgrund, der Österreich vom Nazismus trenne"*.

"Offizielle Kreise Berlins schienen dies als den beunruhigendsten Zwischenfall in den österreichisch-deutschen Beziehungen seit dem Abschluß des Abkommens vom Juli 1936 zu sehen." [1) S. 201]

Schuschnigg "wunderte" sich über diese *"konstruierten Zwischenfälle"* in den diplomatischen Kreisen, die er als Beleg für eine vertragswidrige Einmischung des Reiches in österreichische Angelegenheiten wertete.[1) S. 201] Ein wirklich seltsamer "Staatsmann"!

Schuschnigg über seine jüdischen Mitbürger

Während das österr. Bundesheer auf 30.000 Mann als Höchststand begrenzt war, verfügte der jüdische Frontkämpferbund über 8.000 Mitglieder [1) S. 93 - 94]

"Am 10. März 1938 lebten in Österreich nach den Angaben der jüdischen Kultusgemeinde Wien 180.000 Juden, davon 165.000 in Wien. Ihre Zahl betrug 1923 noch 220.000. Dabei handelte es sich allerdings nur um die von der JKG erfaßten 'Glaubensjuden', nicht um jene, die alle Bindungen zu ihrer religiösen Gemeinschaft abgestreift hatten. Insgesamt wurde der jüdische Bevölkerungsanteil Österreichs in der Zwischenkriegszeit auf rund 300.000 geschätzt, davon lebten etwa 250.000 in Wien." [1) S. 94]

Das sind mehr als 10% der Wiener Bevölkerung, *"damit hatte Wien die drittgrößte jüdische Bevölkerung aller europäischen Städte"* (1910 betrug der Anteil jüdischer Mitbürger in Wien = 8,63% = 175.294 von 2.031.420 Einwohnern) bei einem Gesamtanteil im Lande von 3%.[4a) S. 29]

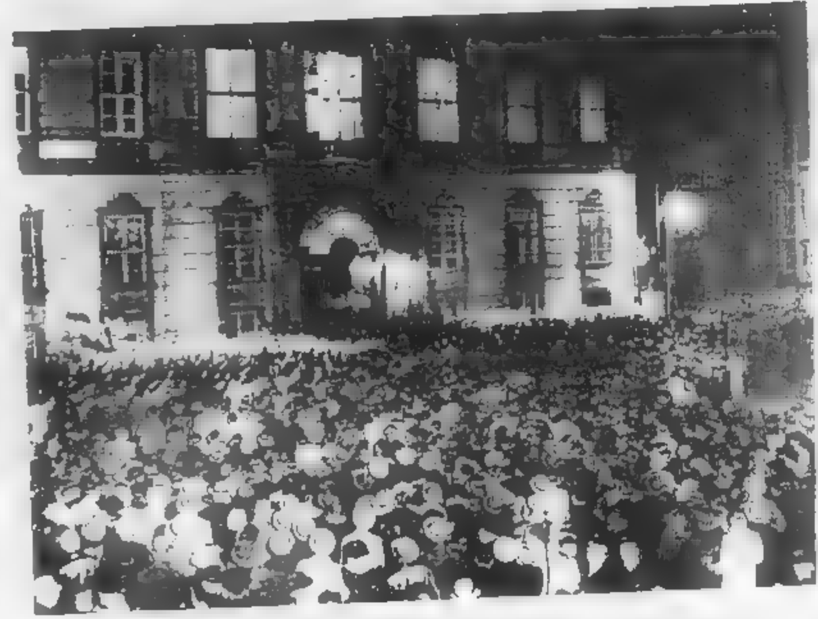
"Die Herausgeber sozialistischer Zeitungen waren nahezu ausschließlich Juden." [4a) S. 30]

Schuschnigg führte weiter aus_

"Der Antisemitismus der Zwischenkriegszeit war außerdem weithin politisch begründet, er richtete sich keineswegs gegen die Juden als Rasse oder religiöse Gemeinschaft, sondern gegen die Partei, in der sie nun einmal die Führung innehatten und die dem Marxismus verschworen war. Antisemitismus ist daher damals in weitem Umfang Antimarxismus gewesen.

***Joseph Buttinger** schreibt, daß 80% der Intellektuellen, die zur Sozialdemokratischen Partei stießen, vom Judentum kamen. Die 200 organisierten sozialdemokratischen Rechtsanwälte, die 400 Mitglieder des Sozialdemokratischen Juristenvereins und die 1.000 sozialdemokratisch organisierten Wiener Ärzte seien fast ausschließlich Juden gewesen. Gleichfalls die große Mehrheit der 450 Mitglieder des sozialistischen Mittelschullehrerverbandes sowie 90% des Redaktionsstabes der **'Arbeiter-Zeitung'** und der anderen Parteiblätter, weiters 8 von 10 Vortragenden des Sozialdemokratischen Bildungswerks, die revolutionären Reformer unter den entwurzelten Intellektuellen des Nachkriegsmitteleuropa hätten in Wien fast ausschließlich dem Judentum angehört."* [1) S. 97]

Die Besprechung in Berchtesgaden am 12. Februar 1938



"Bundeskanzleramt in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938. Freudenkundgebung der Bevölkerung." 4a) S. 192 ff

Den österreichischen Akten zufolge war es **Schuschnigg**, der ein neuerliches Memorandum zwischen Wien und Berlin anregte, wohl wissend, daß nur **Hitler** seine Landsleute noch disziplinieren konnte, während alle seine eigenen Herrschaftsmethoden dafür nicht mehr taugten. So schien er von vornherein zu einigen Konzessionen bereit, um das Aufbegehren in seinem Lande zu mäßigen, wobei eine erneute Bestätigung der Unabhängigkeit Österreichs seitens der Reichsregierung ihm als Rückenstärkung sinnvoll schien.

Auch Botschafter **Franz v. Papen** hat bereits seit Ende 1937 den Wunsch des Reichskanzlers zu einem persönlichen Dialog der Regierungschefs deutlich gemacht und als Ergebnis am 7. Januar 1938 eine Einladung **Hitlers** an **Schuschnigg** überbracht. Der Führer sei jederzeit bereit, etwa schon Ende Januar, den Bundeskanzler zu empfangen. Brauchte **Schuschnigg** auch Zeit, diesen Gedanken endgültig aufzugreifen, so hatten ihn doch seine Aussprachen u.a. mit dem neuen Staatsrat **Seyß-Inquart** am 1. Februar für erhebliche Konzessionen aufgeschlossen. So konnte **Hitler** bereits am 2. Februar erfahren, daß **Schuschnigg** inzwischen "*den größten Teil des kleinen Programms*" akzeptiert habe.

"Aber die unheilvollsten Zugeständnisse waren die, welche den Nationalsozialisten die Türen zur verfassungsmäßigen Macht öffneten. ***Schuschnigg*** *erklärte sich z.B. bereit zum Ausbau der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Reich durch Einbau von Persönlichkeiten der nationalen Opposition. In einem entscheidenden Gespräch mit* ***Seyß-Inquart*** *in Wien am 1. Februar ging der Kanzler sogar noch weiter. Nach den unverzüglich nach Berlin gesandten Berichten deutete er an, daß er bereit wäre, eine gründliche Kabinettsumbildung vorzunehmen, die die Gleichberechtigung für* ***Seyß-Inquarts*** *Gruppe gemäßigter Nationalsozialisten und betont Nationaler herstellen würde; er schlug sogar seinem Partner vor, selbst Minister zu werden. ...*

Ein noch schwererer Fehler war es natürlich, ***Hitler*** *schon so lange vorher solche Zugeständnisse anzubieten."* 8) S. 62-63

Am 26.1. veranlaßte Reichsaußenminister **v. Neurath** seinen Missionschef nachzufragen, "*ob noch Geneigtheit für den Besuch bestehe*" und mitzuteilen, daß **Hitler** nunmehr den 15. Februar vorschlage.7) S. 113

Die Einladung für **Schuschnigg** nach Berchtesgaden hatte Botschafter **v. Papen** mit Zusicherungen verbunden, denenzufolge es lediglich bzw. hauptssächlich darum ginge, Schwierigkeiten auszuräumen, die sich aus dem Abkommen vom Juli 1936 ergeben hätten, und deutscherseits keinerlei neue Forderungen gestellt würden. **Hitler** brauche Ruhe nach außen. Ein Besuch in Berlin sei fällig, nachdem der österreichische Bundeskanzler bereits mehrfache Auslandsvisiten in Genf, Rom und Budapest hinter sich habe.

Helmut Sündermann sah es wohl richtig, wenn er schrieb, daß ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt **v. Papen** aus Wien plötzlich abberufen wurde, weil **Hitler** "eine ganze Flut von personellen Umbesetzungen" vorgenommen habe, um die Ablösung des Reichskriegsministers **v. Blomberg** auf Grund einer kompromittierenden Eheschließung zu überdecken, ihn jedoch unverzüglich auf seinen Posten in Wien zurückschickte, als er von ihm hörte, daß es ihm gerade erst in den letzten Tagen gelungen sei, **Schuschnigg** für einen Besuch geneigt zu machen.

"Aber das ist herrlich. Ich bitte Sie, kehren Sie sofort nach Wien zurück und verabreden Sie mit dem Bundeskanzler hier in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft. Ich werde mich sehr freuen, ihn zu sehen und alles mit ihm offenherzig zu besprechen." 7) S. 114

Schuschnigg bedurfte in der Tat keiner weiteren Überredungskünste. Nicht nur, daß er den Entschluß, nach Berchtesgaden zu fahren, selbständig faßte,

"sondern er begann jetzt auch, ganz aus eigenem Antrieb, während der verbleibenden 4 Tage, eine neue Serie von Maximalkonzessionen auszuarbeiten, die noch über das »Kleine Programm« hinausgingen und die er nach Berchtesgaden mitnehmen wollte.

Solche Vorbereitungen für ein einseitiges Nachgeben, wenn

8) Gordon Shepherd, "Der Anschluß", Graz - Wien - Köln 1963.

auch nur auf dem Papier, in einem Augenblick, da die Tageslosung leutete: »Keine Änderung gegenüber 1936« waren für seine Anhänger im höchsten Grade demoralisierend. Aber noch schlimmer: sie zerstörten die eigene Verhandlungsbasis, die er je gehabt hatte, sobald die Nachricht von diesen geheimen Rückzugsbewegungen, keineswegs überraschenderweise, wenige Stunden vor dem Eintreffen ***Schnuschniggs*** *zur Kenntnis* ***Hitlers*** *gelangte. ...*

Wieder war es der emsige ***Zernatto****, Generalsekretär der Vaterländischen Front, dem die Aufgabe zufiel, diese neuen österreichischen Auffangstellungen auszubauen.*

Das Ergebnis war eine ***Zehn-Punkte-Liste*** *-- die sogenannten »Punktationen« --, die in Wien am 11. Februar, am Vortag des Besuchs bei* ***Hitler, Seyß-Inquart*** *vorgelegt wurden.*

An allen Fronten bezeichneten sie ein weiteres österreichisches Zurückweichen aus den Stellungen, die ***Schuschnigg*** *vor nicht einmal 14 Tagen zugestanden hatte, als er* ***Seyß-Inquarts*** *»Kleines Programm« annahm.*

Die in diesem Programm erwähnte »gründliche Bereinigung der Pressefragen« war jetzt zu einem Versprechen geworden,

»in den Bundespressedienst eine Persönlichkeit einzubauen, die die Aufgabe haben wird, bei der Lösung aller die sogenannte nationale Presse und reichsdeutsche Presse betreffenden Fragen herangezogen zu werden.«

Der Ausbau der militärischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, der im »Kleinen Programm« vorgesehen war, lautete nunmehr:

»Nach Schaffung der Voraussetzung für ein engstes militärisches Zusammenleben hat eine möglichste Angleichung in Ausbildung und Ausrüstung zu erfolgen.«

Die vermehrte politische Anerkennung »annehmbarer« österreichischer Nationaler und Nationalsozialisten, die zu Anfang des Monats grundsätzlich zugesagt worden war, nahm jetzt greifbare Formen an: 3 Männer aus diesem Lager wurden zum österreichischen Staatsrat ernannt: einer für den Wirtschaftsrat, ein weiterer (ausgerechnet ***Görings*** *Schwager) für die Sportführung und noch ein weiterer für die Beamtenkammer.*

Was die Vaterländische Front selber betrifft, wurde jetzt die Ernennung ausgewählter österreichischer Nationaler in allen Zweigen der Verwaltung zugesagt, wobei dieser Prozeß

»in etwa 3 Monaten im großen und ganzen abgeschlossen sein soll.« ...

Der Punkt 7 begann z.B. mit den Worten:

· »Es gibt zweifellos wesentliche Grundauffassungen des nicht parteigebundenen Nationalsozialismus, die sich in die Staatsideologie des neuen Österreich organisch eingliedern lassen.« ..." 8) S. 67-68

Zernatto hatte diese "10 Punkte" am 11. Februar vormittags zusammengestellt. Nachmittags wurden sie **Seiß-Inquart** von **Schuschnigg** und **Zernatto** vorgelegt und und stundenlang bis 21 Uhr in der Zentrale der Vaterländischen Front durchdiskutiert.

"*Sogar die Berufung* ***Seyß-Inquarts*** *auf den Schlüsselposten des Inneren und der Sicherheit war -- nach* ***Hitler*** *zugegangenen Mitteilungen -- in den Wiener Vorbesprechungen von* ***Schuschnigg*** *erwogen worden.*" 8) S. 91

Seyß-Inquart sorgte dafür, daß **Hitler** unverzüglich per Kurier darüber unterrichtet wurde. Wozu also hätte **Hitler** am nächsten Tag den österreichischen Bundeskanzler noch "unter Druck setzen" sollen? Ein Maximum an Konzessionsbereitschaft war ja schon vor Beginn der Besprechung am nächsten Tag zugestanden worden!

Zu Beginn des Besuches führten **Hitler** und **Schuschnigg** von 11 - 13 Uhr ein Vier-Augen-Gespräch, für das es keinen Zeugen gibt. **Schuschnigg** selbst schrieb hierüber später:

"*Vor der Mittagspause war noch nicht einer der konkreten Forderungspunkte zur Sprache gekommen; wohl auch deshalb, weil* ***Hitler*** *sie um diese Zeit selbst noch kaum kannte. Daher die österreichische Abschlußfrage:*

»Herr Reichskanzler, welche sind Ihre konkreten Wünsche?«

Und die Antwort:

»Darüber können wir uns am Nachmittag unterhalten.«" 1) S. 236

In seinen nachfolgenden seltsamen Sentenzen, die sich auf die Vormittagsstunden ohne Zeugen beziehen, schrieb er, sich selbst widersprechend:

"*Nach den vorher entwickelten Ansichten* ***Hitlers*** *war klar, daß damit ein Satellitenstatus Österreichs und der verschleierte Anschluß gemeint war.*" 1) S. 237

Obgleich das nun wiederum seit den einleitenden Vormittagsstunden "*klar*" gewesen sei, weshalb hat dann der auf seine Souveränität so sehr bedachte Bundeskanzler **Schuschnigg** die Gespräche in diesem Sinne weitergeführt und das Ergebnis paraphiert? Nein, der ein vorbildlicher Politiker und Historiker sein wollende **Kurt Schuschnigg** verstand sich nicht nur als Unterdrücker der österreichischen 7-Millionen-Bevölkerung, sondern auch als Märchenerzähler mit vorgeblich wissenschaftlichem Anstrich für die Nachwelt!

Das Berchtesgadener Abkommen vom 12. Februar 1938 enthielt die Zusage **Hitlers**, wie sie auch schon früher gegeben worden war, sich nicht in die inneren Verhältnisse Österreichs einzumischen und die Unabhängigkeit dieses Staates zu respektieren. So war es in dem Abschluß-Kommuniqué enthalten, aber auch in der Reichstagsrede **Hitlers** vom 20. Februar 1938 noch einmal bestätigt worden.

Im Protokoll über die Besprechung vom 12.2.1938, das von den beiden Kanzlern und Außenministern unterzeichnet worden war, hieß es u.a.:

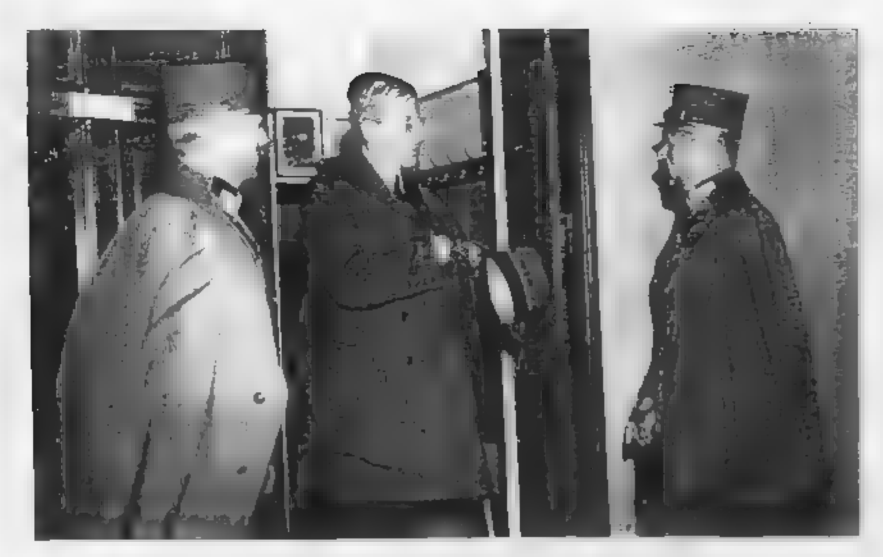
Der Bundeskanzler stellte folgende Maßnahmen in Aussicht, hinsichtlich deren er einen endgültig verbindlichen Bescheid bis zum Dienstag, den 15. Februar 1938 übermitteln wird.

"**1.** Die österreichische Regierung wird über außenpolitische Fragen, die die beiden Länder gemeinsam angehen, jeweils mit der Reichsregierung in einen diplomatischen Gedankenaustausch treten. ...

2. Der Bundeskanzler **Schuschnigg** erklärt sich bereit, **Dr. Seyß-Inquart** als Innenminister in die Regierung zu berufen und ihm das Sicherheitswesen zu übertragen.

3. Der Bundeskanzler erklärt, daß der österreichische Nationalsozialist grundsätzlich die Möglichkeit legaler Betätigung im Rahmen der Vaterländischen Front und in allen übrigen Einrichtungen haben soll. ...

4. Die österreichische Regierung erläßt eine sofortige allgemeine Amnestie für alle wegen nationalsozialistischer



Nach seiner Rückkehr aus Berchtesgaden wird Schuschnigg von Feldmarschalleutnant Jansa (links) und Staatssekretär, General der Infanterie Zehner (rechts) begrüßt.



"Sogar Zigeuner begrüßten das Dritte Reich" 8) S. S. 256
"Immer wieder notierten sie die Auskunft: »Bei Hitler waren wir wenigstens noch Deutsche!"
Der Spiegel **43/1979, 22.10.1979, S. 112, Überschrift S. 97.**
Frühjahrsderby 1938 in der Friedenau.



Minister a.D. Dr. h. c. Glaise-Horstenau als höherer SA-Führer (Mitte). Rechts im Bild (Profil) der ehemalige deutsche Militärattaché in Wien, links in Uniform Gen.Lt. Schwarzenecker.

Betätigung gerichtlich oder polizeilich bestraften Personen ...

5. (sinngemäß) Für Pensions-, Renten- und ähnliche finanzielle Einbußen, die wegen ns-Betätigung zugefügt worden waren, ist Wiedergutmachung zu leisten.

6. Alle wirtschaftlichen Diskriminierungen gegen Nationalsozialisten werden beseitigt.

7. Die ungehinderte Durchführung des zwischen den Regierungen vereinbarten Pressefriedens soll durch Einbau des **Dr. Wolf** an maßgebender Stelle des Bundespressedienstes gesichert werden.

8. (sinngemäß) Ein planmäßiger Offiziersaustausch und regelmäßige Besprechungen der Generalstäbe sollen Gegensätze abbauen.

9. + 10. befassen sich mit Beseitigung von Diskriminierungen und mit Förderungsmaßnahmen für den Wirtschaftsaustausch.

III. ... Die Reichsregierung wird Maßnahmen treffen, die eine Einmischung reichsdeutscher Parteistellen in innerösterreichische Verhältnisse ausschließt. ..." 1) S. 414 ff

Das Protokoll war zur verfassungsmäßigen Durchführung noch dem Bundespräsidenten **Wilhelm Miklas** zur Unterschrift vorzulegen.

Kurt Schuschnigg schrieb nach Ende des Zweiten Weltkrieges offensichtlich aus Gründen der Opportunität, er habe dieses Protokoll nur unter Androhung eines militärischen Einmarsches *"nach Abwägen aller Für und Wider"* paraphiert. 1) S. 248

Doch bis dahin hat es keine militärische Bedrohung gegeben, und **Kurt Schuschnigg** gab später zu, daß **Hitler** während der Berchtesgadener Beratung und kurz danach, ***"auch nach unserem heutigen Wissen keine durchsichtigen Kalenderpläne"*** hatte. 1) S. 261

Hitler hat sich im Berchtesgadener Abkommen mit dem Verfassungszustand in Österreich abgefunden und sich nur gegen die Unterdrückungsmaßnahmen und Rechtloshaltung der nationalbewußten Österreicher verwahrt. Um deutlich zu machen, daß fortan eine illegale Tätigkeit seitens der SS und SA in Österreich zu unterbinden sei, befahl er dem in diesem Sinne tätigen Gauleiter Hauptmann **Leopold**, Österreich zu verlassen. Dieser wurde auch später dort nie wieder mit einer Funktion betraut.

Folgerungen in Wien aus dem Abkommen

Der erste offiziöse Kommentar, den **Schuschnigg** in der amtlichen ***Wiener Zeitung*** vom 13.2.1938 veröffentlichen ließ, war in fast herzlichen Ausdrücken gegenüber dem Reichskanzler gehalten. Von einem erpreßten Heimkehrer keine Rede.[7) S. 124] Als er anschließend Bundespräsident **Miklas** die, wie er später schrieb, Alternativen der Lage vorstellte:

-- Demission und Berufung einer neuen Regierung

-- Durchführung des Abkommens bei Berufung eines neuen Bundeskanzlers

-- Durchführung des Abkommens unter der im Amt befindlichen Regierung --

verwies er zwar auf mannigfache Aussprachen und Beratungen, doch nicht auf militärische Erpressung.[1) S. 250]

Der Bundespräsident hat dem Protokoll und der 3. von **Schuschnigg** vorgeschlagenen Alternative zugestimmt.

Botschafter **v. Papen** hat später in Nürnberg ausgesagt, er habe **Schuschnigg** nach der Berchtesgadener Besprechung zu verstehen gegeben, daß er als Anwesender bekräftigen müsse, daß er -- der österreichische Bundeskanzler -- *"immer und zu jeder Zeit die völlige Freiheit der Entschließung gehabt habe."* [1) S. 252]

In seinen Erinnerungen schrieb er völlig zu recht:

*"Auch jetzt war **Schuschnigg** noch nicht gebunden* (hatte er sich doch bei Hitler ausdrücklich 3 Tage Bedenkzeit vorbehalten und auf die notwendige Zustimmung seines Bundespräsidenten verwiesen, -- d. Verf.). *Wenn er die Überzeugung gewonnen hätte, das paraphierte Abkommen sei der Anfang von Österreichs Unterwerfung -- wie er es später behauptete --, dann konnte er morgen seine Demission nehmen und den Präsidenten bitten, die Forderungen abzulehnen und eine neue Regierung zu ernennen."* [9) S. 476]

Dem britischen Gesandten in Wien **Michael Palairet** hat Botschafter **v. Papen** dessen dramatischen Vorhaltungen über den angeblichen "Druck Deutschlands auf den österreichischen Bundeskanzler" erwidert:

"Der ganze Druck von Berchtesgaden habe darin bestanden, Österreich auf gewisse Gefahren aufmerksam zu machen und eine Lösung für ihre Abhilfe in Aussicht zu nehmen." [1) S. 259]

Bereits am 14.2. sandte **v. Papen** aus Wien die Meldung an das Auswärtige Amt in Berlin:

"Bundeskanzler von Besprechung Führer tief beeindruckt, hat gestern und heute scharfen Kampf mit allen Gegnern einer Befriedung geführt, da er entschlossen ist, Zusagen von Berchtesgaden durchzuführen. Haupthindernis bietet Unterstellung Sicherheitswesens unter Seyß-Inquart, die vom Präsidenten bisher verweigert wurde.

Es scheint, daß insbesondere Frankreich, aber auch England stärkste Vorstellungen am Ballhausplatz erheben, um vor weitgehenden Konzessionen an uns zu warnen.

Ich habe heute früh kategorisch abgelehnt, irgendeinen Vorschlag auf Verschlechterung unterschriebenen Protokolls an Führer weiterzugeben. Bundeskanzler, der mich soeben empfing, mitteilte, daß er trotz aller Widerstände das Abkommen morgen durchzubringen hoffe, wenn in dem morgen gemeinsam zu verlautbarenden Communiqué sich beide Teile erneut zum Abkommen vom 11. Juli 1936 bekennen und wenn sichergestellt ist, daß die im Abschnitt III von uns zugesagten Maßnahmen gleichzeitig mit den seinen erfolgen. Mit diesen Zusagen hofft er, Widerstand des von (Gruppe verstümmelt) **Boeck**- und **Schmitz**-Gruppe gestützten Präsidenten zu überwinden. Erbitte daher Ermächtigung, hier Entgegenkommen zu zeigen. Österreichischer Vorschlag gemeinsamen Communiqué erfolgt heute nacht.

Staatsrat **Seyß** bittet den Führer, als Voraussetzung für die Übernahme seines schwierigen Amtes die Unterbringung von **Leopold** und **Dr. Tavs** im Reich anbefehlen zu wollen. **Tavs**, gegen den Hochverratsverfahren schwebt, würde mit Amnestie bis 18. d. M. freikommen und alsdann zu sofortiger Abreise veranlaßt werden müssen. Erbitte Zusage auch über diesen wichtigen Punkt bis Dienstag mittag." [10) S. 426]

Im Gegensatz zu späteren Bekundungen, in Berchtesgaden vom Reichskanzler "unter Druck gesetzt" worden zu sein, hat **Schuschnigg** unmittelbar nach seiner Rückkehr in Wien Bundespräsident **Miklas** -- ohne den später erhobenen Vorwurf vorzutragen -- ersucht, dem Protokoll zuzustimmen. Nach dessen zögerlich erteilter Unterschrift faßte er unverzüglich Beschlüsse zur Erfüllung seiner paraphierten Zusagen, unterrichtete die Reichsregierung am 15.2. offiziell und zeitgerecht davon und *"war sehr zufrieden, jetzt ... darauf zurückkommen zu können".*[8) S. 108] Seine Diplomaten blieben bemüht, die im Ausland aufkeimende Unruhe zu beschwichtigen.[8) S. 123]

"Die anfängliche Propagandalinie der Vaterländischen Front war sogar soweit gegangen, Berchtesgaden als ausgemachten persönlichen Erfolg Schuschniggs zu bezeichnen." [509) S. 111]

Einen Tag später -- am 16.2. -- bildete **Schuschnigg** sein Kabinett um: Er selbst blieb Bundeskanzler, **Dr. Guido Schmidt** übernahm das Außenamt, **Dr. Seyß-Inquart** wurde Innen- und Sicherheitsminister sowie Leiter des Volkspolitischen Referats in der Vaterländischen Front, **Dr. Glaise-Horstenau** Minister ohne Portefeuille.

"Die neue Regierung wurde sofort von keinem geringeren als dem päpstlichen Nuntius in Wien unter Feuer genommen, und innerhalb 48 Stunden nach der Amtsübernahme kamen

9) Franz v. Papen, "Der Wahrheit eine Gasse", München 1952.

10) Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918 - 1945, Serie D (1937 - 1945), Band I (Sept. 1937 - Sept. 1938).

neuerlich Gerüchte über den Rücktritt des Kanzlers auf." [8) S. 112]

Anders reagierten die Großmächte:

*"In den ersten 48 Stunden nach Berchtesgaden wurde die Reaktion Englands vollständig von den rosigen Darstellungen bestimmt, die durch die seltsame propagandistische Partnerschaft **Goebbels'** in Berlin und **Schuschniggs** in Wien der Welt vorgesetzt wurden.*

*Am Tage nach der Begegnung (am 12. Februar) nannte der »**Observer**« die Zusammenkunft eine »angenehme Überraschung«, während der »**Sunday Express**« sie sogar als »Triumpf Österreichs« bezeichnete. Beinahe alle englischen Tageszeitungen vom Montag, dem 14. Februar, setzten mangels irgendwelcher gegenteiliger Tatsachen oder Hinweise ihre zustimmenden Kommentare fort. Die »**Times**« zum Beispiel schrieb in der damaligen Situation mit einiger Berechtigung, daß*

*»kein Anlaß besteht, über ein Abkommen zu streiten, mit dem der Führer, der Duce und Herr v. **Schuschnigg** offenbar zufrieden sind.« ...*

*Die »**Times**« ergänzte in einem langen Kommentar:*

»Im Grunde ist ein enges Einverständnis zwischen den beiden deutschen Staaten das Natürlichste der Welt. Eines der unvernünftigsten, zerbrechlichsten und herausforderndsten künstlichen Gebilde der Friedensverträge war das Verbot der Einverleibung Österreichs in das Reich ... Die Vögel kehren in ihr Nest zurück. Österreich kann niemals antideutsch sein. Das ist letztlich die wirkliche Stärke der Ansprüche des Reiches auf Österreich." [8) S. 125 + 126]

Nicht verkannt sei, daß in der Londoner City auch auf Kriegskurs ausgerichtete Töne von **Winston Churchill**, **Anthony Eden**, dem Labourführer **Clement Attlee**, **Harald Nicolson** und anderen zu hören waren, die das Parlament im Sinne kriegerischer Intervention aufzuputschen versuchten. Beachtlich dürfte hierbei sein, daß selbst aus diesem Kreis -- wie es Mr. **Eden** mehrfach betonte ---,

"weder vor noch nach der Begegnung von Berchtesgaden irgendein Ansuchen um Rat oder Unterstützung aus Wien in London eingelangt sei." [8) S. 131]

Die österreichische Regierung übermittelte sogar auf Anfrage aus London, daß die Berchtesgadener Besprechung die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich dauerhaft und ohne die geringste Erschütterung zu bereinigen vermocht habe.[8) S. 132]

Nicht in Einklang mit diesem Vorgehen steht ein nach Kriegsende vom US-Außenamt vorgelegter Bericht des US-Generalkonsuls **Wiley** aus Wien vom 15.2.1938, demzufolge "*gestern abend*" anläßlich eines "*großen Empfangs*" Bundeskanzler **Schuschnigg** dem französischen Gesandten gesagt habe,

*"sein Besuch in Berchtesgaden sei der schrecklichste Tag seines Lebens. **Hitler** sei ein Verrückter ..."* [1) S. 266]

Schuschnigg dementierte dies später nicht, mag sein aus opportunen Gründen. Dennoch dürfte sicher sein, daß der österreichische Bundeskanzler schon seit diesen Tagen "den internationalen Sicherungsmächten" (Frankreich, Großbritannien und Italien) jene Stichworte zugespielt hat, von denen er sich eine Rückenstärkung "zum Widerstand gegen **Hitler**" erhoffte.

Am 17.2. hat **Hitler** seinem Mann im **Schuschnigg**-Kabinett strikt befohlen, nicht von der evolutionären Entwicklung abzuweichen. Und **Schuschnigg** bestätigte:

"Betr. Zeit nach der Berchtesgadener Vereinbarung:

In Österreich war keineswegs Ruhe eingekehrt, wenngleich die Partei den Weisungen ihrer Führer in der Tat zur Zeit noch gehorchte." [1) S. 284]

Zwei Tage später öffneten sich die Tore der Anhaltelager und Gefängnisse für die ersten der etwa 2.000 bis 3.000 ns-Häftlinge, freilich ebenfalls -- was nichts mit den Vereinbarungen zu tun hatte -- für die Marxisten.

Am 18. Februar wurde bekanntgegeben, daß sich auch der Nationalsozialist im Rahmen der Vaterländischen Front gleichberechtigt mit anderen verfassungsgemäß betätigen, Hakenkreuzabzeichen tragen und öffentlich wie in Deutschland grüßen dürfe. Die Parteien hingegen blieben verboten.

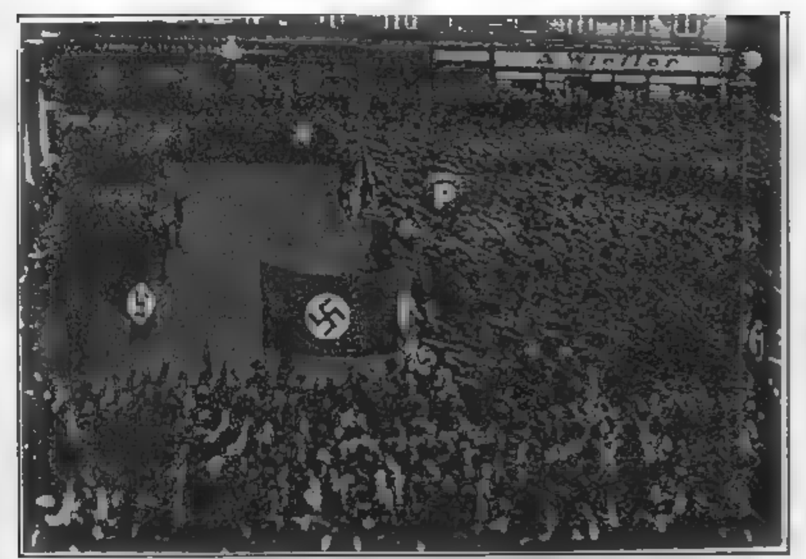
In seiner Reichstagsrede am 20. Februar 1938 hat **Adolf Hitler** zunächst dem österreichischen Bundeskanzler aufrichtigen Dank ausgesprochen, seine Einladung angenommen und sich bemüht zu haben, einen gemeinsamen Weg zu finden, der den Interessen des ganzen deutschen Volkes sowie dem europäischen Frieden dient. Anschließend würdigte er die nun in Österreich eingeleiteten Entwicklungen und bekräftigte neuerlich die Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs und die Souveränität dieses Staates.

Zum ersten Mal hörten die Österreicher den Führer im Wiener Rundfunk sprechen. Die Begeisterung der Bevölkerung war gewaltig, der **Hitler**gruß nicht mehr bestrafbar. Allerorts flatterten wieder Hakenkreuzfahnen und -wimpel. Da die Marxisten große Gegendemonstrationen planten, verbot **Seyß-Inquart** am 21. Februar jegliche Kundgebungen.

Kurt Schuschnigg zitierte im Nachkriegsrückblick selbst einen Lagebericht von **Edmund Veesemayer**, damals Adjutant des vom Sicherheitsdienst-Berlin mit den Österreich-Angelegenheiten beaufauftragten Dr. **Wilhelm Keppler**, vom 18. Februar 1938, den er -- **Schuschnigg** -- inhaltlich unwidersprochen ließ:

"Nach letzten Meldungen wird Schuschnigg sowohl von jüdischer, insbesondere auch von katholischer Seite schwer bedrängt. Der jüdische Angriff erfolgt im wesentlichen über die Börse und beabsichtigt einen Druck auf die Währung. Seit dem 17. Februar 1938 hat plötzlich eine außerordentlich starke Kapitalflucht eingesetzt, die zu einem erheblichen Absinken der österreichischen Anleihewerte in der Schweiz und in London sowie im übrigen Ausland führte. Schilling-Noten werden in großen Mengen schwarz über die Grenze gebracht, so daß eine Notierung mit gestern abend nicht mehr stattfinden konnte. Diese Entwicklung ist für das Reich zunächst nicht ungünstig, man wird jedoch sehr genau aufpassen müssen, daß die Aushöhlung der österreichischen Währung und damit auch der Wirtschaft nicht zu weit geht. Es kann sich hier wahrscheinlich nur mehr um Tage handeln.

Von katholischer Seite hat der Nuntius gestern nachmittag einen sehr starken Vorstoß gegen Schuschnigg gemacht." [1) S. 269]



Nationalsozialistische Großkundgebung in Graz am 20. Februar 1938, -- drei Wochen vor dem Einmarsch deutscher Truppen.

Aus diesem Dokument von **Dr. Veesemayer** vom 18. Februar wäre fortzusetzen gewesen:

"Der Nuntius bedient sich dabei des Landeshauptmanns Gleißner, der im gegnerischen Kreis als Nachfolger genannt wird. Schuschnigg selbst hat unter diesem doppelten Druck gestern abend wieder Rücktrittsabsichten geäußert. ...

Auf Grund 4-tägiger genauer und umfassender Beobachtung muß festgestellt werden, daß der Durchbruch restlos gelungen und tiefgreifenderer Art ist, als man mancherorts im Reich annimmt. Nachdem das Ausland Schuschnigg im Stich gelassen hat, mußte er schlagartig erleben, wie seine bisherigen Stützen teils abfielen, teils unter sich uneinig wurden und sich wütend um die Nachfolgeschaft des Bundeskanzlerpostens bekämpften.

In legitimistischen Kreisen herrscht Chaosstimmung, -- man hat jede weitere Hoffnung aufgegeben. In jüdischen Kreisen ist man überzeugt, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann Österreich politisch und wirtschaftlich mit dem Reich vereinigt wird.

Der Zusammenbruch ist ein derartig totaler, daß unter der Voraussetzung, daß eine Beschleunigung der Entwicklung dem Führer in sein außenpolitisches Konzept paßt, durch bestimmten Nachdruck seitens des Reiches innerhalb der nächsten Wochen eine Reihe entscheidender Positionen erobert werden können. ...

Die Lage der Illegalen Partei hat sich bis zum äußersten zugespitzt. Es ist mir durch vernünftige Mittelsleute gelungen, Herrn Leopold zu veranlassen, am 18.2. ins Reich zu fahren ...

Am 17.2. ist wiederum ein sehr unerfreuliches Rundschreiben seitens der Partei ergangen ...

Überdies besagen heutige telefonische Meldungen aus Wien, daß Aktionen größeren Stils seitens der Illegalen geplant sind. Auf Grund einer soeben eingegangenen Mitteilung hat der gestern freigelassene Dr. Tavs Anweisung gegeben, im Laufe des heutigen abends sämtliche Fensterscheiben in der deutschen Gesandtschaft zu zertrümmern. ...

Weiterhin ist beabsichtigt, durch Provokationen den Sicherheitsminister Seyß-Inquart zu zwingen, neue Einsperrungen vorzunehmen, um ihn dann als Verräter an der nationalen Sache anzuprangern. ..." [10) S. 440]

Kurt Schuschnigg, der, wie gesagt, dieses Dokument selbst auszugsweise zitiert hat, wußte auch gegenüber den von ihm ausgeklammerten Ausführungen inhaltlich nichts einzuwenden, was einer Bestätigung dieser Meldung gleichkommt. An diesem Bericht **Veesenmayers** ist beachtlich: der Druck seitens der verschiedendsten in- und ausländischen Etablierten sowie seitens der bereits im Umschwenken Begriffenen, der zusammengefaßt **Schuschnigg** bereits am 17.2. resignieren ließ.

Der Bericht macht weiterhin deutlich, wie sehr man sich auf allen Ebenen der offiziellen deutschen Politik um Zügelung der Illegalen in Österreich bemüht und die Ausgleichspolitik ohne hinterhältige Winkelzüge offenherzig durchführte.

Botschafter **v. Papen** bestätigte diese Information, meldete er doch am 18.2. nach Berlin:

"In Wien herrscht beträchtliche Aufregung wegen der politischen und wirtschaftlichen Folgen der deutsch-österreichischen Abmachungen. ... Eine größere Anzahl von Juden bereite sich darauf vor, auszuwandern. An der Börse herrsche eine aufgeregte Stimmung und die Banken seien starkem Druck ausgesetzt. Außerdem bemühe sich Prag zwischenzuschießen und verbreite Gerüchte, wonach Österreich eine große Aufrüstung mit deutscher Hilfe beschlossen habe. U.a. gehe das Gerücht um, daß 4 neue Divisionen aufgestellt werden sollen." [10) S. 436]

Kurt Schuschnigg verwies seinerseits auf ***"international verursachte Panikansätze"***. Die sich hiergegen verwahrende Propaganda der Vaterländischen Front vermochte sie nicht zu zerstreuen.[8) S. 111]

"Es waren daher alle Anstrengungen darauf zu richten, einen Großalarm mit allen seinen Konsequenzen zu vermeiden, sonst wäre das Weitergreifen einer Panikstimmung nicht zu verhindern gewesen." [1) S. 270]

Der "*von außen anwachsende Druck*" machte dem Bundeskanzler mehr Sorgen als jener von innen, und von militärischer Erpressung des Reiches war gar keine Rede mehr.[1) S. 270]

Unter diesen Verhältnissen hielt Bundeskanzler **Schuschnigg** seine Rede am 24. Februar vor der österreichischen Bundesversammlung in Wien, abgesichert von Verbänden der Vaterländischen Front. Sie gipfelte in den Worten:

"Wir wissen genau, daß wir jetzt bis zu einer Grenze gingen, hinter der ganz klar und eindeutig ein »bis hierhin -- und nicht weiter« steht." [1) S. 288]

V. Papen berichtete über diese Ansprache:

"Eindruck Rede Bundeskanzlers bei den Missionschefs uns befreundeter und neutraler Mächte sehr kritisch. Man sagt mit Recht, daß die kleinen Spitzen gegen das Reich höchst überflüssig wären und Gesamteindruck schwächen. Haltung eines heroischen Unabhängigkeitskämpfers entspreche wenig realpolitischer Lage. Man anerkenne andererseits zum Ausdruck gebrachten Willen loyaler Erfüllung übernommener Verpflich-



Nationalsozialistische Kundgebung in Linz am 6. März 1938.

tungen.

Aus Kabinettskreisen höre ich, daß der Bundeskanzler diese stark österreichisch betonte Haltung eingenommen habe, um seine durch Berchtesgaden völlig erschütterte Stellung in der Vaterländischen Front zu retten. Ferner habe Bürgermeister ***Schmitz*** *und Genossen noch letzte Tage beabsichtigt, ihn zu stürzen. Diese Kreise versuchen sozialistische Arbeiterschaft zu gewinnen und Volksfrontbewegung propagandistisch aufzuziehen. Man sollte dabei die Rede nicht allzu tragisch nehmen.*

Arbeit Innenminister ***Seyß-Inquart*** *in Verbindung mit den führenden österreichischen Nationalsozialisten geht planmäßig und mit stärkstem Einsatz von allen Seiten vorwärts. Disziplin der Parteigenossen bei gestrigen Veranstaltungen war ausgezeichnet.*

Habe mich heute beim Bundespräsidenten verabschiedet, übergebe Geschäfte an Botschaftsrat ***von Stein*** *und begebe mich nach Kitzbühel."* [10) S. 448]

Als Reichsstatthalter hat **Seyß-Inquart** im nachhinein über die Lage der Nationalsozialisten seit der **Schuschnigg**-Rede vom 24.2.1939 erklärt:

"***Schuschnigg*** *wollte mit dieser Rede den radikalen Flügel seiner damaligen Anhänger und Mitläufer beruhigen. Tatsächlich hat er sich damit aber in ihre Hände gegeben. Für uns war die Bewaffnung der Betriebsmilizen durch den damaligen Wiener Bürgermeister* ***Schmitz*** *eine Provokation. Die Entwicklung stellte an die nationalsozialistische Bewegung in Österreich in täglich zunehmendem Maße stärkste Anforderungen an Geduld, Disziplin und Opferbereitschaft. Diese Tage der höchsten Spannung sind mit Fug und Recht den Leistungen einer spontanen revolutionären Erhebung gleichzustellen, vor allem deshalb, weil die Organisation der nationalsozialistischen Bewegung nur mit illegalen Mitteln arbeiten konnte."* [3) S. 281]

Das nach erheblicher Verzögerung auf Regierungsebene gebildete Volkspolitische Referat sorgte durch den stellvertretenden Bundesleiter **Dr. Seyß-Inquart** in seinen Planungen für den Auftrieb der nationaldeutschen Kräfte. Der vorgesehene "Deutsche Tag" am 27. März 1938 stieß jedoch nicht nur auf erheblichen Widerstand **Schuschniggs**, sondern fiel auch auf Grund der umwälzenden Ereignisse des Anschlusses aus.

Nachträglich hatte **Schuschnigg** alle diese Aktivitäten, auch die Neueinsetzung des aus Kärnten stammenden Landesleiters, Major **Hubert Klausner**, den "Illegalen" zugerechnet und **Hitler** damit Verletzung des Abkommens vorgeworfen,[1) S. 281 - 282] obgleich ihnen allen befohlen worden war, illegale zugunsten legaler Tätigkeiten einzustellen. Daß er hierfür Führer brauchte, denen die Illegalen folgten, muß dabei beachtet werden.

Hitler hoffte auf eine gewaltlose, evolutionäre Lösung. Wiederholt hat er dies seinen Parteigenossen beteuert.[1) S. 261] Es gibt keinen einzigen dokumentierten Beleg mit einer gegenteiligen Aussage! Entsprechend lauteten die Anweisungen des Reichsaußenministers an die Mitarbeiter in den verschiedenen Botschaften.

Als **Dr. Keppler,** der deutsche Parteibeauftragte für Österreich, am 5. März abends 17.45 Uhr in einer 40-minütigen Unterredung *"einige weitere Forderungen vorgetragen hatte"*, lehnte **Schuschnigg** diese *"rundweg ab"*, doch **Keppler** *"nahm dies mit korrektem Bedauern zur Kenntnis, ohne weiter zu insistieren oder zu drohen"*.[1) S. 293]

Ein späterer Zeitvergleich mit seinem Entschluß zur "Volksbefragung" ergibt, daß **Schuschnigg** diesen Entschluß schon 1 - 2 Tage **vor** diesem Gespräch mit **Keppler** gefaßt hatte.

Welche Ereignisse waren es nun, die eine plötzliche Wende in Wien brachten? **Schuschnigg** verwies auf das *"immer ungestümere Drängen der Nationalsozialisten im Lande"*, auf *"die Dynamik der Partei"*, der gegenüber sich selbst **Seyß-Inquart** machtlos fühlte.[1) S. 285] Von seiner eigenen verkrusteten diktatorischen Herrschaftsauffassung und den Einwirkungen der "internationalen Sicherungsmächte" und ihrem Gefolge sprach er nicht. Doch alle 3 Komponenten zusammengenommen bewirkten seine Kurzschluß-Entscheidung zur verfassungswidrigen und viel zu kurzfristig angesetzten Volksabstimmung.



Schuschnigg berichtete am 24. Februar 1938 der Bundesversammlung über Berchtesgaden. Im Vordergrund 2. v. r. Innenminister Dr. Seyß-Inquart.

Schuschniggs Volksbefragung und Folgeereignisse

Was die Gesamtlage nun tatsächlich grundlegend geändert hat, war, wie **Schuschnigg** nachträglich selbst zugab, "*der Entschluß zur Volksbefragung*".

"Die militärische Intervention, und damit die gewaltsame Übernahme Österreichs, war durch den Entschluß zur Volksbefragung ausgelöst worden." [1) S. 15]

Auch dies gestand **Schuschnigg** nachträglich:
"*In der Tat wurde die Aktion des 11. März 1938 durch die geplante Volksbefragung ausgelöst. ...*

Die Ansetzung der Volksbefragung beruhte auf falschen Voraussetzungen. --

Tatsächlich war die Anberaumung der Volksbefragung ein Verzweiflungsakt unter äußerem Druck." [1) S. 300]

"*Aber der Wirkung der vom Dritten Reich mit den Mitteln seiner überlegenen Technik bewußt und konsequent betriebenen Anschlußpropaganda fühlte man sich bei uns auf die Dauer einfach nicht mehr gewachsen.*" [1) S. 301]

"*Dennoch war ihre zwar unvorhergesehene Folge für Österreich das kleinere Übel. Wäre der Stein nicht ins Rollen gekommen und wäre es bei der indirekten Unterstützung der Evolution vom Reich her geblieben, die, wie sich zeigte, mit und ohne Berchtesgaden von Österreich ohne Einsatz von Machtmitteln nicht mehr zu stoppen war, dann wäre nach außen hin die Gleichschaltung Österreichs, wie **Hitler** es sich wünschte, eine freiwillige gewesen. ...*" [1) S. 296 + 297]

Die seltsame Volksbefragung -- "*zur Rettung der Unabhängigkeit Österreichs*" -- war sein Entschluß, "*angesichts der allgemeinen Entwicklung in Österreich und durch die internationale Lage in den letzten Februartagen in Erwägung gezogen und um den 4. März endgültig gefaßt*".[1) S. 296]

Über die Art "*der internationalen Lage in den letzten Februartagen*" hat sich **Schuschnigg** nicht näher ausgelassen, nicht einmal den provokativen Rücktritt des britischen Außenministers **Anthony Eden** wegen der ablehnenden Haltung in London zur Intervention in der Österreich-Frage erwähnt. Dabei waren es offensichtlich jene Einwirkungen aus den westlichen Ländern, die ihn am meisten beunruhigt haben, waren es doch "*die internationalen Sicherungen*", die für ihn als letzte Stützen -- denn das Volk in seiner großen Mehrheit hatte ihn längst verlassen -- zusammengebrochen waren.

Schuschnigg ist sich offensichtlich darüber klar geworden, daß

"*die friedliche Gleichschaltung Österreichs, wie sie die Mehrheit der Nationalsozialisten wünschte, über kurz oder lang zum Anschluß führen mußte*".[1) S. 296]

Und gerade dies wollte er verhindern mit einer Maßnahme, die den Anschein einer Volksbefragung haben sollte, in Wirklichkeit jedoch die Bevölkerung nötigte, bedingungslos für ihn und gegen den Anschluß an das Reich zu votieren oder sich den Verfolgungspraktiken seiner Behörden als Hochverräter auszuliefern. Dabei hat er sogar nach Auffassung enger Mitarbeiter Risiken von ungeheuerer Tragweite in Kauf genommen. So hatte ihn Minister **Guido Zernatto**, der Generalsekretär der Vaterländischen Front, von Anbeginn an, als **Schuschnigg** ihn informierte, händeringend darauf hingewiesen, daß er mit seinem Plan Österreich in permanenten Bürgerkrieg mit einem sich anschließenden europäischen Krieg stürzen könnte.[11] Doch selbst dies ließ **Schuschnigg** ungerührt, und **Zernatto** machte mit.

Auf Einzelheiten, also Motive, Zeitbefristung auf 3 Tage, fehlendes Alternativvotum ging **Schuschnigg** nur andeutungsweise ein, ohne allerdings zuzugeben, daß er hiermit selbst den Sprengstoff geliefert und auch gezündet hat, was seiner Regierung zum Verhängnis werden sollte.

Die Vorbereitungen für diese Volksbefragung wurden so geheim durchgeführt, daß nur der Bundespräsident, nicht aber der Ministerrat darüber informiert worden ist. Zudem wurde der Termin so kurzfristig angesetzt, daß nicht einmal die Unterlagen für eine ordnungsgemäße Erfassung der Wahlberechtigten zusammengestellt werden konnten. Den Behörden standen hierfür nur 2 Tage zur Verfügung!

Der Generalsekretär der Vaterländischen Front, **Zernatto**, bekam Sonntag abend am 6. März unter "*strengster Geheimhaltung*" den Auftrag, diese Volksbefragung für den 13. März vorzubereiten.[1) S. 302]

Waren schon diese Eile und Geheimhaltung verdächtig – wie vereinbart sich Wille zur Volksbefragung mit Geheimhaltung? –, so war beides verge-

"Mander 's ischt Zeit!"
Schuschnigg am 9. März 1938 in Innsbruck.

11) Guido Zernatto, "Die Wahrheit über Österreich", New York 1958, S. 264.

bens. Berlin war unverzüglich bereits über die ersten Schritte informiert. Man hat eine Sekretärin in Verdacht, die das Protokoll der ersten Sitzung am Sonntagabend des 6. März zu fertigen hatte.

Die verratenen Abstimmungsmodalitäten des Bundeskanzler-Komplotts, wie sie nach Berlin weitergeleitet wurden, dementierte **Schuschnigg** nach Kriegsende zwar -- "*Die Abstimmungsbedingungen haben wesentlich anders gelautet*" [1) S. 304] --, doch vermied er es, diese konkret zu benennen, so daß sein Dementi keine Überzeugungskraft hat. Berlin erhielt folgende Meldung:

"Abstimmungslokale so weit als möglich wie bei den Wahlen 1930 bzw. bei den Gemeindewahlen 1932 mit möglichst gleichartiger Einrichtung. Doppelt so viel Jastimmzettel als Abstimmungsberechtigte im zuständigen Abstimmungskreis. Nur Jastimmzettel. Allenfalls unbeschriebenes leeres Papier vorzubereiten für jene, die unter Umständen mit Nein stimmen wollen. Solche Personen haben sich laut den allenfalls zur Verfügung stehenden Papierzetteln (sic!) Stimmzettel aus dem leeren Papier auszuschneiden.

Schutz des Vorgangs: In jedem Lokal mindestens 2 Mann in Zivil ohne Waffen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Sämtliche Störende oder Abstimmunghindernde oder im negativen Sinne Beeinflussende (sic!) sind sofort aus dem Lokal zu entfernen. Nötigenfalls dem diensthabenden Organ der Exekutive, Gendarmerie oder Polizei zur Amtshandlung zu übergeben.

Vor dem Lokal 2 Ordnerposten. 2 Amtswalter besorgen außerdem den Verbindungsdienst vom Lokal zum Werbelokal der VF und sonstigen Örtlichkeiten.

Beginn und Ende der Abstimmung wird von den Landeshauptmännern bestimmt. Jedenfalls Schluß um 17 Uhr. Dokumente:

Mitgliedskarte der VF, Erkennungskarte oder Heimatschein und Meldezettel. In den Städten Meldezettel und Erkennungskarte.

Diejenigen Personen, die mit Nein stimmen, müssen sich obiger Anordnung mit Handschrift unterziehen. Kein Zusatz, sonst ungültig. Vollkommen leere Stimmzettel gelten als Jastimmzettel. Wenn Ja ausgestrichen und handschriftlich das Wort Nein zugefügt ist, gilt dieser Stimmzettel als Jastimmzettel.

In der Sitzungskommission sind 2 - 4 Beiräte, möglichst Amtswalter der VF. Wer in den Städten keine Erkennungskarte hat, ist überhaupt nicht zugelassen, es sei denn, daß die betreffende Person dem Vorsitzenden persönlich bekannt ist. Wahlberechtigt sind alle, die spätestens 1914 geboren sind. Die Flugzettel werden mit Flugzeugen abgeworfen.

Donnerstag früh um 7 Uhr wird das Propagandamaterial unter Schutzkorps-Bedeckung in alle Länder gebracht.

Alle diese Beschlüsse werden bis Mittwoch um 2 Uhr geheimgehalten, um einen Vorsprung vor den Nazis zu bekommen." [1) S. 303 - 304]

Wie gesagt, **Schuschnigg** hat bei seinem Dementi -- "*jedenfalls lauten die tatsächlich festgesetzten Abstimmungsbedingungen wesentlich anders*" [1) S. 304] -- nichts "richtiggestellt"! Auch vergaß er gänzlich, den § 16, Abs. 2 aus seiner eigenen Verordnung vom 10.3. für diese Volksbefragung, in der es hieß:

"*Der Abstimmungsberechtigte erhält über Verlangen den Stimmzettel, kann sich aber auch selbst mitgebrachter Stimmzettel bedienen; ...*"

Ebenso "vergaß" er die übrigen "Durchführungsbestimmungen" die in seiner Anwesenheit Frontführer-Stellvertreter und Minister **Zernatto** auf dem Amtswalterappell in Innsbruck am 9. März bekanntgegeben hatte:

"*Die Abstimmungskommissionen werden aus Mitgliedern der Vaterländischen Front gebildet. Um den Abstimmungsvorgang nicht zu stören, dürfen sich keine anderen Personen in den Abstimmungslokalen aufhalten.*

Als Abstimmungsausweise gelten Ausweise der verschiedensten Art (Mitgliedskarten der Vaterländischen Front, des Bauernbundes, Gewerbebücher, Gewerkschaftsbücher, Erkennungskarten, Heimatscheine, Meldezettel usw.). In dem vorgelegten Dokument wird durch Strichelung ersichtlich gemacht, daß die betreffende Person abgestimmt hat. Wer der Abstimmungskommission persönlich bekannt ist, kann auch ohne Dokument zur Abstimmung zugelassen werden. ... Vorkehrungen dagegen, daß nicht dieselbe Person an 10 oder 15 verschiedenen Stellen mittels verschiedener Ausweise abstimmt, sind nicht getroffen.

Die Abstimmung wird öffentlich durchgeführt, doch ist die Benutzung eines Briefumschlages erlaubt.

Der offizielle Abstimmungszettel ist ein Zettel in der Größe von 5 mal 8 Zentimeter, der auf der einen Seite mit dem Wort »Ja« bedruckt ist. Wer mit »Nein« stimmen will, muß sich einen Zettel in genau derselben Größe selbst mitbringen und mit dem Wort »Nein« beschreiben." [12) S. 63 + 13)]

Schuschnigg "vergaß" auch die Rundfunkinformation der Vaterländischen Front, in der es hieß:

"*Ich kann als aufrechter Österreicher vor allen Leuten zeigen, daß ich den Ja-Stimmzettel in die Urne werfe. Ich kann aber auch den Stimmzettel zusammenfalten oder ihn in ein mitgebrachtes Briefkuvert einschließen.*" [12) S. 63]

So konnte ein ihm sogar wohlwollender Erlebniszeuge zusammenfassend die real gegebene Lage mit folgenden Worten wiedergeben:

"*Der offizielle Abstimmungszettel war mit dem Wort 'Ja' bedruckt. Diejenigen Personen, die mit 'Nein' zu stimmen wünschten, müssen einen Zettel in derselben Größe mit dem Wort 'Nein' beschreiben. Später hieß es dann, es würden auch mit 'Nein' versehene und überhaupt leere Stimmzettel bereitliegen. Abstimmungsberechtigt war jeder spätestens 1914 Geborene, man mußte also das 24. Lebensjahr vollendet haben. Abstimmen konnte man geheim oder öffentlich. das letzte dann, wenn man ein 'aufrechter Österreicher' war. Alle Mitglieder der Abstimmungskommission mußten der Vaterländischen Front angehören und womöglich Amtswalter sein. Da Abstimmungszwang herrschte, sollte die vollzogene Handlung auf dem Identitätsdokument angemerkt werden. ... Ferner sollten die Beamten und Angestellten des Staates sowie die Polizeibeamten ihre Stimmzettel nicht im Wahllokal, sondern bei den Funktionären der Vaterländischen Front und zwar in ihrem Dienstort und, wie sich der Verfasser erinnert, bereits am Tag vor dem offiziellen Termin am Samstag, den 12. März (!) offen*

12) Ernst Fischer, "Erinnerungen und Reflexionen", Hamburg 1969, S. 321.
13) ***Neue Augsburger Zeitung***, 11.3.1938.



Nationalsozialistische Kundgebung in Graz Anfang März 1938

abgeben." 14) S. 376 + 378

Am 7. März trafen die Landesführer der Vaterländischen Front die ersten organisatorischen Vorbereitungen.

Innenminister **Seyß-Inquart** wurde erst abends am 8. März "*gegen ehrenwörtliche Versicherung der Geheimhaltung*" informiert,1) S. 302 allerdings -- was **Schuschnigg** später verschwieg -- ohne Angabe des Termins. Diesen erfuhr er erst am 9. März vormittags von **Guido Zernatto,**7) S. 157 kurz bevor die Volksabstimmung offiziell angekündigt wurde.

Hitler erfuhr diese Nachricht aus dem Rundfunk, die Diplomaten der westlichen Hauptstädte bereits Stunden vorher, zweifellos eine neuerliche Provokation Deutschlands.

Schon im Plakataufruf der Vaterländischen Front zur "Volksbefragung" war es deutlich formuliert:

"*Die Staatsführung verlangt vom Volk Österreichs ein Bekenntnis zur Heimat.*"

Damit war aber gleichzeitig ein Bekenntnis gegen den Anschluß an das Reich und eine Legitimation für Schuschnigg zur Unterdrückung der Bevölkerung nach seinem selbstherrlichen Belieben impliziert!

Schuschnigg hatte diesen Zusammenhang bereits am 9. März anläßlich der Verkündung dieser "Volksbefragung" auf einem Amtswalterappell der Vaterländischen Front in Innsbruck zum Ausdruck gebracht, indem er mit dem Aufruf von **Andreas Hofer** 1809 an die Tiroler zum Kampf gegen die Franzosenherrschaft abschloß:

"Mander 's ischt Zeit!"

Dies konnte nur als Kampfansage gegen das Reich verstanden werden.

Der Text für die Volksbefragung war so gefaßt, daß ihn -- wie **Schuschnigg** schrieb -- jeder Österreicher unterschreiben konnte. Einzelheiten zur Politik waren nicht gefragt. Jede Alternative zu Programmen, Führungsmethoden und Personen war ausgeschaltet, die Volksbefragung somit zur Farce, zur Verdummung der Menschen degradiert. Der zur "Befragung" vorgelegte Text lautete:

14) Mikoletzki, "Österreichische Zeitgeschichte", Wien 1962.

"Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Friede und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen."

Nicht vergessen hatten die Konspirateure in Wien indessen, "*mit der illegalen Linken Verbindung aufzunehmen*".1) S. 301 Das liest sich im **Schuschnigg**-Buch als harmlose Episode, bedeutete jedoch in Wirklichkeit, beginnend mit dem 8. März, militärische Mobilisierungsbemühung der bisher illegalen marxistischen Arbeiter-Organisationen.

Der bekannte österreichische Kommunist **Ernst Fischer** bekannte nach dem Krieg:

"In einer geheimen Besprechung mit Kommunisten spricht der österreichische Generalstabschef von der Möglichkeit eines 24-stündigen Widerstandes -- unter einer Voraussetzung: die revolutionären Arbeiter müssen die Sicherung des Hinterlandes gegen einen Nazi-Aufstand übernehmen. Für Waffen sei gesorgt. Diese 24 Stunden, so hoffte er, würden Europa erschüttern, Chamberlain stürzen, in Deutschland selbst das Prestige Hitlers auf ein Minimum reduzieren." 12)

Solche Initiativen konnte das österreichische Bundesheer nicht ohne höchste Weisung entfaltet haben!

Die zur gleichen Zeit vom österreichischen Bundesheer durchgeführten "Sicherungsmaßnahmen" vollzogen sich derweil zunächst im Stillen. Am 10. März ließ **Schuschnigg** den Jahrgang 1915 einberufen, am 11.3. gab er Befehl zur Alarmbereitschaft.1) S. 318 Alles dies macht deutlich, daß er auf militärische Reaktionen spekuliert hatte, diese geradezu provozieren wollte.

Seyß-Inquart, der sich am 9.3. sogleich vom Verwaltungsgerichtshof darüber unterrichten ließ, daß eine solche Volksbefragung verfassungswidrig sei (laut Art. 65 der Verfassung von 1934 kann nur der Bundespräsident eine solche einberufen) und die Nein-Stimmenden bei der ausgewiesenen Befragungsparole den Tatbestand des Hochverrats erfüllen, legte daraufhin sofort schriftliche Verwahrung gegen diesen wahnwitzigen Plan ein. Der Innenminister belehrte seinen Bundeskanzler zusätzlich über die Voraussetzungen einer sachgerechten Wahl und forderte, die Volksbefragung zu vertagen und gesetzmäßig in 6 Wochen durchzuführen, um eine ordnungsgemäße Vorbereitung zu gewährleisten. **Schuschniggs** schriftliche Antwort am 10. März war blamabel:

"... Die Verfassung ist auf dem Gedanken der autokrativen Führung aufgebaut. ... Eine Koalitionsregierung zu bilden lehne ich ab. Parteien kann ich nicht anerkennen. Die Bildung einer 2. Front neben der Vaterländischen Front ... kann daher nicht in Frage kommen." 1) S. 305

Im übrigen berief er sich auf seine ihm im Art. 93 der Verfassung zugesprochene Kompetenz als Bundeskanzler,

die Richtlinien der Politik allein bestimmen zu können. Geändert hat er nichts.

"Die unmittelbare Reaktion des Führers (auf die Nachricht vom 9. März) war nicht der Entschluß, Gewalt anzuwenden, sondern schmerzlich-unglückliche Erschütterung." 8) S. 179

"Ein oder 2 Stunden nach Erhalt der erschreckenden Nachricht schickte er (Hitler) Keppler bereits in einem Sonderflugzeug mit dem Auftrag nach Wien, Schuschnigg zur Vernunft zu bringen.

*Nach einem dringenden Informationstelegramm an **Ribbentrop**, der damals in London weilte, lauteten die Weisungen an **Keppler**, »die Volksbefragung zu verhindern oder, falls dies nicht möglich, bei der Befragung einen Zusatz über die Anschlußfrage durchzusetzen.«"* 8) S. 178

Während am Donnerstag dem 10. März früh 7 Uhr – 3 Tage vor der Volksbefragung -- der erste Plakataufruf zur Auslieferung kam[1) S. 302] und die Bemühungen von **Seyß-Inquart**, dies zu verhindern, als gescheitert erkennbar waren, ließ **Adolf Hitler** die Nachricht verbreiten, daß **Schuschnigg** die Berchtesgadener Abmachungen gebrochen habe.

Das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten bestätigte die Provokation der Volksbefragung:

*"Der 13. März sei nicht der Tag, um die offene Rechnung mit den Austrofaschisten zu begleichen, es gehe darum, den Haß gegen **Hitler** zu bezeugen. Daher die Parole am 13. März mit Ja! zu stimmen. Die Jastimme sei nicht für **Schuschnigg** und das autoritäre Regime abgegeben, sondern gegen **Hitler** und die Gleichschaltung!"* 1) S. 175

Wie immer man auch das ungewöhnliche Vorgehen **Schuschniggs** beurteilen mochte, der Reichskanzler war durch ihn zum Handeln gezwungen worden. Mußte er doch damit rechnen, daß der österreichische Bundeskanzler so nicht hätte vorgehen können, hätte er nicht bereits Ermunterungen und Hilfsversprechen aus Frankreich und England, womöglich auch der Tschechoslowakei oder auch Italiens erhalten, militärisch im Alpenland zu intervenieren. So konnte nicht nur der Bestand Österreichs gefährdet, sondern auch das Reich von einer Feindkoalition im Süden bedroht und damit in seiner ganzen Existenz gefährdet werden. Der Einkesselungsring, dem sich Deutschland ohnehin gegenübersah, war seit 1919 bedrohlich genug! Niemand konnte sicher sein, welche Rolle die Sowjetunion im Rahmen ihrer Vertragsnetze mit jenen Staaten gespielt hätte. Kein Wunder, daß **Hitler** auch die Grenzsicherungen dominant zu berücksichtigen hatte.

Als **Hitler** am 10. März erstmals befahl, ihm Generalstabspläne für den Einmarsch in Österreich vorzulegen, erwies sich, daß es keine gab. Eine ursprüngliche Planskizze "Fall Otto" (gedacht war dabei an den deutsch-feindlich eingestellten **Otto v. Habsburg** für den Fall einer Restauration der Monarchie in Wien, auf den selbst die Tschechoslowakei militärisch intervenieren wollte), hatte der Generalstab nicht weiter bearbeitet. **Schuschnigg** gab später zu, daß sich die 8. deutsche Armee

"plötzlich einer Aufgabe gegenübersah, für die sie zur Zeit nicht ganz vorbereitet war." 1) S. 318

Für militärische Bedrohungsvorbereitungen deutscher Truppen konnte er somit auch bis zum 10.3.1938 keine Geheimkenntnisse gehabt haben, teilte doch **Hitler** erst gegen 16.30 Uhr des 10. März General v. **Bock** mit, daß er die 8. Armee bereitzustellen habe für einen voraussichtlich um die Mittagszeit des 12. März zu gewährleistenden Einmarsch in Österreich, um dort geordnete Zustände wiederherzustellen. Kurz vorher war General **Keitel** als Chef des OKW davon in Kenntnis gesetzt worden.

Über die mit Besorgnis, ja Mißbehagen aufgenommene Resonanz zur Volksbefragung **Schuschniggs** aus den USA berichtete der deutsche Botschafter **Dieckhoff**:

*"... Im State Department sprach man sich nach dem ersten Erstaunen dahin aus, daß dieser Schrit für Herrn **Schuschnigg** kaum gut ausgehen könne, **»that fellow is seeking for trouble (»dieser Bursche sucht Streit«)«.**"* 10) S. 502

Auch die Presse dort verhielt sich zunächst skeptisch zurückhaltend. Die ***New York Times*** verwahrte sich gegen die Kurzfristigkeit und den Befragungstext, was alles diesen Schritt als Farce kennzeichne.

Christliche Oesterreicher!

In großer Stunde ruft uns die Führung des Staates zur Entscheidung. Jeder von uns weiß, worum es geht: Um die Zukunft dieser freien, deutschen, christlichen Ostmark.

Als deutsche Menschen stehen und kämpfen wir für die deutsche Ostmark!

Als christliche Menschen kämpfen wir für die christliche Ostmark!

Als österreichische Bürger stehen und kämpfen wir für das freie und unabhängige Oesterreich!

Deutsch sein und christlich sein
Christlich sein und deutsch sein:

das ist uns als geheiligtes Erbe der Väter von Geschlecht zu Geschlecht überliefert worden.

Katholische Stifte haben deutsche Kunst und Kultur in dieses Land getragen. Katholische Geschlechter, deutsche Städte und deutsche Dörfer aufgebaut. Seit 1000 Jahren hat dieses deutsche Volk der Ostmark aus christlichem, aus katholischem Geiste eine Kultur geschaffen, die heute noch als eine der reifsten Früchte deutschen Schaffens von aller Welt bewundert wird.

Seit 1000 Jahren haben unsere Väter für das christliche, für das katholische Oesterreich und seine deutsche Sendung unter den Völkern gekämpft und geblutet.

Väter und Mütter! Jungmannen und Jungmädchen! Die Katholische Aktion ruft Euch! Für dieses deutsche, für dieses christliche Erbe kämpfen wir heute!

Wir alle stimmen darum mit

Ja!

Für das deutsche, christliche, unabhängige, soziale

Oesterreich!

Dieser Flugblatt-Aufruf der "Katholischen Aktion" zur "Ja"-Stimmen-Werbung für Schuschniggs "Volksbefragung" am 13.3.1938 appellierte in wenigen Sätzen sogleich 12 x an das *"deutsche Volk der Ostmark"* mit seiner 1.000-jährigen deutschen Geschichte und an seine *"deutsche Sendung"*, *ein "heiliges Erbe der Väter von Geschlecht zu Geschlecht"*. Doch auch dieser geschichtsträchtige Eifer vermochte die 5-jährige antideutsche Politik des Bundeskanzlers Schuschnigg nicht umzufälschen.

Der 11. März 1938

Nachdem am frühen Morgen des 11. März die ***Wiener Neuesten Nachrichten*** erschienen waren, ließ Bundeskanzler **Schuschnigg** sie unverzüglich beschlagnahmen. Er verbot damit die Grundsatzdarlegungen des Staatsrats **Dr. Jury** zur Verfassungswidrigkeit der verordneten Volksbefragung, die ohne vorhandene Wahllisten dem Volk die Alternative aufzwinge, mit "Ja" zu stimmen oder sich als Hochverräter zu bekennen und als solcher möglicherweise registriert zu werden. Als Folgerung seiner juristischen Darlegungen hatte der als gemäßigt geltende Staatsrat **Dr. Jury** zur Stimmenthaltung aufgerufen. Die Forderung **Schuschniggs**, ihn des Amtes zu entheben, ignorierte Innenminister **Seyß-Inquart**.

Daß solche, die Öffentlichkeit beunruhigende Verhaltensweisen internationale Resonanzen nach sich zogen, mußte **Schuschnigg** bewußt gewesen sein. Er selbst zitierte im Nachkriegsrückblick eine durchaus wichtige Mitteilung eines englischen Korrespondenten unter Bezugnahme auf das Deutsche Nachrichtenbüro, die der britische Botschafter in Berlin an seinen Außenminister **Lord Halifax** weitergeleitet hat, doch vermied er, dazu Stellung zu nehmen. Das ist schade, denn es wäre wichtig zu wissen, ob das alles gestimmt oder ob es vom offiziellen Wien aus lancierte Meldungen an die internationale Presse waren, die dieses Thema in Fluß gebracht haben:

"Das in Kreisen der Vaterländischen Front in Wien zirkulierende Gerücht, nach dem die Reichsregierung von der österreichischen Regierung in einem Ultimatum die Verschiebung des sogenannten Plebiszits verlangt hätte, wird in hiesigen politischen Kreisen als ein Zeichen der außerordentlichen Nervosität in Wien aufgefaßt. Hier ist nichts von einem solchen angeblichen Ultimatum bekannt. Das andere in Wien verbreitete Gerücht, nach welchem das deutsche Radio verkündet hätte, daß das Reich zu den äußersten Maßnahmen schreiten würde, wenn der österreichische Kanzler sein sogenanntes Plebiszit nicht absage, ist gleichfalls eine Erfindung und wahrscheinlich der Tatsache zuzuschreiben, daß irgendeine ausländische Propagandastation solche Nachrichten ausgegeben hat. ..." [1) S. 322]

Das Schweigen **Schuschniggs** zu der zitierten Meldung des britischen Korrespondenten und seine verweigerte Sachaufklärung zu der von ihm wörtlich wiedergegebenen offiziellen Stellungnahme des deutschen Außenministers v. **Neurath** in Beantwortung eines britischen Protestes am Abend des 11. März 1938 gegenüber dem britischen Botschafter **Neville Henderson** hinterlassen den Eindruck einer ungewollten Bestätigung deren Inhalte. Der Vermerk **Schuschniggs**:

"Fast mit jedem Wort schlug die Antwort **Neuraths** *den rechtlichen und sachlichen Tatsachen ins Gesicht."* [1) S. 358]

wirkt geradezu grotesk, da er anschließend kein einziges Wort zur Richtigstellung übrig hat und das Thema schnellstens verlassend, sich sogleich mit dem englischen Unterhaus befaßte. **V. Neurath** hatte dem britischen Botschafter nach Ablehnung eines von Großbritannien vorgetragenen "Rechtsanspruchs auf Einmischung in die deutsch-österreichischen Angelegenheiten" zur Vorgeschichte des 11. März ausgeführt:

"Das beabsichtigte Plebiszit konnte nur die politische Unterdrückung der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung zum Ziel haben, also sei die Absicht eine flagrante Verletzung der Berchtesgadener Vereinbarung gewesen.

Die Folge sei gewesen, daß jene Mitglieder der österreichischen Regierung, die am Beschluß, ein Plebiszit abzuhalten, nicht beteiligt waren, energischen



Innenminister Arthur Seyß-Inquart und sein Staatssekretär für Sicherheitswesen, Dr. Michael Skubl.

Protest einlegten. Daraus sei eine Kabinettskrise in Wien entstanden, die im Verlauf des 11. März zum Rücktritt des früheren Bundeskanzlers und zur Bildung einer neuen Regierung geführt habe. Es sei unwahr, daß das Reich in dieser Lage gewaltsamen Druck angewendet habe. Insbesondere die Feststellung, die der frühere Bundeskanzler dann gemacht habe, daß nämlich von der deutschen Regierung ein befristetes Ultimatum an den Bundespräsidenten gestellt worden sei, wonach ein bestimmter Kanzler ernannt und eine Regierung gemäß den Vorschlägen der deutschen Regierung gebildet werden müsse, bei sonstigem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich, sei pure Erfindung.

Der Einmarsch sei vielmehr über dringende telephonische Anforderung seitens der neu gebildeten österreichischen Regierung erfolgt, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen und Blutvergießen zu verhindern.

Dieses Telegramm sei mittlerweile veröffentlicht worden. Im Angesicht der drohenden Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges in Österreich habe die Reichsregierung beschlossen, dem an sie gerichteten Appell

stattzugeben.

Unter diesen Umständen könnten gefährliche Folgen nur dann entstehen, wenn von einer dritten Seite der Versuch gemacht werden sollte, im Gegensatz zu den friedlichen Absichten und berechtigten Zielen des Deutschen Reiches auf die Entwicklung in Österreich einen Einfluß zu nehmen, der mit dem Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in Widerspruch stehe."[1) S. 357]

Es muß wiederholt werden: **Schuschnigg** nimmt hierzu mit keinem einzigen Wort Stellung! Er sah sich offensichtlich nicht in der Lage, den Ablauf der Ereignisse "berichtigt" vorzutragen! Und dies nach Jahrzehnten, die ihm zum Erinnern zur Verfügung standen!

Um 10 Uhr verlangten die Minister **Dr. Seyß-Inquart** und **Dr. Glaise-Horstenau** von **Schuschnigg** die Absage des vorgesehenen Spektakels, statt dessen eine sachgerechte Volksbefragung frühestens 4 Wochen später mit normal üblichen Voraussetzungen. Hinweise auf drohenden Bürgerkrieg oder sogar internationalen Krieg beeindruckten den Bundeskanzler in stundenlanger Debatte auch diesmal nicht. Schließlich wollte er nur einen Stimmzettel mit den Möglichkeiten zulassen: "*Für Österreich* ***m i t Schuschnigg***" und "*Für Österreich* ***o h n e Schuschnigg***".

Im Anschluß an das unterbrochene Gespräch stellten die beiden Minister ihm – "*im eigenen Namen und im Namen der Staatsräte und Volkspolitischen Referenten*" -- eine schriftliche Bitte "*in letzter Stunde*" mit Fristsetzung zu:

"Mit der inständigsten Bitte, einer Entwicklung Einhalt zu gebieten, die als Entrechtung des überwiegenden Teiles der Einwohner unseres Landes früher oder später zu den schwersten Folgen führen muß.

Wir stellen zunächst fest, daß wir seit Jahren nur den einen Wunsch hatten, daß dem deutschen Volke Österreichs endlich die Möglichkeit gegeben wird, seiner politischen Gesinnung und seinem politischen Wollen jenen freien Ausdruck verleihen zu können, wie dies in anderen Ländern auch der Fall ist.

Wenn wir daher diesen heutigen Schritt unternehmen, dann geschieht es nicht, um uns gegen eine Abstimmung, wie wir sie selbst so oft gefordert hatten, aufzulehnen, sondern es geschieht dies, um diesem Vorgang einen Wert zu verleihen, der von allen Seiten billigerweise als der gerechte Ausdruck der Auffassungen und des Willens unseres deutschen Volkes anerkannt werden kann.

Sie haben nun, Herr Bundeskanzler, ohne die Minister des nationalen Österreichs in gehöriger und verfassungsrechtlich nötiger Weise zu verständigen, für Sonntag eine Volksbefragung festgesetzt, die nicht den Charakter einer Volksabstimung trägt, und demnach sowohl in der Fragestellung als auch in der Art ihrer Organisation und Durchführung jedem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht.

1. Es ist unmöglich, zum Inhalt eines Volksbegehrens ein Bekenntnis zu machen, dessen Ablehnung nach heute geltendem Gesetz strafrechtliche Folgen nach sich ziehen würde.

2. Es ist unmöglich, eine Volksabstimmung herbeizuführen innerhalb eines Zeitraums von 3 Tagen, vom Tage der Ankündigung an gerechnet, ohne daß die geringste Grundlage besteht für eine ordnungsgemäße Ausstellung der Wählerlisten, für mögliche Reklamationen der Wähler, sowohl als für die Vorbereitung irgendeiner Stellungnahme zu dieser Wahl.

3. Sie haben diese Wahl angesetzt, ohne vorher, wie dies durch das Berchtesgadener Abkommen vorgesehen war, den Einbau der nationalen Kreise in die Vaterländische Front, die Sicherheit einer objektiven Handhabung des Wahlvorganges sowie einer objektiven Zählung der Wahlresultate zu gewährleisten.

Die unterzeichneten Minister und ebenso die Staatsräte und volkspolitischen Referenten sehen sich daher außerstande, diesem Verfahren zuzustimmen, die Ansetzung dieser Abstimmung anzuerkennen und ihre Durchführung vor dem österreichischen Volk zu vertreten. "[7) S. 163]

Weiterhin schlugen die Unterzeichner vor, mitzuhelfen, eine ordnungsgemäße Wahl in 4 Wochen durchzuführen, wie sie den Gebräuchen aller europäischen Länder entspreche.

Bis 14 Uhr wurde er um Antwort gebeten, andernfalls die Unterzeichner ihre Ämter niederlegen würden.

In keinem seiner Nachkriegsbücher erwähnte Schuschnigg dieses sachlich gerechtfertigte und freundlich gehaltene Schreiben!

Erst nach weiterem Zeitverlust und versuchter "Kompromißlösung" -- die Volksbefragung abzusagen, ohne eine spätere, ordnungsgemäß durchzuführende zu erwägen – trat der Bundeskanzler unter dem Eindruck der angedrohten Demission zahlreicher Verantwortungsträger seines Kabinetts und des Staates nach 16 Uhr zurück.

Auch dieser Entschluß war darauf ausgerichtet, eine internationale Krise zuzuspitzen!

Bis zu dieser Stunde hat es **kein Ultimatum** irgendeiner Art seitens der Reichsregierung gegeben! **Seyß-Inquart** und **Glaise-Horstenau** freilich hatten auf Anregungen **Hitlers** gehandelt, die ihnen während der Nacht zuvor ein Kurier überbracht hatte. In ihnen war auch Hilfe des Reiches in Aussicht gestellt worden, falls der Vorschlag zur Verschiebung der Volksbefragung nicht aufgegriffen werden sollte. **Hitler** hatte in diesen Anregungen kein Ultimatum gefordert, sondern eine Rücktrittsdrohung des Innenministers mit Fristsetzung bis 12 Uhr mittags empfohlen.[15) S. 878]

Der sehr gründliche Sachkenner **Helmut Sündermann** schrieb hierzu weiter:

"*Nur für den Fall, daß* ***Schuschnigg*** *erneut ablehnen sollte, wurde eine Art Revolutionskalender entworfen, der eine 'provisorische Regierung', einen Rundfunk-Aufruf* ***Seyß-Inquarts****, die Besetzung öffentlicher Gebäude durch Nationalsozialisten und schließlich ein Telegramm vorsah, mit dem* ***Seyß-Inquart*** *als 'provisorischer Regierungschef' deutsche Truppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung anfordern konnte.*

Das war ***Hitlers*** *Eventualprogramm, – in Wirklichkeit rechnete er immer noch, wie sich herausstellte, mit einem Einlenken* ***Schuschniggs****. Eine Forderung nach dessen Rücktritt wur-*

15) Wolfgang Rosar, "Arthur Seyß-Inquart in der österreichischen Anschlußbewegung", Wien 1969.



Bundespräsident Wilhelm Miklas

*de **nicht** erhoben. Mit Zähigkeit hielt **Hitler** sogar jetzt noch an dem Gedanken fest, die Österreichfrage **mit Schuschnigg** zu regeln."* 7) S. 162

Schuschniggs Schilderungen dieses Tages sind, wie vieles bei ihm, unredlich! So schrieb er über seinen Rücktritt am 11. März unter Verschweigen des Inhalts der vorgenannten Unterredung und des zusätzlichen Schreibens seiner Minister **Seyß-Inquart** und **Glaise-Horstenau** sogleich übergehend auf die Zeit kurz nach 14 Uhr:

> *"In den frühen Nachmittagsstunden stellte Berlin die ultimative Forderung nach Rücktritt der Regierung und Ernennung Seyß-Inquarts zum Bundeskanzler, andernfalls die Deutsche Wehrmacht noch am selben Abend einmarschieren würde.*
>
> *Dieses Ultimatum wurde telephonisch an den Minister **Seyß-Inquart** durchgegeben, und zwar nachdem das erste auf dem gleichen Weg übermittelte Ultimatum, das Abberaumung und Verschiebung der beabsichtigten Volksbefragung gefordert hatte, um etwa 14 Uhr von Österreich angenommen worden war. ...*
>
> *Der militärische Einmarsch in Österreich war beschlossene Sache. Gesucht wurde aus optischen Gründen ein Vorwand. Daher blieb als Gegenzug nur übrig, den gewünschten Vorwand nicht zu liefern und die Erpressung solcherart zu demaskieren.*
>
> *Um diese Stunde stand fest, daß auf wirksame äußere Hilfe von nirgendwoher zu rechnen war."* 1) S. 11 - 12

Allein diese wenigen Sätze enthalten 7 Lügen!

(1) **Schuschniggs** Rücktritt war anfangs nicht gefordert worden!

(2) Die Ernennung von **Seyß-Inquart** zum Bundeskanzler war zu dem genannten Zeitpunkt ebenfalls nicht gefordert worden.

(3) Die Reichsregierung hatte weder **ein** Ultimatum noch **zwei** gestellt. Alle Forderungen hatte Innen- und Sicherheitsminister **Seyß-Inquart** in eigener Kompetenz seines Amtes begründet vorgetragen.

(4) **Als Konsequenz einer Ablehnung war nicht ein Einmarsch deutscher Truppen angedroht worden, sondern der Rücktritt seiner Minister, der Staatsräte und volkspolitischen Referenten!**

(5) Zu diesem Zeitpunkt war der Einmarsch deutscher Truppen weder eine *"beschlossene Sache"* noch hätte er *"am selben Abend"* erfolgen können! -- An anderer Stelle gab **Schuschnigg** zu, daß **Hitler** den Einmarschbefehl an die Wehrmacht <u>erst nach</u> der abendlichen Rundfunkansprache **Schuschniggs** und damit nach Bekanntgabe seines Rücktritts erteilt hat. 1) S. 18

(6) Die Reichsregierung hatte keinen *"Vorwand aus optischen Gründen"* gesucht!

(7) Der Vorwurf der Erpressung seitens des Reiches war völlig fehl am Platze!

Richtig hingegen war, daß **Seyß-Inquart** nach erfolgloser Auseinandersetzung mit **Schuschnigg** -- nicht vorher! -- um 14.45 Uhr Reichsminister **Hermann Göring** telefonisch über die Lage in Wien berichtet hat, wobei er auch angeordnete Sicherheitsmaßnahmen, u.a. ein Ausgehverbot nach 20 Uhr, erwähnte. **Göring** nahm dies zurückhaltend zur Kenntnis, rief indessen um 15.59 Uhr zurück und erklärte **Seyß-Inquart, Schuschnigg** habe durch sein Verhalten in Berlin sein Vertrauen eingebüßt. Daher hätten die nationalen Minister ihre Demission einzureichen und den Rücktritt des Bundeskanzlers zu fordern. -- Zu diesem Zeitpunkt war dem Bundeskanzler jedoch die Demission seiner Mitarbeiter als Konsequenz einer Ablehnung der ihm übergebenen Forderungen bereits bekannt.

Neu für ihn war in einer weiteren Unterredung nunmehr die Forderung nach seinem Rücktritt. Auch diese hat **Seyß-Inquart** als Verantwortlicher für die Innenpolitik und Sicherheit ohne Drohung mit einem deutschen militärischen Einmarsch als eigene notwendige Erkenntnis vorgetragen. Offiziell nahm **Schuschnigg** dieses nachfolgende Gespräch zum Anlaß, beim Bundespräsidenten seinen Rücktritt einzureichen, inoffiziell hatte er jedoch diesen Entschluß, mit dem gesamten Kabinett zurückzutreten, schon vorher gefaßt.

"Dieser Prozedur lag der Gedanke zugrunde, daß die Regierung als »geschäftsführend« bis auf weiteres im Amt bleiben und als solche die europäische Szene in Bewegung setzen sollte." 7) S. 168

Zahlreiche Dokumente beweisen diese Bemühungen:

(1)

Der bisherige deutsche Botschafter in London und nunmehrige Reichsaußenminister **Joachim v. Ribbentrop** befand sich seit dem 8. März zum Abschiedsbesuch in der britischen Hauptstadt. Gegen Ende des ihm zu Ehren gegebenen Frühstücks am 11. März in der Downingstreet erhielt Premierminister **Chamberlain** von der britischen Gesandtschaft aus Wien die telegrafische Nachricht, daß

a) Schuschnigg die Volksbefragung abgesagt habe *"unter der Bedingung, daß sichergestellt sei, daß sich die Nazis ruhig verhielten"*,

b) Deutschland ultimativ den Rücktritt **Schuschniggs** und die Bestallung **Seyß-Inquarts** zum Bundeskanzler gefordert habe.

Die Stimmung sei infolge dieser Mitteilungen *"erregt"* gewesen.[10) S. 225 f]

(2)

Der Gesandte **Theodor Hornbostel**, damaliger Abteilungsleiter im österreichischen Außenministerium,

> ***"schickte am 11. März 1939 von 8 Uhr früh bis in die Nacht Hilferufe in die westlichen Hauptstädte hinaus. Wir versuchten die Westmächte aufzuputschen; bis zum Abend wurde die ganze Welt in Bewegung gesetzt."*** [16) S. 182 + 7) S. 169]

Es war ausgerechnet "jene Welt", die Österreich seit 1919 unentwegt erpreßt und ihm das Selbstbestimmungsrecht vorenthalten hat!

Mit dieser Nachkriegsaussage wird die Feststellung **Adolf Hitlers** in seiner Rede am 18. März 1938 bestätigt, in der er erklärt hatte:

*"Darüber hinaus aber sind wir schon jetzt in der Lage festzustellen, daß ein Teil der gegen Deutschland anstürmenden Lügenkampagne durch das Pressebüro Herrn **Schuschniggs** selbst inspiriert worden war."* [12) S. 6]

Von Paris -- unerwartet und somit überraschend für **Schuschnigg** war die französische Regierung einen Tag zuvor aus innenpolitischen Gründen zurückgetreten -- und London teilten die Außenämter ihm mit, man würde militärisch eingreifen, sofern sich Italien beteiligen würde. **Benito Mussolini** lehnte indessen ab, zumal er sich seit dem Abessinienkrieg noch von den Völkerbundsmächten ausgegrenzt sah, sich inzwischen dem nationalsozialistischen Deutschland verbunden fühlte und eine deutsch-österreichische Zusammenarbeit grundsätzlich für notwendig hielt.

Bundespräsident **Miklas** hat im Mai 1938 "interessierten Freunden" einen erst 1968 veröffentlichten persönlichen Bericht zukommen lassen, in dem er auf "Gerüchte" verwiesen hat, daß an jenem 11. März als einzige Macht die Sowjetunion ihre Bereitschaft erklärt habe, *"sofort für Österreich einzuschreiten"*. So waren offenbar "die Hilferufe" auch an Moskau abgegangen.[7) S. 169] **Miklas** habe jedenfalls vor dieser Perspektive *"das Grauen gepackt"* und daher am späten Abend um 22 Uhr der Ernennung **Seyß-Inquarts** zum Bundeskanzler zugestimmt, um auswärtigen Mächten keine Interventionsmöglichkeiten zu bieten. Freilich hat ihn dieses *"Grausen"* sehr spät, fast zu spät, gepackt.

Die Aussage von **Theodor Hornbostel** in dem Hochverrats-Prozeß nach Kriegsende gegen den seinerzeitigen österreichischen Außenminister **Guido Schmidt** ist auch deshalb bedeutungsvoll, weil sie bestätigt, daß es der Demissionsdrohung der Minister, Staatsräte und volkspolitischen Referenten nach 10 Uhr gar nicht bedurfte, um **Schuschnigg** zu diesem kriegswilligen Treiben zu veranlassen. Der Beginn seines unehrlichen, ja wahnwitzigen Unternehmens, "die ganze Welt in Bewegung zu setzen", und die von ihm diktatorisch traktierten 6 Millionen Österreich-Deutschen lieber fremder Herrschaft zu unterwerfen, als ihnen nach demokratischen Grundsätzen die Zugehörigkeit zu ihrer Volksgemeinschaft zu ermöglichen, ist somit viel früher anzusetzen, und zwar nicht nur *"um 8 Uhr früh"* des 11. März. Alles deutet darauf hin, daß hierfür spätestens der 6. März, der den Entschluß zur konspirativen "Volksbefragung" markiert, der Auslöser war, was **Schuschnigg** sogar nachträglich bestätigte.[1) S. 15 + 300]

Obgleich der Rücktritt des Bundeskanzlers bereits am frühen Nachmittag des 11.3. zugestanden war, wurde dieser erst Stunden später, um 19.15 Uhr bekanntgemacht. Bundespräsident **Miklas** hat sich solange hartnäckig geweigert, ihn entgegenzunehmen.

Immerhin muß **Schuschnigg** bereits an diesem frühen Nachmittag erkannt haben, daß von ihm herbeigewünschte Interventionen der "Sicherungsmächte" nicht zu erwarten waren, ermächtigte er doch zu dieser Stunde den General der Infanterie **Schilhawski** zur Weitergabe eines Tagesbefehls an alle Einheiten des österreichischen Bundesheeres, die Truppen von den Grenzgebieten hinter die Enns zurückzuziehen und eventuell einmarschierenden deutschen Wehrmachtsverbänden keinen Widerstand zu leisten.

"Damit waren an jener militärischen Front, an der noch kaum 6 Stunden zuvor so intensive Gefechtsvorbereitungen angeordnet worden waren, die Würfel gefallen.

*Des weiteren machte der Bundeskanzler seine auch an der politischen Front erfolgte Kehrtwendung bekannt. Um 18.15 Uhr wurde Radio Wien ermächtigt, den Aufschub der Abstimmung bekanntzugeben, eine Stunde später wurde der Rücktritt des gesamten Kabinetts durchgegeben -- mit der bedeutungsschweren Ausnahme von **Seyß-Inquart**, der, wie es hieß, »als Innenminister im Amte verbliebe«."* [8) S. 227]

In der Tat hatte **Schuschnigg** an diesem frühen Nachmittag sowohl aus London wie aus Paris Informationen dahingehend erhalten, daß *"militärische Interventionen für die Politik Schuschniggs nicht in Frage kommen"*. Dies berichtete ***Daily Mail*** am folgenden Tag. Der anfragende österreichische Gesandte an der Downingstreet, **Frankenstein**, mußte seine Mission gewiß als beschämend empfunden haben. Bemühungen, **Mussolini** in Rom zu erreichen, waren gescheitert, was nur als eindeutige Absage verstanden werden konnte und zögerlich Interventionsgewillte in Frankreich zum Verstummen brachte.

Um 17.20 Uhr hatte **Seyß-Inquart** telefonisch **Göring** darüber unterrichtet, daß **Miklas** sich nach wie vor weigere, ein neues Kabinett zu erwägen, und anscheinend eine offizielle deutsche Aktion herausfordere. **Göring** reagierte erregt und wies über den Kopf des Führers hinweg **Seyß-Inquart** an:

*"**Göring** Also bitte folgendes: Sie möchten sich sofort mit dem Generalleutnant **Muff** (deutscher Militärattaché in Wien) zum Bundespräsidenten begeben und ihm sagen: Wenn er nicht unverzüglich die Forderungen -- Sie kennen sie -- annimmt, dann erfolgt heute nachts der Einmarsch der bereits an der Grenze aufmarschierten und anrollenden Truppen auf der ganzen Linie, und die Existenz Österreichs ist vorbei!*

*Der Generalleutnant **Muff** möchte sich mit Ihnen hinbege-*

16) "Hochverratsprozeß gegen **Dr. Guido Schmidt**, die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten", Verlag der österreichischen Staatsdruckerei, Wien 1947.

*ben und verlangen, sofort vorgelassen zu werden .., und das auszurichten. Bitte geben Sie uns unverzüglich Nachricht, auf welchem Standpunkt **Miklas** bleibt. Sagen Sie ihm, es gäbe keinen Spaß jetzt. ... Der Einmarsch wird nur dann aufgehalten, und die Truppen bleiben an der Grenze stehen, wenn wir bis 19.30 Uhr die Meldung haben, daß der **Miklas** die Bundeskanzlerschaft Ihnen übertragen hat."* 7) S. 172

Während der Wiener Rundfunk bereits die Verschiebung der Volksbefragung verkündete, erfuhr **Göring**:

"***Muff*** *ist jetzt oben gewesen beim Präsidenten, der hat wieder abgelehnt. ...*

Man läßt es darauf ankommen, auf den Einmarsch und stellt sich vor, daß nach Maßgabe des Einmarsches die Vollzugsgewalt an andere Personen übergehen wird."



Rechtsanwalt, Staatsrat, schließlich Innenminister und Bundeskanzler Österreichs Dr. Arthur Seyß-Inquart.

Ein reichsdeutscher Kommandierender General schien Bundespräsident **Miklas** lieber zu sein als ein österreichischer Bundeskanzler!

Inzwischen waren Berichte aus Österreich in Berlin eingetroffen, die von eigenständigen Amtsübernahmen und Gebäudebesetzungen durch ns-Österreicher kündeten. Diese Ereignisse stellen sich für einen Historiker so dar:

*"Vor allem stellt sich heraus, daß die nationalsozialistische Machtergreifung tatsächlich nirgends auf ernstlichen Widerstand stieß. War bei der Absetzung von Landeshauptleuten oder sonstigen Verwaltungsorganen Exekutive anwesend, so verhielt sie sich entweder passiv oder hatte Hakenkreuz-Armbinden übergestreift. Die Ravag war bereits in **Rainers** Hand, sogar die meisten Räume des Bundeskanzleramtes selbst. SS-Vorausabteilungen erfüllten Ordnungsdienst für die anwesenden Nationalsozialisten. In der Telefonzentrale organisierte **Globocnik** die Machtergreifung in den Bundesländern im Namen **Seyß-Inquarts**.*

*Vor dem kleinen Ministerratssaal standen zwar noch Posten des Gardebataillons, aber es ist fraglich, ob sie auch dann dort gestanden wären, wenn dies **Seyß-Inquart** nicht gewünscht und die Landesleitung nicht geduldet hätte.*

*Die Situation war nun einmal so, daß in der erfolgreich verlaufenden österreichischen Revolution diese beiden die einzigen echten Autoritätsfaktoren waren. Nur sie verhinderten das Eindringen der sich vor dem Bundeskanzleramt sammelnden Demonstranten. Eine Bestellung **Seyß-Inquarts** hätte die Konfliktgefahr wesentlich verringert.."* 15) S. 418 f

Derweil berichteten bereits ausländische Journalisten von Waffenausgaben österreichischer Behörden an Mitglieder illegaler Links-Organisationen, von Propagandamärschen der "Legitimisten" (Monarchisten, **Habsburg**-Anhänger) in Wien, aber auch von den in Bewegung geratenen Hakenkreuzlern in verschiedenen Städten.

Um 19.15 Uhr gab **Schuschnigg** dann selbst im Rundfunk seinen Rücktritt bekannt:

"Der heutige Tag hat uns vor eine schwere und entscheidende Situation gestellt. Ich bin beauftragt, dem österreichischen Volk über die Ereignisse des Tages zu berichten.

Die Deutsche Reichsregierung hat dem Herrn Bundespräsidenten ein befristetes Ultimatum gestellt, einen von ihr vorgeschlagenen Kandidaten zum Bundeskanzler zu ernennen und die Regierung nach den Vorschlägen der Deutschen Reichsregierung zu bestellen, widrigenfalls der Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich für diese Stunde in Aussicht genommen werde.

Ich stelle fest vor der Welt, daß Nachrichten, die davon wissen wollten, daß in Österreich Arbeiterunruhen ausgebrochen und Ströme von Blut geflossen seien, daß die Regierung nicht Herr der Lage wäre, daß sie nicht hätte Ordnung schaffen können, von A bis Z erfunden sind.

Der Herr Bundespräsident beauftragt mich, dem österreichischen Volk mitzuteilen, daß wir der Gewalt weichen.

Wir haben, weil wir um keinen Preis auch in dieser ernsten Stunde deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben, für den Fall, daß der Einmarsch durchgeführt wird, ohne Widerstand sich zurückzuziehen und die Entscheidung in den nächsten Stunden abzuwarten. Der Herr Bundespräsident hat General **Schilbawski** mit der Führung der Wehrmacht betraut. Durch ihn werden die weiteren Weisungen an die Wehrmacht gehen.

So verabschiede ich mich in dieser Stunde von dem österreichischen Volk mit einem deutschen Wort und einem Herzenswunsch: 'Gott schütze Österreich!'" 1) S. 13 + 12) S. 65 - 66

Die Reichsregierung verwahrte sich unverzüglich gegen die von **Schuschnigg** in dieser Rundfunkansprache vorgebrachten Lügen über Ultimaten des Reiches und geleugnete Unruhen im Lande.

Die Reichsregierung hatte gar kein Ultimatum gestellt, sondern seine eigenen Minister, die **Schuschnigg** hintergangen hatte, haben nach stundenlangen vergeblichen Überredungsbemühungen zur Vernunft lediglich ihre De-



Innenminister Dr. Seyß-Inquart spricht am 6. März 1938 auf einer Kundgebung der Nationalsozialisten in Linz. Vorn sitzend (v. lks.) die Parteigenossen Dr. Franz Langoth, Dr. Ernst Kaltenbrunner und Breitentaler.

---

mission angekündigt, falls die kurzfristig angesetzte Volksbefragung nicht abgesagt und durch eine ordnungsgemäße in 4 Wochen ersetzt würde. – Erst nach erfolgtem, aber noch nicht bekanntgebenen, Rücktritt **Schuschniggs** hat Militärattaché **Muff** auf Anweisung **Görings**, nicht einmal **Hitlers**, den Einmarsch der Wehrmacht angekündigt und zwar angesichts der unübersichtlich gewordenen Führungsverhältnisse und verfolgten Ziele in Wien, beunruhigender Nachrichten vom ganzen Land und zu befürchtender Intervention ausländischer Mächte.

"Bereits am 8. März drohten die Ereignisse in der Steiermark -- und zu einem geringeren Ausmaß im Rest von Österreich -- die Kontrollmöglichkeit der Regierung zu überfordern." [4a) S. 197]

Die Forderung **Görings**, *"einen bestimmten Bundeskanzler"* zu berufen, erfolgte erst, als **Schuschnigg** bereits zurückgetreten war. Sie wurde nicht vom Reich, sondern von **Seyß-Inquart** vorgetragen.

Die von **Schuschnigg** in seiner Rundfunkansprache der Reichsregierung oder wem auch immer angelasteten Pressemeldungen entsprachen keiner regierungsamtlichen Anweisung aus Berlin! – Es war nicht *"die Gewalt"* des Reiches, sondern *"die Gewalt"*, die **Schuschnigg** in seiner mehr als 3-jährigen, ohne jegliche Wahllegitimation zustandegekommenen, Amtszeit im Innern seines Landes selbst gezüchtet hat, der er wich, weichen mußte!

Adolf Hitler hatte zu den eigenwilligen Entscheidungen **Schuschniggs** überhaupt nichts beigetragen und sein Ende so gar nicht gewollt! Noch bis in den späten Nachmittag des 11. März hinein hatte er sich auf eine Verschiebung und ordnungsgemäße Durchführung der Volksbefragung eingestellt und diese erhofft!

Schuschnigg gestand im nachhinein selbst: **Erst nach** dieser Radiobotschaft, um 20.45 Uhr

*"erteilte **Hitler** der Wehrmacht den schriftlichen Befehl zum Einmarsch. Erst danach hatte **Göring Seyß-Inquart** telefonisch aufgefordert, ein Einmarschersuchen an Berlin zu richten."* [1) S. 13]

"Es ist richtig, daß die Totallösung der Vereinigung Österreichs mit Deutschland, also die Auslöschung Österreichs zunächst nicht geplant war. Noch am 11. März bestand die Absicht, Österreich eine gewisse Autonomie zu belassen, wobei die beiden Staaten durch eine Personalunion unter Hitler vereinigt worden wären." [1) S. 311]

Die Wehrmacht hatte Anweisung, sich *"nicht auf einen Krieg mit den österreichischen Brüdern"* einzustellen, sondern auf einen friedlichen Einmarsch, *"der von der Bevölkerung begrüßt wird"*, unter Vermeidung jeglicher Provokationen. Als Schwerpunkt der Operationsziele war die Sicherung der österreichischen Grenzen benannt, mußte man in Berlin doch aus dem Verhalten **Schuschniggs** folgern, daß er bereits die Mobilisierung ausländischer Militärkonventionen abgesprochen haben könnte. Immerhin hätten tschechische Truppen im Zusammenwirken mit Frankreich und womöglich der UdSSR binnen 2 Stunden Wien besetzen können. Der Einmarsch der deutschen Truppen war für 12 Uhr mittags des 12. März vorgesehen.

Seyß-Inquart trat nach der Radiobotschaft **Schuschniggs** an die Öffentlichkeit und verkündete um 20.18 Uhr im österreichischen Rundfunk, daß er nach wie vor als Innen- und Sicherheitsminister im Amt und für Ruhe und Ordnung verantwortlich sei. In diesem Zusammenhang verwies er auch auf das *"allfällig einrückende deutsche Heer"*. [17) + 7) S. 177]

Als **Göring** von **Keppler** aus Wien erfuhr, **Schuschnigg** habe auf Nachfrage soeben erklärt, *"sie hätten ihre Funktionen niedergelegt"*, **antwortete er** prompt:

*"Die Hauptsache ist jetzt, daß sich **Seyß** der ganzen Regierung bemächtigt und folgendes Telegramm nach Berlin sendet:*

*»Die provisorische Regierung, die nach der Demission der Regierung **Schuschnigg** ihre Aufgabe darin sieht, Ruhe und Ordnung in Österreich wieder herzustellen, richtet an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergießen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.«"*

Göring ergänzte:

"Er braucht das Telegramm ja garnicht zu schicken; er braucht nur zu sagen »Einverstanden«". [7) S. 178]

Dies tat **Seyß-Inquart** dann auch nach weiterer Verzögerung bis zu seiner Ernennung zum Bundeskanzler durch Bundespräsidenten **Miklas** und Bildung seiner neuen Regierung. Um 21.54 Uhr gab er **Göring** sein *»Einverstanden«* durch.

Wenige Minuten später meldete das Deutsche Nachrichtenbüro den Telegrammtext und die neue Regierungsbildung der Öffentlichkeit. Bundespräsident **Miklas** gab die Ernennung der neuen Regierung vom Balkon des Bundeskanzleramtes am Ballhausplatz erst um 1.30 Uhr des 12.3. bekannt.[17]

---

17) Keesings „Archiv der Gegenwart", Jg. 1938, Wien - Bonn - Zürich, Nachdruck 1962, S. 3468 + 3469.

Der 12. März 1938

In dem Aufruf, den **Adolf Hitler** am 12. März mit dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich mittags durch **Dr. Goebbels** in Anwesenheit der internationalen Presse verkünden ließ, hieß es:

"... Als in Deutschland die Nation dank dem Siege der nationalsozialistischen Idee wieder den Weg zu dem stolzen Selbstbewußtsein eines großen Volkes fand, begann in Österreich eine neue Leidenszeit bitterster Prüfungen. Ein Regime, dem jeder legale Auftrag fehlte, versuchte seine von der überwältigenden Mehrheit des österreichischen Volkes abgelehnte Existenz durch brutalste Mittel des Terrors, der körperlichen und wirtschaftlichen Züchtigung und Vernichtung aufrechtzuerhalten. ...

Der politischen Entrechtung und Knebelung entsprach ein wirtschaftlicher Verfall, der in furchtbarem Gegensatz stand zur Blüte des neuen Lebens in Deutschland. Wer konnte es diesen unglücklichen Volksgenossen verdenken, daß sie ihre Blicke sehnsüchtig nach dem Reiche richteten? Nach jenem Deutschland, mit dem ihre Vorfahren durch so viele Jahrhunderte verbunden waren, mit dem sie einst im schwersten Krieg aller Zeiten Schulter an Schulter fochten, dessen Kultur ihre Kultur war, zu der sie selbst auf so vielen Gebieten höchste eigene Werte beigesteuert hatten? Diese Gesinnung unterdrücken hieß nichts anderes als Hunderttausende von Menschen zum tiefsten Seelenleid verdammen. ...

Über 40.000 Flüchtlinge hat allein Deutschland bei sich aufnehmen müssen, 10.000 andere sind in diesem kleinen Lande durch die Gefängnisse, Kerker und Anhaltelager gewandert. Hunderttausende sind an den Bettelstab gebracht worden, sind verelendet und verarmt. Keine Nation auf der Welt würde auf die Dauer diese Zustände an ihrer Grenze dulden können. ... .

Ich habe nun ein zweites Mal versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Ich bemühte mich, dem Repräsentanten dieses Regimes, der mir selbst als dem vom deutschen Volke gewählten Führer ohne jedes eigene legitime Mandat gegenüberstand -- ich bemühte mich, ihm verständlich zu machen, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar sein würde, da die steigende Empörung des österreichischen Volkes nicht mit steigender Gewalt niedergehalten werden kann. ...

Ich wollte daher in einem Abkommen erreichen, daß allen Deutschen in diesem Lande die gleichen Rechte zugewiesen und die gleichen Pflichten auferlegt würden. ...

Um aber für ihre fortgesetzten Verletzungen der gleichen Rechte der österreichischen Deutschen sich ein Alibi zu verschaffen, wurde nun ein Volksbegehren ersonnen, das bestimmt war, die Mehrheit dieses Landes endgültig zu entrechten! ...

Wenn dies die Methoden sind, um einem Regime den Charakter der Legalität zu verschaffen (fehlende Voraussetzungen für eine Wahl in einem Land, das seit Jahren keine Wahl mehr gehabt hat), dann waren wir Nationalsozialisten im Deutschen Reich 15 Jahre lang nur Narren gewesen! Durch hundert Wahlkämpfe sind wir gegangen und haben uns mühselig die Zustimmung des deutschen Volkes erobert.

Als mich der verewigte Herr Reichspräsident endlich zur Regierung berief, war ich der Führer der weitaus stärksten Partei im Reiche. Ich habe seitdem immer wieder versucht, mir die Legalität meines Daseins und meines Handelns vom deutschen Volk bestätigen zu lassen, und sie wurde bestätigt. ...

Gegen diesen einzig dastehenden Wahlbetrug hat sich endlich das deutsche Volk in Österreich selbst erhoben.

Wenn aber dieses Mal das Regime es nun wieder beabsichtigte, mit brachialen Mitteln die Protestbewegung einfach niederzuschlagen, dann konnte das Ergebnis nur ein neuer Bürgerkrieg sein.

Das Deutsche Reich duldet es aber nicht, daß in diesem Gebiet von jetzt an noch Deutsche verfolgt werden wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Nation oder ihrem Bekenntnis zu bestimmten Auffassungen. Es will Ruhe und Ordnung.

Ich habe mich daher entschlossen, den Millionen Deutschen in Österreich die Hilfe des Reiches zur Verfügung zu stellen. ...

Dem österreichischen Volk wird nunmehr endlich die Möglichkeit geboten, durch eine wirkliche Volksabstimmung seine Zukunft und damit sein Schicksal selbst zu gestalten. ...

Es lebe das nationalsozialistische Deutsche Reich. Es lebe das nationalsozialistische Deutsch-Österreich!" [17]

Damit war noch kein Anschluß proklamiert, sondern lediglich die 1919 in Saint Germain verbotene Staatsbezeichnung "Deutsch-Österreich" wiederbelebt worden.

Für den Einmarsch der deutschen Truppen am 12. März fand **Schuschnigg** im Rückblick folgende Worte:

"Am 12. März 1938 um 8 Uhr trat die Masse der 8. Armee auf der ganzen Linie zwischen Schärding und Bregenz zum Einmarsch in Österreich an. Bregenz und Salzburg wurden am frühen Vormittag, Innsbruck um 12 Uhr von deutschen Einheiten erreicht. Am selben Tag um 9.15 Uhr landeten Einheiten der Luftwaffe in Wien." [1) 307]

Über das, was sich auf deutscher Führungsebene tat, hat Erlebniszeuge **Helmut Sündermann**, der als stellvertretender Reichspressechef in seinen jungen Jahren "an vorderster Front" mit dabei war, am eindrucksvollsten berichtet. Um 8.25 Uhr startete er mit ausgesuchter Mannschaft in 9 Ju-52 von Berlin-Tempelhof in Richtung München. Dort ließ sich **Hitler** von **Seyß-Inquart** telefonisch über die Lage informieren. Wien sei auf einen begeisterten Empfang der deutschen Truppen vorbereitet. Opposition sei nicht zu erwarten. Dessen Vorschlag folgend sollten der

freundschaftlichen Geste wegen in den nächsten Tagen auch österreichische Truppenteile ins Reichsgebiet verlegt werden, was dann auch geschah.

*"Am damaligen Münchener Flughafen wartete bereits die Autokolonne, mit der wir dann nach Mühldorf fuhren. Dort war in einer Schule das Hauptquartier des Truppeneinmarsches eingerichtet. Der Kommandierende General **v. Bock** meldete sich bei **Hitler** und trug die eingegangenen Meldungen vor.*

Bis zu uns drang nur eine Anekdote durch: Der einzige Zwischenfall sei in Bregenz bemerkt worden. In einer dortigen Kaserne hätten Soldaten des österreichischen Bundesheeres »mürrisch aus den Fenstern geblickt«, statt -- wie überall sonst -- ihre deutschen Kameraden freundlich zu begrüßen.



Die österreichische Regierung Seyß-Inquart (11. März 1938). V. lks. n. r.: Dr. Skubl, Dr. Wolf, Dr. Neumayer, Dr. Hueber, Dr. Seyß-Inquart, Prof. Dr. Menghin, Ing. Reinthaler, Dr. h. c. Glaise-Horstenau, Dr. Jury, Dr. Fischböck.

*Es waren vermutlich diese militärischen Berichte vom völlig reibungslos, von der Bevölkerung mit allgemeiner Zustimmung aufgenommenen Truppeneinmarsch, die **Hitler** veranlaßten, noch am gleichen Nachmittag nach Linz weiterzufahren. Und von da ab nahmen dann die politischen Entwicklungen nochmals eine neue Richtung.*

*Zunächst hielt unsere Kolonne kurze Mittagsrast in einem Gasthof am Mühldorfer Stadtplatz. Hier telefonierte **Hitler** wieder, diesmal mit **Göring** in Berlin. Diesen beauftragte er mit seiner Stellvertretung, denn er war der Ansicht, daß er nun im Begriffe stand, das deutsche Reichsgebiet zu verlassen.*

*Auf der Fahrt nach Braunau, wo ich (um 15.50 Uhr) mit meinem Wagen ausscheren sollte, um das Deutsche Nachrichtenbüro anzurufen, erörterte **Dr. Dietrich** mit mir die Frage, was nun eigentlich stattfinde: ein Staatsbesuch?*

*In der hastig notierten Meldung umging der Reichspressechef dieses Problem. Jedes Formelwort hätte schal geklungen gegenüber dem, was uns dann an der Innbrücke, später (um 20 Uhr) in Linz und in Wien bevorstand. In Begleitung **Hitlers** hatte ich im Laufe der Jahre zahlreiche stürmische Szenen erlebt, aber all das bot keinen Vergleich. In elementarer Urkraft schien sich hier zu melden, was man »Volksstimme -- Gottesstimme« nennt. Dieser Aufschrei war mehr und anderes als eine tagespolitische Kundgebung, sie galt nicht nur einem Mann, gewiß auch nicht einer politischen Partei -- hier brachen sich jahrzehnte-, wenn nicht jahrhundertelang angestaute Gefühle freie Bahn.*

Im Hotel »Weinzinger« an der Donaubrücke in Linz fiel dann am Sonntagmorgen (13.3.) die Entscheidung, die wir heute unter der Formel »Anschluß Österreichs« begreifen.

***Dr. Dietrich** hat mir später mehrmals davon gesprochen, eigentlich sei er es gewesen, der **Hitler** veranlaßt habe, sofort zu tun, was er bis dahin noch hinauszuschieben beabsichtigte. An **Dietrichs** Deutung ist gewiß eines richtig: Wir hatten uns stundenlang eine Telefonleitung nach Berlin gesichert und bekamen von dort pausenlos die Auslandskommentare zu den Geschehnissen durchgesagt. Darin war so drastisch von einer bereits vollendeten Einbeziehung Österreichs in den deutschen Bereich die Rede, daß **Hitler** unschwer auf den Gedanken kommen konnte, formell zu bestätigen was in der Welt bereits als Tatsache hingenommen war."* 7) S. 180 - 181

Bleibt nachzutragen, daß der neuernannte österreichische Bundeskanzler, **Seyß-Inquart**, abends in Linz auf einer gewaltigen Massenkundgebung **Adolf Hitler** mit begeisterten Worten als "*Mein Führer*" begrüßte und erklärte, daß nunmehr endlich die deutschen Stämme zueinandergefunden hätten und die gewaltige Wehr des Reiches unter dem Jubel des gesamten Österreichs einrücke. In der Tat wurde von allen Marschstraßen der reichsdeutschen Wehrmacht unbeschreiblicher Jubel gemeldet. Alle Städte in Österreich waren mit Hakenkreuzfahnen geschmückt.

Die Nachrichten aus Rom, denenzufolge der Faschistische Großrat in der Nacht zuvor die Österreich-Frage beraten und beschlossen hatte, ein Ansinnen Frankreichs auf Beteiligung "an einer Aktion" abzulehnen mit der Begründung, "*die Vorgänge in Österreich seien das Ergebnis bereits vorher vorhanden gewesener Sachlagen und klarer Ausdruck der Gefühle und des Willens des österreichischen Volkes*" bewogen **Hitler** zu dem Telegramm:

*"**Mussolini**, ich werde Ihnen dies nie vergessen! **Adolf Hitler.**"*

Schuschnigg gesteht weiter:

"Es ist richtig, daß die Totallösung der Vereinigung Österreichs mit Deutschland, also die Auslöschung Österreichs, zunächst nicht geplant war. Noch am 11. März bestand die Absicht, Österreich eine gewisse Autonomie zu belassen." 1) S. 311

*"Daß sich **Hitler** auf Anraten **Görings** und auch aus eigenem plötzlichen Entschluß zur kompletten Eingliederung Österreichs entschloß, hatte seine Ursache in dem in diesem Ausmaß selbst für **Hitler** unerwarteten stürmischen Empfang in Linz und vielleicht auch im Eindruck, daß die Totallösung dem Wunsch der Österreicher entsprach."* 1) S. 312

Der Anschluß Österreichs an Deutschland am 13. März 1938

Außenminister **Anthony Eden**, der im Frühjahr 1937 Sir **Neville Henderson** als britischen Botschafter in Berlin vorgeschlagen hatte, schrieb später über ihn:

"Es war ein internationales Unglück, daß wir in dieser Zeit in Berlin durch einen Mann vertreten waren, der, weit entfernt die Nazis zu warnen, dauernd sie entschuldigte und oft gemeinsame Sache mit ihnen machte. ... Er steigerte sich in die Meinung, daß er dazu bestimmt sei, Frieden mit den Nazis zu machen. In der aufrichtigen Überzeugung, daß dies möglich wäre, betrachtete er schließlich mich und andere vom Foreign Office, die meiner Meinung waren, als Hindernis auf seinem Weg. Mehr als einmal mußte ich ihn in den nächsten 9 Monaten davor warnen, nach seiner wiederholten Art meine Instruktionen in einer den Nazis zu sehr entgegenkommenden Weise auszulegen. ***Lord Halifax*** *hatte später die gleichen Erfahrungen zu machen und zwar noch in einem stärkeren Ausmaß, als ich mich damit je hätte abfinden können.* ***Hendersons*** *Vertrauen in die guten Absichten der Nazis und seine Unterstützung ihrer Ansprüche in Österreich und in der Tschechoslowakei beschleunigten die Ereignisse, die zu verzögern seine Pflicht gewesen wäre."* [1] S. 260

Nun, **Neville Henderson** hatte bis zum Kriegsausbruch 1939 seiner eigenen Regierung wiederholt, deutlich und präzise Kriegspolitik vorgeworfen, was in den British Foreign Policy Documents unmißverständlich dokumentiert ist.[18] **Anthony Eden** war der Prototyp dieser Kriegstreiber der Londoner City schon im Jahre 1938 und trat anläßlich der Österreichkrise zurück, weil die Regierung **Neville Chamberlain** für Versöhnung mit Deutschland eintrat. Allerdings wartete er nur auf eine neue Gelegenheit, um mit **Winston Churchill** wieder in neuer Führungsriege seine kriegerische Doktrin fortzusetzen.

***

Schuschnigg schilderte unter Bezugnahme auf deutsche Dokumente den weiteren Ablauf so:

"Abteilungen der Armee besetzten Wien am 13. März, und am 14. März wurde über Anordnung ***Hitlers*** *das österreichische Bundesheer der Deutschen Wehrmacht eingegliedert und auf* ***Hitler*** *vereidigt. Bis zum späten Nachmittag des 14. März war die Vereidigung vollzogen. General v.* ***Bock*** *sagt in seinem Bericht, daß von den in Österreich befindlichen rund 50.000 Angehörigen des Bundesheeres »126 Soldaten, davon 123 wehrdienstpflichtige Semiten« den Eid nicht leisteten."*

General v. **Bock** führte in seinem Tagesbefehl zur Vereidigung des Bundesheeres aus:

"Der Führer und oberste Befehlshaber hat mich mit der Befehlsführung über die gesamte Deutsche Wehrmacht innerhalb der österreichischen Landesgrenzen beauftragt.

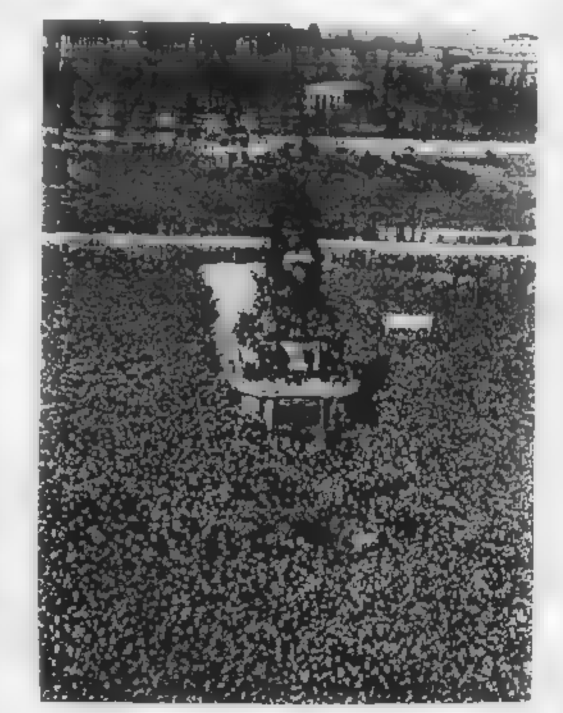
Die Waffenbrüderschaft in schweren Kriegsjahren hat damit endlich ihre Erfüllung gefunden. Die Vereinigung des österreichischen Bundesheeres mit dem deutschen ist vollzogen.

Als Ehre und Auszeichnung betrachte ich es, die Führung einer Truppe zu übernehmen, die aufgebaut ist auf den ruhmreichen Überlieferungen der alten österreichischen Armee. Dieses stolze Erbe der Vergangenheit wollen wir mit freudigem Herzen in eine neue deutsche Zukunft tragen, in eiserner Manneszucht, in treuester Erfüllung unserer Soldatenpflicht, in opferfreudiger Hingabe an unseren Führer, für das ganze deutsche Vaterland." [19]...

Nach Sicherung der Grenzen Österreichs veranstaltete das Oberkommando der Wehrmacht feierliche Begrüßungstreffen der Wehrmacht mit den Grenzverbänden der neuen Nachbarn Italien, Ungarn und Jugoslawien. Die neuen Beziehungen wurden in ungetrübter Freundschaft aufge-



Begeisterungsrausch in Salzburg beim Eintreffen der deutschen Truppen am 13. März 1938



Adolf Hitler spricht auf dem Heldenplatz in Wien am 15. März 1938 vor begeisterter Bevölkerung.

18) Vergl. Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 276 ff.

19) Bericht des Armeekommandanten General v. Bock vom 18. Juli 1938 über den Einsatz der 8. Armee im März 1938 zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, -- im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Wien, S. 15.

nommen und ausgeweitet. **Kurt Schuschnigg** bedauerte zwar, daß von Österreich keine Rede mehr war,[1) S. 310] doch mußte die Freundschaft Großdeutschlands mit seinen Nachbarn doch wohl sehr viel wichtiger sein. Die Grenzsicherung gegenüber der Tschechoslowakei blieb indessen infolge ihrer Repressionspolitik gegenüber den Sudetendeutschen und ihres anti-deutschen Paktsystems mit Frankreich und der Sowjetunion frostig.

Derweil war Staatssekretär **Stuckart** vom Reichsinnenministerium mit seinen vorbereiteten Gesetzentwürfen für die "Personalunion" in Linz eingetroffen. Nun mußte er sie schnellstens ändern zugunsten eines "Anschlusses mit dem Deutschen Reich". Für die rechtlich einwandfreie Fundierung eines solchen Gesetzes bemühte sich **Seyß-Inquart** in Wien, den Bundespräsidenten **Miklas** zum Rücktritt zu bewegen, doch nicht etwa auf Bolschewistenart:

*"Erst als ihm nicht nur eine großzügig bemessene Versorgung, ein Dienstkraftwagen sowie ein Wohnsitz zugebilligt waren, sei er bereit gewesen, seine Funktion als Staatsoberhaupt entsprechend einer in der österreichischen Verfassung vorgesehenen Möglichkeit an den Bundeskanzler **Seyß-Inquart** zu übertragen. Damit war dieser in die Lage versetzt, nun seinerseits mit Zustimmung seiner Regierung das österreichische Parallelgesetz in Kraft zu setzen ... Auch dieses Gesetz, das am 13. März abends um 20 Uhr am Ballhausplatz der in- und ausländischen Presse bekanntgegeben wurde, stützte sich auf die österreichische **Dollfuß**-Verfassung des Mai 1934."* [7) S. 183]

Laut Art. 77 der Verfassung gingen die Obliegenheiten des zurückgetretenen Bundespräsidenten **Miklas** auf den Bundeskanzler **Seyß-Inquart** über.

Das österreichische Bundesverfassungsgesetz vom 13. März 1938

Art. 1:

Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.

Art. 2:

Sonntag den 10. April 1939 findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über zwanzig Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich statt.

Art. 3:

Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Art. 4:

Die zur Durchführung und Ergänzung des Art. 2 erforderlichen Vorschriften werden durch Verordnung getroffen.

Art. 5:

Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft. Mit Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Seyß-Inquart Glaise-Horstenau Wolf Hueber Menghin Jury Neumayer Reinthaler Fischböck

Das Reichsgesetz über den Anschluß Österreichs vom 13. März 1938

Art. 1:

Das von der österreichischen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 wird hiermit Reichsgesetz.

Art. 2:

Das derzeit in Österreich geltende Recht bleibt bis auf weiteres in Kraft. Die Einführung des Reichsrechts in Österreich erfolgt durch den Führer und Reichskanzler oder die von ihm dazu ermächtigten Reichsminister.

Art. 3:

Der Reichsminister des Innern wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

Art. 4:

Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Linz, den 14. März 1938

Hitler Göring Frick Ribbentrop Hess

Resonanz des Auslandes

Aus den USA berichtete der deutsche Botschafter **Dieckhoff**, daß sowohl die Ernennung **Seyß-Inquarts** zum österreichischen Bundeskanzler, als auch die Entsendung deutscher Truppen, als auch die Proklamation des Führers am 12. März von Außenminister **Hull** sowie der US-Presse verständnisvoll, sogar mit Sympathie aufgenommen wurden, -- bis am 14. März eine offensichtlich vom Präsidenten **F.D. Roosevelt** durchgegebene, "*einen ganz scharfen Umschwung*" bewirkende Sprachregelung ziemlich einheitlich zur feindseligen Stimmung eintrat. Plötzlich galt das deutsche Vorgehen als "*Vertragsbruch, Militarismus, Vergewaltigung des wehrlosen kleinen Österreich*". Die US-Presse sei auch von den aus London und Paris kommenden Meldungen stark beeinflußt worden, in denen

"alle Register gegen Deutschland gezogen wurden. Dazu kamen die Hetzer der zahlreichen anti-deutschen Kräfte hier im Lande, die bei der atemberaubenden Entwicklung der ersten Tage nicht mitgekommen waren, jetzt aber die Sprache wiedergefunden hatten und nun in der schrillsten Tonart ihrem Ärger Luft machten." [10) S. 502 f]

Die Volksabstimmung am 10. April 1938

Am 13. März 1938 wurde gleichzeitig mit dem Vollzug des Anschlusses für den 10. April über diese staatsrechtliche Umgestaltung eine Volksbefragung beschlossen. Dieser gingen Aufrufe prominenter Österreicher voraus, von denen der wichtigste sicherlich jener des früheren ersten Staatskanzlers und Delegationsleiters für die Friedenskonferenz in St. Germain 1919 und später des ersten Bundespräsidenten der 2. Republik unter alliierter Besatzungshoheit, **Dr. Karl Renner**, war. Diesen übergab er am 3. April 1938 dem ***Neuen Wiener Tagblatt*** zur Veröffentlichung mit der Absicht, das Abstimmungsverhalten vieler ehemaliger Sozialdemokraten zu beeinflussen:

> "Ich habe als erster Kanzler Deutschösterreichs am 12. November 1918 in der Nationalversammlung den Antrag gestellt und zur nahezu einstimmigen Annahme gebracht: »Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik«.
>
> Ich habe als Präsident der Friedensdelegation zu St. Germain durch viele Monate um den Anschluß gerungen --- die Not im Lande und die feindliche Besetzung der Grenzen haben die Nationalversammlung und so auch mich genötigt, der Demütigung des Friedensvertrages und dem bedingten Anschlußverbot uns zu unterwerfen.
>
> Trotzdem habe ich seit 1919 in zahllosen Schriften und ungezählten Versammlungen im Lande und im Reiche den Kampf um den Anschluß weitergeführt. Obschon nicht mit jenen Methoden, zu denen ich mich bekenne errungen, ist der Anschluß nunmehr doch vollzogen, ist geschichtliche Tatsache, und diese betrachte ich als wahrhafte Genugtuung für die Demütigung von 1918 und 1919 für St. Germain und Versailles.
>
> Ich müßte meine ganze Vergangenheit als theoretischer Vorkämpfer des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen wie als deutschösterreichischer Staatsmann verleugnen, wenn ich die große geschichtliche Tat des Wiederzusammenschlusses der deutschen Nation nicht freudigen Herzens begrüßte.
>
> Nun ist diese 20-jährige Irrfahrt des österreichischen Volkes beendet, es kehrt geschlossen zum Ausgangspunkt, zu seiner feierlichen Willenserklärung vom 12. November zurück. Das traurige Zwischenspiel des halben Jahrhunderts 1866 bis 1918 geht hiermit in unserer 1.000-jährigen gemeinsamen Geschichte unter. ...
>
> Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreichs und als gewesener Präsident ihrer Friedensdelegation zu St. Germain werde ich mit »Ja« stimmen." [20]

In der britischen ***World Review*** hat **Dr. Karl Renner** im Mai 1938 bestätigt, daß er jene Erklärung völlig freiwillig abgegeben habe und den Kreisen der sozialistischen und Arbeiterparteien bewußt die Richtung angegeben habe.

Dr. Michael Hainisch, erster Bundespräsident der ersten Republik, gab am 7. April 1938 dem ***Neuen Wiener Tagblatt*** folgende Wahlerklärung:

> "Ich bin sehr glücklich darüber, daß ich das, was ich seit 67 Jahren ersehnt und wofür ich, insbesondere auch als Bundespräsident, arbeitete, die Einigung des Deutschen Reiches, knapp vor meinem 80. Geburtstag erlebe! Im großen Deutschen Reich wird auch unsere östereichische Heimat einer schönen Zukunft entgegenleben!" [20]

Am selben Tag, dem 7. April brachte das ***Neue Wiener tagblatt*** auch die Empfehlung von Schauspieler **Paul Hörbiger**, der nach dem Zweiten Weltkrieg als "Anti_Nazi" begriffen werden wollte:

> **"Seit 12 Jahren als Österreicher in Berlin lebend, ist für mich mit »Ja« zu stimmen, eine klare und deutliche Angelegenheit, da ich ja nicht nur Zeuge des Verfalls in Deutschland war, sondern auch den fast unglaublichen Wiederaufstieg miterleben durfte."** [20]



Reichsstatthalter Dr. Seyß-Inquart spricht am 6.4.1938 in Berlin zur Volksabstimmung und zur Wahl zum Großdeutschen Reichstag.

Schuschnigg schrieb im Rückblick:

"Die Volksabstimmung vom 10. April 1938 bestätigte den geschaffenen Zustand. Frankreich und Großbritannien hatten bereits vor dem Tag mit Ja gestimmt -- die USA schon am 6. April --, indem sie bei der deutschen Reichsregierung um das Exequatur für ihre neu einzurichtenden Konsulate im früheren Österreich ansuchten. Dies bedeutete nach völkerrechtlicher Praxis eine De-facto-Anerkennung des Anschlusses.

Das Ergebnis war zu erwarten gewesen: *es übertraf mit 4.273.884 Jastimmen von 4.300.177 Stimmberechtigten, also mit über 99% Ja frühere plebiszitäre Erfolge der Führung des Dritten Reiches.*

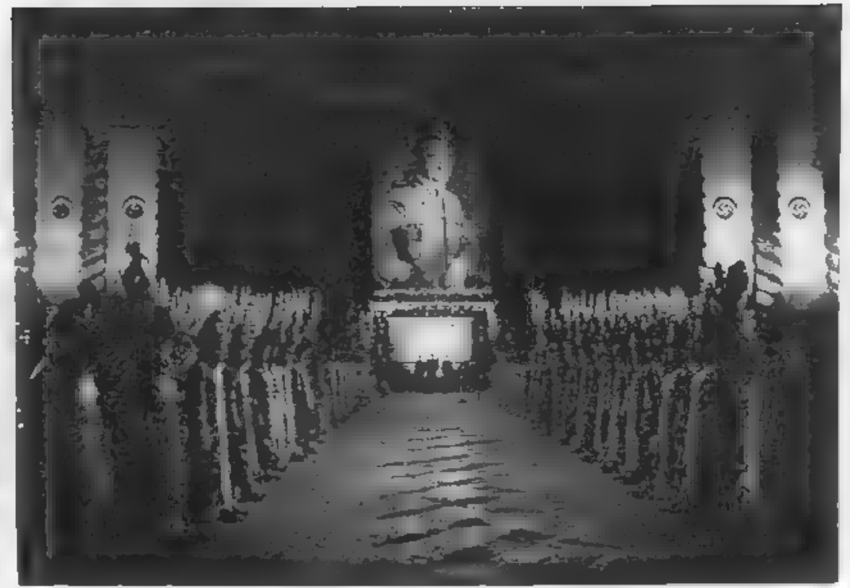
Am 12. November 1933 hatten 95% der abgegebenen Stimmen den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund nach-

20) Aula-Verlag, "1938 -- Lüge und Wahrheit", Graz, Sonderblatt Nr. 34/ 1988, S. 36 - 37.

träglich gebilligt.

Am 19. August 1934 bestätigten 90% der Stimmberechtigten Hitlers Übernahme der Funktionen des Staatsoberhauptes nach Hindenburgs Tod.

Am 29. März 1936, nach der Rheinlandbesetzung und der Kündigung der Locarnoverträge, stimmten 98,8% der Wähler für Hitlers Außenpolitik." [1) S. 312]



Feierliche Veranstaltung am Vorabend der Volksabstimmung und Reichstagswahl in Berlin zum "Tag des Großdeutschen Reiches".

Kurt Schuschnigg gestand weiter ein:

"Es besteht kein Anlaß, an der relativen Echtheit des Abstimmungsergebnisses zu zweifeln.." [1) S. 313]

Es hätte ihm gut zu Gesicht gestanden, hätte er auch die Wahlbeteiligung an dieser Wahl vom 10.4.1938 in Österreich mit 99,7% und jener im Reichsgebiet mit 99,55% [17) S. 3508] erwähnt sowie die anderen von ihm benannten Wahlergebnisse als unbezweifelbar richtig anerkannt, wie dies am 13.1.1935 auch die internationale Überwachungskommission in bezug auf die 91% der für den Anschluß an Deutschland stimmenden Saar-Bevölkerung getan hatte.

Die gleichzeitig mit der Volksbefragung in Österreich zum Votum über den Anschluß erfolgte Volksbefragung im übrigen Reichsgebiet ergab 99,08% für den Anschluß!

Sämtliche Wahlen und Volksabstimmungen während des Nationalsozialismus standen unter intensiver Beobachtung durch ausländische Journalisten, die freien Zugang zu allen von ihnen gewünschten Plätzen hatten -- im Gegensatz zum Sowwjetstaat! Keiner von ihnen hat den deutschen Behörden unlautere Methoden hinsichtlich der Wahlorganisationen und Auszählung der Stimmen vorgeworfen (ausländische Hetzer ausgenommen). Auch hat niemand von ihnen berichtet, daß jene, die mit "Nein" gestimmt haben, jemals Verfolgungen durch die Gestapo ausgesetzt gewesen seien.

Über die Reaktion der US-Öffentlichkeit berichtete der deutsche Botschafter **Dieckhoff** am 18. April 1938:

*"... Die Pressehetze, die am 14. März einsetzte, ist dem Auswärtigen Amt bekannt. Abgesehen von der Deutschen Wehrmacht, deren Auftreten ausnahmslos Anerkennung fand, wurde so ziemlich alles, was von Deutschland nach Österreich gegangen war, oder was von deutscher Seite aus in Österreich geschah, verdächtigt, entstellt und verdreht: die Methode des Anschlusses, die Maßnahmen, die zwischen dem 13. März und der Abstimmung ergriffen wurden, die Abstimmung selbst und ihr Ergebnis wurden durchweg ungünstig dargestellt und zum Teil mit geradezu krankhaften Aussprüchen des Hasses begleitet. Die Zeitungen waren voll -- und sind es auch heute noch -- von allgemeinen und detaillierten Meldungen über Beraubungen und Mißhandlungen von Juden, brutales Vorgehen gegen den alten Gelehrten **Freud**, über die angebliche Geiselstellung des Sohnes **Schuschnigg**, über die fristlose Entlassung von Nichtariern aus ihren Stellungen als Musiker, Ärzte etc., über die schroffe Behandlung von katholischen Priestern und Ordensgeistlichen und vielerlei mehr. Diese Hetze dauerte über 3 Wochen und erreichte ihren Höhepunkt kurz vor der Abstimmung. Dann hat sich eine gewisse Ernüchterung und Beruhigung eingestellt, wobei wiederum zu beobachten war, daß die hiesige Presse den Direktiven von London folgte. Zur Ernüchterung hat hier auch wohl beigetragen, daß trotz aller gegenteiligen Behauptungen der katholische Klerus in Österreich, an der Spitze der Kardinal **Innitzer**, sich offen auf die deutsche Seite stellte und daß die während der Wahlkampagne gehaltenen Reden, besonders die überaus eindrucksvollen Reden des Führers und Reichskanzlers hier eine sehr starke Wirkung hatten."* [10) S. 506]

Die Gauleiter des Landes Österreich



Gau Wien: Josef Bürckel
Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich



Gau Salzburg: Friedrich Rainer



Gau Kärnten: Hubert Klausner

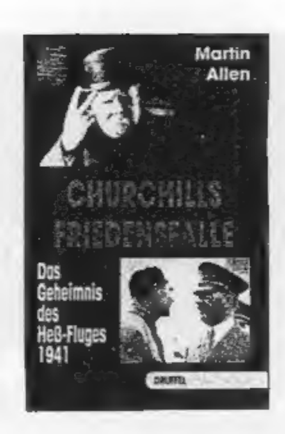


Gau Steiermark: Dr. Siegfried Überreither



Alexander Solschenizyn
(Nobelpreisträger)
200 Jahre zusammen — Die russ.-jüd. Geschichte 1795 - 1916
560 S. Ln., € 35,90
sowie
Die Juden in der Sowjetunion
608 S., Ln., 41,10 €

Anläßlich der polnischen Teilungen im 18. Jh. gelangten große Teile der ostjüdischen Bevölkerung unter russische Herrschaft. Die Folge waren Diskriminierung und Pogrome, schließlich in der kommunistischen Revolution 1917 der vielfach von Juden geführte und ausufernde "Rote Terror". Doch die Stalin-Ära hat auch die Juden vielfach nicht ungeschoren gelassen. -- Zwei sehr informative Bücher.



Martin Allen
Churchills Friedenfalle --
Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941
448 S., geb., 70 Fotos, 34,80 Euro

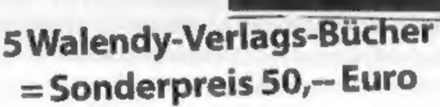
Ein britischer Historiker lüftet anhand von sensationellen Dokumenten das Geheimnis des Heß-Fluges, entlarvt die Schlüsselrolle, die der britische Geheimdienst spielte, und die persönliche Verantwortung Churchills bei der Verhinderung des Friedensschlusses zwischen Deutschland und Großbritannien.

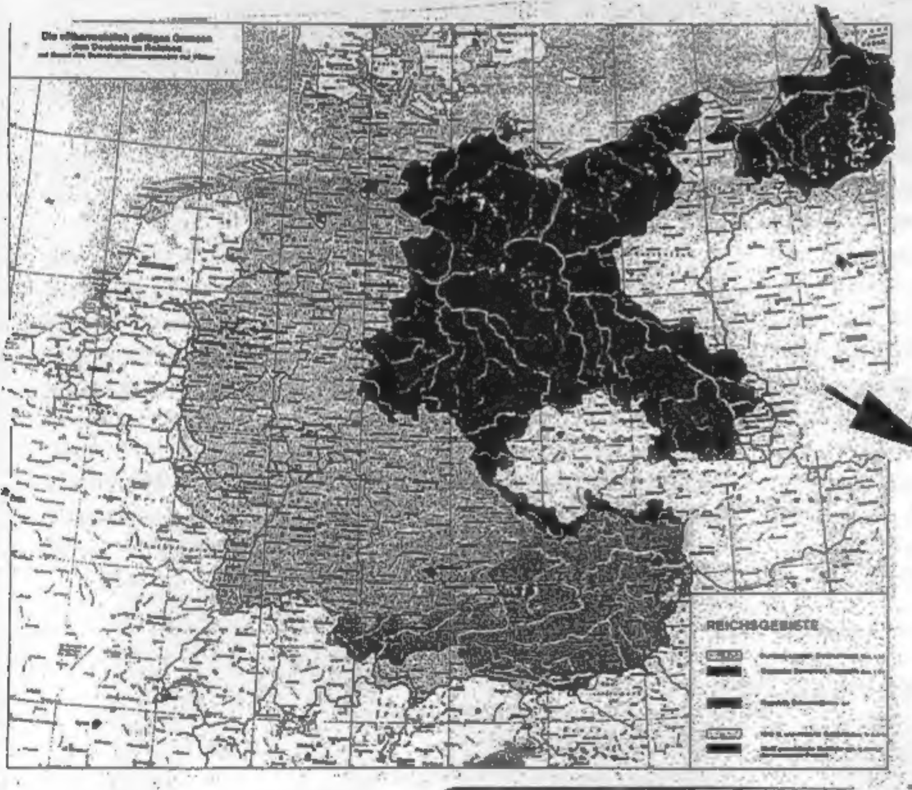












Landkarte mit den völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches nebst erläuterndem Text über die historische Entwicklung, im Maßstab 1: 2 Millionen, in Größe 70 x 63 cm, zusätzlich Textteil.

Papier gefaltet oder gerollt = 4,25 €; auf Leinenpapier gerollt = 10 €.

Als farbige Postkarte lieferbar: 25 Stück = 5,-- €; 50 Stück = 9,-- €; 100 Stück = 15,50 € portofrei.

Udo Walendy Ton-Kassetten

= je 8,-- €; "Die Methoden der Umerziehung", "Die völkerrechtliche Lage der deutschen Ostgebiete", "Die Lage des internationalen Revisionismus", "Die politische Heuchelei von heute", "Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges"

Kinderbücher von Paula Walendy

Das Siebenstiegen-Rätselhaus
285 Seiten, reich ill., Ln. 20,-- €. -- Ein Rätsel-Sachbuch und Bilderbuch zugleich mit über 2.000 Rätseln aus anderthalb Jahrhunderten

Kampf dem Räuberhauptmann
192 Seiten, ill. Reg. Ln. 12,50 €
Eine Erzählung für die Jugend aus der Zeit des Schinderhannes am Rhein. -- Kulturgeschichtlich bedeutsam

Kleinkleckersdorf 42 Seiten ill., fest geb. 4,50 €
Ein Bilderbuch für Kinder im Alter von 2 - 8 Jahren.
Bei Gesamtabnahme = 30 Euro



VERLAG FÜR VOLKSTUM UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG
POSTFACH 1643 D 32590 VLOTHO/ WESER



Gau Niederdonau: Dr. Hugo Jury



Gau Tirol: + Vorarlberg: Hofer



Gau Oberdonau: August Eigruber



Dr. Wilhelm Keppler
Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Reichsbeauftragter für Österreich





Umrahmt von einem militärischen Zeremoniell verkündete Generalfeldmarschall Hermann Göring am 26. März 1938 in Wien ein großangelegtes Aufbauprogramm für die österreichische Wirtschaft. Volksspeisungen für die notleidende Bevölkerung und andere soziale Hilfsleistungen waren bereits angeordnet worden. Nicht zu verkennen ist zwar auch, daß die ehemaligen Systemvertreter, soweit sie nicht geflüchtet waren,wie z.B. Zernatto, ihrer Ausschaltung und (meist kurzfristigen) Verhaftung entgegensahen, doch ist diese nationalsozialistische "Revolution" in Österreich 1938 ebenso unblutig verlaufen, wie einst jene im Reich 1933!

Sonderbehandlung Schuschniggs

Kurt Schuschnigg beschrieb zwar seine Einzelhaft am 12. März 1938 im Wiener Hotel Metropol angesichts Wachen in seinem Zimmer bei Aussicht auf einen Hochverratsprozeß als sehr unangenehm. Doch über seine anschließenden Lebensverhältnisse in den Konzentrationslagern Dachau, Sachsenhausen und Flossenbürg, wohin seine inzwischen geheiratete Frau ihn freiwillig begleiten konnte, schwieg er.

In Wirklichkeit lebte er den gesamten Krieg über unter den Bedingungen einer ihm zugestandenen "Sonderbehandlung", nicht im eigentlichen KZ, sondern in einem dort verwaltungsmäßig angegliederten gesonderten Privathaus mit Frau und seinem Sohn, der von dort aus in eine benachbarte Schule ging. Gutachter Prof. Gerhard Jagschitz schrieb darüber nach einem Interview mit ihm:

"***Schuschnigg war** ein sog. »Führer-Häftling«. Für die gab es eine Art »Ehrenhaft«. Ihr Areal war vom eigentlichen Lager abgetrennt. Jeder Häftling hatte zumindest eine eigene Wohnung. Sie durften auf Wunsch selbst die Familie bei sich haben. ...*

***Schuschnigg** empfand seinen Aufenthalt in den deutschen Konzentrationslagern als »relative Freiheit«. Frau und Sohn durften bei ihm leben, Tochter Maria Dolores wurde dort 1942 geboren. Kurt jr. durfte das Lager zum Schulbesuch verlassen, Ehefrau Vera zum Einkaufen. Eine Ostarbeiterin war Haushaltshilfe. S**chuschnigg** durfte sogar an seinen politischen Memoiren arbeiten.*" [21]

Mit diesem -- 411 Seiten umfassenden, aber nicht vollständig veröffentlichten -- Interview aus dem Jahr 1977 überführte sich **Prof. Dr. Jagschitz** selbst der Lüge, hatte er doch im **Gerd-Honsik**-Verfahren in Wien (Hv 5720/90) als Gutachter des Instituts für Zeitgeschichte 1992 ausgeführt:

"Für den Fall, daß das Wort »Sonderbehandlung« gebraucht wird, ist es immer ohne Ausnahme die Umschreibung des Wortes »Tötung«!"

Kurt Schuschnigg, der vom 7.2.1945 - 8.4.1945 im KZ_Flossenbürg in einer Bunkerzelle -- wie er ohne nähere Angaben selbst schreibt[1) S. 377] -- verbracht hat, wurde noch nach Dachau und Reichenau bei Innsbruck überstellt, überlebte den Krieg und wurde Ende April 1945 in Norditalien mit anderen prominenten Gefangenen freigesetzt. Sein Leben setzte er in Italien und dann in den USA fort.

21) Wiener Zeitschrift ***Format*** 2001, Nr. 21, S. 53.
Kaltenbrunner hat als Angeklagter im Nürnberger IMT-Verfahren zum Vorhalt der "Sonderbehandlung" am 12. April 1946 erklärt:
"In diesen beiden Hotels sind besonders qualifizierte, besonders angesehene Persönlichkeiten untergebracht gewesen, und zwar bei der dreifachen Diplomatenverpflegung, das ist die neunfache Nahrungszuteilung des normalen Deutschen während des Krieges, bei täglicher Verabreichung einer Flasche Sekt, bei freiem Paketverkehr mit der Familie. ... Das ist das, was wir unter »Sonderbehandlung« verstehen." -- IMT, Bd. XI, S. 372.

Schuschniggs "Rechtsmaßstäbe"

"Damals (1934) habe ich mein besonderes Augenmerk der Rechtsangleichung mit Deutschland gewidmet, zumal ich seit je die Auffassung vertrat, daß die gemeinsamen Grundlagen der Kultur und die gleiche Volksangehörigkeit dort, wo dies möglich ist, auch im gemeinsamen geschriebenen Recht ihren Ausdruck finden sollen." 22) S. 178

"Im Kampf gegen **Hitler**" heißt das dritte Buch von **Kurt Schuschnigg.**

Sein erstes "Dreimal Österreich" veröffentlichte er noch als amtierender Bundeskanzler.

Nach 1945 folgte "Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot", das er in seiner deutschen Haftzeit verfaßt hat. Es ist freilich laut Vorwort "*nicht alles so geblieben, wie es ursprünglich geschrieben war*". Etliches wurde weggelassen oder geändert, wie sich aus dem Belegstück der Wiener Nationalbibliothek ergibt. Mag es auch müßig sein, in Haft Geschriebenes mit den Maßstäben der Wissenschaft zu messen, so sei hier nur eine seiner eliminierten Passagen zitiert:

"Während ich diese Zeilen niederschreibe, jubeln die Freiheitsglocken über das deutsche Sudetenland. Eine geschichtliche Leistung allerersten Ranges, die überhaupt kaum ihresgleichen in der Vergangenheit aufzuweisen hat. Man möchte sich zum Nationalsozialismus stellen wie immer, die Erfolge sind seine lautesten Künder; sie wurden zu unleugbaren Apologeten für ihn und seinen Begründer. Der Führer hat Anrecht auf den historischen Ehrentitel vieler deutscher Kaiser, die sich Mehrer des Reiches nannten." 7) S. 11

Die Außenminister Großbritanniens, der USA und der Sowjetunion (**Eden, Hull und Molotow**) haben in ihrer Moskauer Erklärung vom 30. Oktober 1943 die De-Facto-Anerkennung des österreichischen 'Anschlusses' annuliert und die "Befreiung Österreichs von der faschistischen Herrschaft" als eines ihrer Ziele proklamiert.

Für **Kurt Schuschnigg** war hiermit die "Rechtswidrigkeit der Ereignisse vom 13. März 1938" unzweideutig bezeugt und "*unanfechtbar festgestellt.*" 1) S. 314

Als **Kurt Schuschnigg** lange nach Kriegsende diese "Rechtsbilanz" gezogen hatte, mußte er gewußt haben, daß

1.)

US-Präsident **Woodrow Wilson** 1918 den Waffenstillstand mit den Mittelmächten unter Zusicherung des Selbstbestimmungsrechts der Völker erreicht hatte,

2.)

das Verbot des Staatsnamens "Deutsch-Österreich" sowie des Anschlusses an Deutschland durch die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, wie es beides bereits am 12. November 1918 von der Provisorischen Österreichischen Nationalversammlung einstimmig gefordert und als Gesetz verkündet worden war, eindeutigen Völkerrechtsbruch bedeutet, und der im März 1938 vollzogene Anschluß die Wiederherstellung des Völkerrechts für Österreich wie für Deutschland realisiert hatte,

3.)

Präsident **F.D. Roosevelt** bereits "*Deutschland zermalmen wollte*", noch bevor **Hitler** legal Reichskanzler wurde.[23] Österreich wäre zweifellos in diesen völkerrechtswidrigen "Zermalmungsprozeß" mit hineingezogen worden. Gegen derartige Völkerrechtsbrüche hatte **Schuschnigg** von Anfang an keine Einwände! Die solches veranstalteten waren für ihn jene "internationalen Sicherungsmächte" seiner Herrschaft, auf deren "Hilfe" er hoffte,

4.)

dieser US-Präsident Großbritannien und Frankreich trotz des ganz Europa bedrohenden Bolschewismus unablässig zum Krieg gegen Deutschland aufgeputscht und den jüdischen Organisationen in seinem Land "Heilige Kriegs"-hetze und umfangreiche Boykottmaßnahmen gegen Deutschland gestattet und unterstützt hatte,[23]

5.)

Großbritannien seinerseits Polen zum Krieg gegen Deutschland angefeuert, Deutschland den Krieg erklärt und alle Friedensvorschläge **Hitlers** abgelehnt hatte, statt dessen auf seiner Vernichtung bestand,[24] S. 390 ff

6.)

die Sowjetunion, der größte Massenmörderstaat der Weltgeschichte, sich bereits zu einer Zeit, da **Adolf Hitler** noch total unbekannt war, ihre 250 Millionen Menschen bereits restlos enteignet und entrechtet hatte sowie mit rücksichtslosem Terror der Weltherrschaft zustrebte.

7.)

die alliierten Mächte -- nicht nur die Bolschewisten -- mit ihrer "Befreiungsterminologie" Österreich die Rolle eines "*Opfers faschistischer Aggression*" zudiktierten, derzufolge seine Einwohner als charakterlose "*Kollaborateure eines kriegsverbrecherischen Regimes*" gebrandmarkt wurden, also "Täter" nach wie vor seien, war doch ihr Kampfeinsatz für Deutschland nicht zu leugnen,

8.)

sowohl Großbritannien als auch Frankreich und die USA bereits vor der Volksbefragung vom 10. April 1938 die Rechtsgültigkeit des vollzogenen Anschlusses anerkannt hatten.

Kurt Schuschnigg akzeptierte die alliierten Kriegspolitiker des Ersten sowie des Zweiten Weltkrieges vorbehaltlos als "Rechtsbringer und Befreier". -- Schauerlich! Diese erbärmliche Gesinnung seinen Volksangehörigen gegenüber hat ihn freilich trotz manch gegenteiliger Sprüche schon während seiner Amtszeit 1934 - 1938 geprägt!

---

22) Kurt Schuschnigg, "Dreimal Österreich", Wien 1938.

23) Vergl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 57, S 4 ff.

24) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965 + ***Historische Tatsachen*** Nr. 39 + 71 + Nr 80, S. 30 f.